



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 9. Wahlperiode: 1975/76

08.12.1976 - Plenarprotokoll - 25. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

25. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Dezember 1976

Inhalt

Nachträglicher Ordnungsruf für den Abgeordneten Stichweh (SPD)	1585	Zweites Gesetz zur Änderung der Gebührenordnung des Landesamtes für Baustoffprüfung der Freien Hansestadt Bremen	
Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	1585	Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 1976 (Drucksache 9/327)	
Abg. Kähler (SPD) zur Geschäftsordnung . .	1585	2. Lesung	1602
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung .	1586		
Fragestunde		Gesetz zur Regelung von Zugangsbeschränkungen an bremischen Schulen für nicht mehr vollzeitschulpflichtige Schüler	
1. Überspielen eines Tonbands des Bundeskriminalamts auf Memocord		Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 1976 (Drucksache 9/328)	
Anfrage des Abgeordneten Lahmann und Fraktion der FDP vom 2. Dezember 1976 (Drucksache 9/374/1)	1586	2. Lesung	1603
2. Gewährleistung der Lehrfreiheit an der Bremer Universität		Bericht des Petitionsausschusses Nr. 18 vom 1. November 1976	
Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte, Neumann und Fraktion der CDU vom 2. Dezember 1976 (Drucksache 9/374/2)	1587	(Drucksache 9/365)	1603
3. Verhinderung von gesetzwidrigen Aktionen extremistischer Gruppen		Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19 vom 22. November 1976	
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Neumann und Fraktion der CDU vom 2. Dezember 1976 (Drucksache 9/374/3)	1589	(Drucksache 9/366)	1603
Zweites Gesetz zur Änderung der Bremischen Verwaltungsgebührenordnung		Nebentätigkeiten durch Angehörige des öffentlichen Dienstes	
Mitteilung des Senats vom 1. November 1976 (Drucksache 9/338)		Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 27. Oktober 1976 (Drucksache 9/337)	
2. Lesung	1602	Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung .	1603
		Abg. Dittrich (SPD) zur Geschäftsordnung .	1603
		Datenschutz	
		Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 2. November 1976 (Drucksache 9/339)	

D a z u

Antwort des Senats vom 29. November 1976

(Drucksache 9/368) 1604

Bisherige Erfahrungen mit Gesamtschulen

Antrag der Fraktion der SPD

vom 10. November 1976

(Drucksache 9/356)

Abg. Raschen (SPD) 1604

Abg. Dr. Sieling (CDU) 1604

Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1605

Abg. Stichweh (SPD) 1606

Abstimmung 1606

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1977

Mitteilung des Senats vom 8. November 1976

(Drucksache 9/350)

1. Lesung

2. Lesung

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. September 1976

Mitteilung des Senats vom 22. November 1976

(Drucksache 9/358)

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Land) 1977 (Sonderprüfung der Wirtschaftlichkeit der Behördendruckereien im Land Bremen)

Antrag der Fraktion der CDU

vom 2. Dezember 1976

(Drucksache 9/372)

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Land) 1977 (Sonderprüfung der Wirtschaftlichkeit der Regiewerkstätten im Land Bremen)

Antrag der Fraktion der CDU

vom 2. Dezember 1976

(Drucksache 9/373)

Allgemeine Aussprache

Senator für Finanzen Jantzen 1590

Abg. Dr. Scherf, Sprecher der Finanzdeputa-

tion 1597

Abg. Neumann (CDU) 1607

Abg. Lahmann (FDP) 1616

Abg. Kähler (SPD) 1626

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1632

Abg. Klein (CDU) 1634

Abg. Ostendorff (FDP) 1637

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Weinkauf.

Präsident Dr. Klink

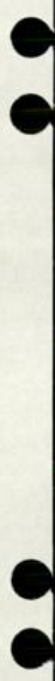
Vizepräsident Bugla

Schriftführer Käthe Hoffrage

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats
Senator für Bildung **Thape** (SPD)
Senator für Finanzen **Jantzen** (SPD)
Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)
Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)
Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)
Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)
Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Tiedemann** (SPD)

Senatsdirektor **Dücker** (Senator für Bildung)
Senatsdirektor **Quantmeyer** (Senator für Finanzen)
Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)
Senatsrat **Dr. Klugkist** (Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr)
Senatsrat **Kraft** (Senator für Finanzen)
Regierungsdirektor **Färber** (Senator für Finanzen)
Regierungsdirektor **Hillmann** (Senator für Finanzen)
Regierungsdirektor **Hoffmann** (Senator für Finanzen)
Oberregierungsrat **Kautz** (Senator für Finanzen)
Oberregierungsrat **Schanz** (Senator für Finanzen)
Regierungsrat **Backhaus** (Senator für Finanzen)

[Faint, illegible text covering the majority of the page]



(A) **Präsident Dr. Klink** eröffnet die Sitzung um 10.17 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 25. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: Drei Klassen der Realschule Parsevalstraße und ein Lehrgang der Verwaltungsschule Bremen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor ich auf die Eingänge zu sprechen komme, möchte ich noch auf einen Vorgang der letzten Sitzung zurückkommen.

Nach dem Verhandlungsbericht über die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 11. November 1976 hat der Abgeordnete Stichweh bei den Ausführungen des Abgeordneten Klein den Zwischenruf gemacht: „Das ist Faschismus!“ Das ist bei uns nicht akustisch angekommen. Wie mir der Abgeordnete Klein sagte, auch bei ihm nicht akustisch angekommen, aber es ist vom Protokoll wahrgenommen und auch von einigen Abgeordneten festgestellt worden.

Ich frage den Abgeordneten Stichweh, ob das Protokoll diesen Zwischenruf richtig wiedergibt.

(Abg. Stichweh [SPD]: Ja!)

(B) Nach Paragraph 46 Absatz 2 der Geschäftsordnung erteile ich Ihnen nachträglich einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Verfahren für den Bau weiterer Kernkraftwerke. Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 1. Dezember 1976 (Drucksache 9/370).

2. Vorgänge um den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf. Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD vom 1. Dezember 1976 (Drucksache 9/371).

Diese beiden Entschließungsanträge gelten gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich. Ich werde sie in der von mir genannten Reihenfolge als Punkte 24 a und 24 b zur Beratung stellen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. — Dann werden wir so verfahren.

3. Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Land) 1977 (Sonderprüfung der Wirtschaftlichkeit der Behördendruckereien im Land Bremen). Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 2. Dezember 1976 (Drucksache 9/372).

4. Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Land) 1977 (Sonderprüfung der Wirtschaftlichkeit der Regiewerkstätten im Land Bremen). Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 2. Dezember 1976 (Drucksache 9/373).

(C) Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die dringliche Behandlung der beiden Anträge fassen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer dringlichen Behandlung zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diese beiden Vorlagen zusammen mit den Beratungen des Haushalts zur Verhandlung zu stellen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

5. Beibehaltung Bremerhavens als Kreissitz. Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD vom 7. Dezember 1976 (Drucksache 9/375).

Über die Dringlichkeit des Antrags muß das Plenum gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung zunächst wiederum einen Beschluß fassen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht?

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Kähler.

(D) Abg. Kähler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Dringlichkeit, glaube ich, brauche ich im einzelnen nichts auszuführen. Meine Fraktion hat nur die Bitte, erstens die Dringlichkeit zu beschließen und zweitens diesen Antrag am Freitag vormittag hier im Plenum zu behandeln.

Präsident Dr. Klink: Wünscht sonst noch jemand zur Dringlichkeit zu sprechen? — Ist das Haus einverstanden, daß wir so verfahren, daß wir es am Freitag auf die Tagesordnung setzen?

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Jawohl!)

Ich stelle fest, es ergibt sich kein Widerspruch. Dann ist die dringliche Behandlung beschlossen. Wir werden diesen Punkt am Freitag nach der Aktuellen Stunde, über die wir uns nachher noch unterhalten müssen, zur Beratung stellen.

6. Abschluß einer Rahmenvereinbarung über einen Gebietsaustausch zwischen Bremen und Bremerhaven. Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 1976 (Drucksache 9/376).

7. Zweites Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenzen zwischen Bremen und Bremerhaven. Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 1976 (Drucksache 9/377), 1. Lesung, 2. Lesung.

Ich schlage Ihnen vor, diese beiden Vorlagen zusammen nach Punkt 4 der Tagesordnung zur Verhandlung zu stellen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

(A) Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Senat darum bittet, das Zweite Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenzen nach der Beschlußfassung in der Stadtbürgerschaft und im Landtag über die Rahmenvereinbarung über einen Gebietsaustausch zwischen Bremen und Bremerhaven zu verabschieden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen. Hier ist auch der Eingang enthalten, den ich vorgestern von einer Abordnung der Demonstrationsteilnehmer überreicht bekam.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung:

1. Gesetz über den Katastrophenschutz im Land Bremen (Landeskatastrophenschutzgesetz — LKatSG —)
Antrag der Fraktion der CDU vom 26. November 1976 (Drucksache 9/367)
Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung.
2. Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1975
Mitteilung des Senats vom 29. November 1976 (Drucksache 9/369)
Die Haushaltsrechnung wird den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses unmittelbar zugeleitet.

II. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung:

1. Schreiben des **Marburger Bundes** mit den Beschlüssen der 50. Hauptversammlung.
2. Resolution des **Bremischen Elternvereins** zu den an den bremischen Schulen bestehenden Problemen.
3. Schreiben von Herrn Prof. Gert Marte von der Universität Bremen zu einem Berufungskonflikt im **Studiengang Elektrotechnik/Kybernetik**.
4. Notarielle Bescheinigung sowie zwei Aufrufe der GSV, des ZEB und der GEW zur **Unterrichtssituation an den bremischen Schulen**.

Die Eingänge können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Es ist gewünscht worden, die Aktuelle Stunde am Freitag zu Beginn der Sitzung durchzuführen. Interfraktionell wurde ferner zum Ablauf der Sitzungen vereinbart, die Tagesordnungspunkte 3, Haushaltsgesetz, und 4, Bericht über die Haushaltslage, die Tagesordnungspunkte 5 bis 14, die sich mit Rechnungsprüfungsangelegenheiten befassen, sowie die Tagesordnungspunkte 19 und 20, Berichte des Petitionsausschusses, jeweils in der Beratung miteinander zu verbinden.

Erhebt sich Widerspruch gegen die vorgeschlagenen Regelungen?

Das ist nicht der Fall. — Dann werden wir so verfahren.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind drei Fragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Frage beschäftigt sich mit dem **Überspielen eines Tonbands des Bundeskriminalamts auf Memocord**. Die Frage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Fragesteller, die Frage vorzutragen.

Abg. **Lahmann** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hält der Senat an seiner Zusage fest, die Frage, ob Angehörige der Bremer Polizei mit dem Überspielen eines Tonbands des Bundeskriminalamts auf Memocord gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen haben, lückenlos aufklären zu lassen?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat darf ich folgende Antwort erteilen:

Zu Nummer eins: Ja!

Abg. **Lahmann** (FDP): Darf ich dann Frage zwei formulieren?

Zweitens fragen wir den Senat:

Wie vereinbart der Senat die Einschränkung der Aussagegenehmigung für den Ersten Kriminalhauptkommissar Prause mit dieser früheren und eben wiederholten Zusage?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Ich wiederhole zu Nummer eins:

Ja, der Senat hält an seiner Zusage fest. Inzwischen ist gegen die beiden in Betracht kommenden Kriminalbeamten seitens der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden. In einem Fall hat das Gericht der Ersten Instanz es abgelehnt, die Hauptverhandlung zu eröffnen. Das hiergegen durch die Staatsanwaltschaft eingeleitete Beschwerdeverfahren schwebt zur Zeit beim Landgericht. Im Fall des anderen Beamten hat das Gericht die Hauptverhandlung eröffnet, das Verfahren dann jedoch ausgesetzt, um zunächst die Beschwerdeentscheidung des Landgerichts in dem zuerst genannten Strafverfahren abzuwarten.

Zu Nummer zwei: Die dem in der Frage genannten Beamten erteilte Aussagegenehmigung ist mit der Zusage des Senats vereinbar. Zwar beinhaltet die Aussagegenehmigung, die mit dem Generalbundesanwalt abgestimmt worden ist, daß der Beamte wegen etwaiger der Geheimhaltung unterliegender Angaben nur in nichtöffentlicher Gerichtssitzung aussagen darf und daß von der Aussagegenehmigung bestimmte, den Strafverwurf nicht unmittelbar berührende Angaben, wie zum Beispiel Einsatzgrundsätze, ausgenommen sind. Es ist jedoch sichergestellt, daß dadurch weder der Beamte in seiner notwendigen Verteidigung eingeschränkt ist noch das Gericht an der Wahrheitsfindung gehindert wird.

(C)

(B)

(D)

(A) Nach Abschluß der Strafverfahren wird sich der Senat in der Lage sehen, darüber eine Aussage zu machen, ob Angehörige der Bremer Polizei mit dem Überspielen eines Tonbands des Bundeskriminalamts auf ein Memocord-Gerät gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen haben oder nicht.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Senator, ist Ihnen die in der Presse wiedergegebene Bemerkung des Richters in dem Verfahren gegen Herrn Prause bekannt, wonach er das Gefühl habe, daß wegen der Einschränkung der Aussagegenehmigung die Gefahr der Vertuschung sich aufdrängt?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Ob dies so gesagt worden ist, ist mir nicht bekannt. Der zuständige Richter ist auch an mich in dieser Frage nicht herangetreten. Nur darf ich Ihnen auch sagen, daß ich sichergestellt habe, daß auch ein Beamter meines Hauses bei dem Verfahren zugegen ist, der ermächtigt ist, die Aussagegenehmigung entsprechend der Notwendigkeit zu erweitern.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Lahmann!

Abg. **Lahmann** (FDP): Habe ich Sie dann richtig verstanden, daß, sofern das Gericht in nichtöffentlicher Verhandlung das Verfahren fortsetzt, eine Einschränkung der Aussagegenehmigung nicht mehr bestehenbleiben wird?

(B)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Es gibt eine Einschränkung in öffentlicher Sitzung. Für den anderen Bereich der nichtöffentlichen Sitzung kann ich im Moment nicht sagen, wieweit da eine Einschränkung erfolgt, aber generell bezieht sich diese Einschränkung auf die öffentliche Sitzung, Herr Lahmann.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte!

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Senator, stimmen Sie dann mit mir überein, daß man nicht davon sprechen kann, daß das Verfahren etwa durch die Einschränkung der Aussagegenehmigung behindert werden soll, weil offenbar — wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe — der Senat die Absicht hat, die Aussagegenehmigung uneingeschränkt für den Fall der nichtöffentlichen Sitzung zu erteilen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Fröhlich: Ihre Auffassung wird von mir in diesem Punkt geteilt.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die erste Frage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Fröhlich für die erteilten Auskünfte.

Die zweite Frage betrifft eine **Gewährleistung der Lehrfreiheit an der Bremer Universität**. Sie ist

unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Schulte, Neumann und Fraktion der CDU. (C)

Ich bitte den Abgeordneten Dr. Schulte, die Frage vorzutragen.

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Wir fragen den Senat: Durch welche Maßnahmen wird der Senat künftig sicherstellen, daß Professoren an der Bremer Universität ungestört ihre Veranstaltungen durchführen können?

Wie beurteilt der Senat in diesem Zusammenhang den Bericht einer überregionalen Tageszeitung vom 25. November 1976, nach dem ein Mathematikprofessor von Studenten unter massiven Druck gesetzt wird, nur weil er eine entsprechend anderen Bundesländern angemessene Leistungskontrolle fordert?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die Frage wie folgt:

Der Senat weist — wie schon in der 10. Sitzung der Bremischen Bürgerschaft am 25. Februar 1976 — darauf hin, daß an der Universität Bremen die Zahl von Störungen der Lehrveranstaltungen im Vergleich zu anderen Universitäten außerordentlich gering ist. Die Professoren an der Universität Bremen können ihre Veranstaltungen ungestört durchführen. Deshalb sind besondere Maßnahmen des Senats weder bisher erforderlich gewesen noch für die Zukunft geplant.

Diese Feststellung gilt auch für diese Tage, in denen sicherlich der Lehrbetrieb durch studentische Aktionen gegen das Hochschulrahmengesetz und gegen die Behandlung des Bremer Hochschulgesetzes im Senat beeinträchtigt wird. Obgleich der Senat Art und Dauer der studentischen Aktionen verurteilt, ist er der Auffassung, daß die Studenten vor allem mit Argumenten und nicht so sehr mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen angesprochen werden sollten.

(Beifall bei der SPD)

In dem von den Fragestellern genannten Fall hat ein Gespräch des Senators für Wissenschaft und Kunst mit dem Hochschullehrer stattgefunden. Es hat ergeben, daß seine Lehrveranstaltung ungestört verläuft. Eine Diskussion zwischen Hochschullehrer und Studenten über Inhalt und Art der Lehrveranstaltung und über Formen von Teilnahme- und Leistungsnachweisen wird weder vom Senat, noch von den Hochschulen, noch von den bremischen Hochschullehrern als Störung einer Lehrveranstaltung betrachtet. Solche Aussprachen — auch wenn sie kontrovers geführt werden — müssen zum normalen Ablauf von Studium und Lehre gehören. Sollte allerdings ein Mißbrauch dieser Möglichkeiten Störungen verursachen, besteht kein An-

(D)

(A) laß zu Zweifeln, daß die Universität den Lehrbetrieb mit den ihr verfügbaren Mitteln gewährleistet.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Dr. Schulte (CDU): Herr Senator, stimmen Sie mir zu, daß der Grund dieser Störungen zum Teil unterschiedliche Auffassungen über die Prüfungsordnung waren, und ist Ihnen bekannt, daß im Studiengang Mathematik bereits seit über einem Jahr eine Regelung in Kraft ist, wonach die Studenten generell die Note „gut“ erhalten, auch wenn nur ein durchschnittlicher Arbeitsaufwand erbracht worden ist? Ist Ihnen weiterhin bekannt, Herr Senator, daß nach einem Beschluß des Studienbereichsrats 4 vom Januar 1976 von den Hochschullehrern verlangt wird, eine Einheitsnote zu vergeben, ohne von Studenten eine erfolgreiche, das heißt, eine richtige Aufgabenbearbeitung verlangen zu dürfen? Wie beurteilen Sie diese Regelung, und was gedenken Sie dagegen zu tun?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Abgeordneter, ich würde mich dann lieber auf die diesbezügliche letzte Beschlußfassung in der Studiengangskommission Mathematik beziehen, die einen Beschluß gefaßt hat zu dem konkreten, Ihrer Frage zugrundeliegenden Sachverhalt. Die **Studiengangskommission Mathematik** hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Mit dem am 4. 11. 1976 von einer Studentenvollversammlung beschlossenen Streik sollte erreicht werden, daß die Vergabe des Leistungsnachweises über die erfolgreiche Teilnahme nur von einem gewissen Prozentsatz bearbeiteter Übungsaufgaben abhängig gemacht wird.“ Das ist das, was Sie eben unterstellt haben. „Ein Vermittlungsversuch von Herrn Wischniewski scheiterte, da die Studenten auf ihrer Forderung beharrten.“

Jetzt kommt es: „Die Studiengangskommission Mathematik ist der Meinung, daß die Vergabe eines Nachweises über die erfolgreiche Teilnahme von der Feststellung eines Erfolges, die dem Hochschullehrer obliegt, abhängig ist. Die Studiengangskommission Mathematik sieht daher keinen Grund, auf Herrn Hoffmann einzuwirken“, wie die Studenten verlangt haben. „Sie fordert alle Studenten auf, den unbegründeten Streik abzubrechen, insbesondere um auch das laufende Semester nicht zu gefährden.“

Diesem einstimmigen Beschluß der Studiengangskommission Mathematik ist inzwischen entsprochen worden. Wie in der Antwort des Senats mitgeteilt, verläuft die Veranstaltung des Hochschullehrers ungestört. Das heißt also, der Beschluß der Studiengangskommission Mathematik gibt Herrn Professor Hoffmann recht und sagt — ich wiederhole —, „... daß die Vergabe eines Nachweises über die erfolgreiche Teilnahme von der Feststellung eines Erfolges, die dem Hochschullehrer obliegt, abhängig ist.“

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Dr. Schulte (CDU): Wenn das so ist, Herr Senator, worüber ich mich sehr freue, warum haben Sie dann

(Senator Franke: Darüber freuen wir uns beide!)

— darüber freuen wir uns beide —, warum haben Sie dann dem betroffenen Hochschullehrer Hoffmann unterstellt — zumindest in der Pressenotiz kam es so zum Ausdruck, daß Sie es ihm unterstellt haben —, er wolle einen inhumanen Leistungsdruck ausüben, obwohl er in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Prüfungsordnung in diesem Fach Mathematik, die — ich darf zitieren — „regelmäßige und aktive Beteiligung am Lernprozeß der Lerngruppe“ kontrolliert hat?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Herr Abgeordneter, Sie beziehen sich wahrscheinlich auf eine Meldung, die in der „Welt“ erschienen ist. Die „Welt“ hat in einem sehr frühen Stadium des Konflikts angefragt, wo ich zwar einen Termin mit Herrn Professor Dr. Hoffmann — den Mathematiker meine ich — vereinbart hatte, um das Problem mit ihm zu diskutieren, aber diese Aussprache noch nicht stattgefunden hatte, ich über Einzelheiten noch nicht informiert war und nur die Forderung der Studenten erst einmal kannte. Die „Welt“ hatte also mich aus Bonn angerufen und mich gefragt, wie ich denn diesen Konflikt beurteile. Da habe ich gesagt — ich kann es nun nicht wörtlich zitieren, aber es ist der Sinn dieses Zitats —, wenn das, was Herr Professor Dr. Hoffmann fordert, mit dem ich mich im übrigen noch unterhalten will, in Einklang zu bringen ist mit einer Förderung von Studenten — das Gespräch hat inzwischen ergeben, daß das in der Tat so ist, das war auch das Bestreben des Hochschullehrers —, dann bin ich voll auf seiner Seite. Ich werde mich nur gegen inhumanen Leistungsdruck wenden. Das ist aber keine Unterstellung, daß er dieses so praktiziere.

Ich muß an dieser Stelle ausdrücklich erklären, daß nach dem Gespräch mit Herrn Professor Dr. Hoffmann seine Einstellung mir eine sehr unterstützenswerte zu sein scheint. Dies habe ich ihm auch mitgeteilt.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine weitere Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Fluß!

Abg. Fluß (SPD): Habe ich Ihre Antwort auf die ursprüngliche Frage richtig verstanden, daß in diesem Fall nicht von einer Störung gesprochen werden kann, wie Sie in dem Gespräch mit Herrn Professor Dr. Hoffmann herausgefunden haben, sondern daß es sich hier um eine Unterstellung der Zeitung beziehungsweise der CDU handelt?

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

Senator Franke: Es gab einen Streikbeschluß der Studenten. Gegen diesen Streikbeschluß, Herr Abgeordneter Fluß, hat die Studiengangskommission einstimmig Position bezogen. Daraufhin ist der Streik abgebrochen worden und die Veranstaltung normal weitergelaufen. Herr Professor Dr. Hoffmann hat mir erklärt, daß die Veranstaltung ungestört, so wie er es wünscht, über die Bühne geht.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die zweite Frage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

Die dritte Frage in der Fragestunde hat eine **Verhinderung von gesetzeswidrigen Aktionen extremistischer Gruppen** zum Gegenstand. Die Frage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pflugradt, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Pflugradt, die Frage vorzutragen.

Abg. Pflugradt (CDU): Wir fragen den Senat:

Durch welche Maßnahmen wird der Senat zukünftig verhindern, daß extremistische Gruppen aufgrund zu schwacher Besetzung von Polizeirevieren gesetzeswidrige Handlungen vornehmen können?

Wie beurteilt er in diesem Zusammenhang den in einer bremischen Tageszeitung vom 29. November 1976 geschilderten Vorgang, nach dem Angehörige einer linksextremen Gruppe mit einer Spraydose Parolen auf den Sedanplatz in Vegesack spritzten, verbotenerweise mit einem Lautsprecher arbeiteten und ihren Informationsstand an einem nicht genehmigten Platz aufstellten und dennoch die Polizei nicht einschritt?

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Fröhlich, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

Senator für Inneres Fröhlich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat darf ich folgende Antwort erteilen:

Das Polizeirevier ist seiner Struktur nach eine Einrichtung zur Verhinderung und Bekämpfung von Taten einzelner oder kleiner Gruppen. An dieser Aufgabenstruktur orientiert sich die Stärke eines Polizeireviers. Wenn es auch wünschenswert ist, einige Polizeireviere zu verstärken, reichen die Kräfte für diese Aufgabe in allen Polizeirevieren in der Regel aus.

Für Aufgaben größeren Umfangs werden geschlossene Einheiten bereitgehalten. Zur Zeit steht dem Stadt- und Polizeiamt für diese Zwecke eine Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei zur Verfügung. Diese Kräfte haben unter anderem den Auftrag zu verhindern, daß extremistische Gruppen gesetzeswidrige Handlungen begehen.

Bei dem in der Frage geschilderten Vorgang handelt es sich um ein Geschehen, das sich am 27. 11. 1976 vormittags auf dem Sedanplatz in Vegesack

ereignete. An diesem Vormittag betrieben unter anderem Anhänger des KBW einen für den Sedanplatz genehmigten Informationsstand. Wegen des geringen Publikumsverkehrs am genehmigten Standort verlegten die Akteure ihren Stand vor ein an diesem Platz gelegenes Kaufhaus. Gegen 11.30 Uhr, eine Stunde vor Ende der Veranstaltung, benutzten sie zusätzlich einen tragbaren Lautsprecher.

Der Verfügung des diensthabenden örtlichen Polizeiführers, den Informationsstand abzuräumen und Lautsprecherdurchsagen zu unterlassen, kamen die Angehörigen des KBW nicht nach. Um wegen dieses Verstoßes eine unverhältnismäßig harte Auseinandersetzung zu vermeiden, wurde darauf verzichtet, diese Verfügung unter Anwendung körperlicher Gewalt durchzusetzen. Das Einschreiten beschränkte sich auf die Feststellung des Sachverhalts und der Personen. Es ist also nicht richtig, daß die Polizei nicht einschritt. Die Personalienfeststellung ist erfolgt.

Gegen 12.30 Uhr war die Veranstaltung beendet. Erst zu diesem Zeitpunkt stellte sich heraus, daß auch mit Farb-Spraydosen ein Satz auf das Pflaster des Sedanplatzes gesprüht worden war. Die Farbe wurde kurz darauf von Mitarbeitern des Bauhofs mit einem Lösungsmittel entfernt.

Präsident Dr. Klink: Besteht der Wunsch, Zusatzfragen zu stellen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist auch die dritte Frage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Fröhlich für die erteilten Auskünfte.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1977

Mitteilung des Senats vom 8. November 1976
(Drucksache 9/350)

1. Lesung
2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. September 1976

Mitteilung des Senats vom 22. November 1976
(Drucksache 9/358)

sowie

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Land) 1977 (Sonderprüfung der Wirtschaftlichkeit der Behördendruckereien im Land Bremen)

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
vom 2. Dezember 1976
(Drucksache 9/372)

(C)

(D)

(A)

und

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Land) 1977 (Sonderprüfung der Wirtschaftlichkeit der Regiewerkstätten im Land Bremen)

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU
vom 2. Dezember 1976
(Drucksache 9/373)

Die Dringlichkeit der beiden Anträge der Fraktion der CDU hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn der Sitzung beschlossen.

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) mit seiner Mitteilung vom 8. November 1976 — Drucksache 9/350 — den Entwurf des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1977 nebst Begründung, den Entwurf des Haushaltsplans und des Stellenplans für das Haushaltsjahr 1977 nebst Anlagen, den vom Haushaltsausschuß der Finanzdeputation erstatteten Bericht über die Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 1977 sowie die Finanzplanmaterialien gemäß Paragraph 50 der Haushaltsgrundsätze als erläuternde Unterlage.

Die Finanzdeputation hat die Entwürfe des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplans sowie den Bericht des Haushaltsausschusses in ihrer Sitzung am 2. November 1976 genehmigt.

(B)

In seiner Mitteilung Drucksache 9/350 gibt der Senat der Bürgerschaft (Landtag) davon Kenntnis, daß der Senat — wie in den Vorjahren — der Erhebung einer Lohnsummensteuer in der Stadtgemeinde Bremen und in der Stadt Bremerhaven gemäß Paragraph 6 Absatz 2 des Gewerbesteuergesetzes zugestimmt hat. Die Hebesätze werden im Haushaltsgesetz der Stadtgemeinde Bremen beziehungsweise der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven festgesetzt.

Der Senat bittet, den Gesetzentwurf gemäß Artikel 99 der Landesverfassung als dringlich zu behandeln und zu beschließen.

Unter Tagesordnungspunkt 4 erstattet der Senat mit seiner Mitteilung vom 22. November 1976 für das Land und die Stadtgemeinde Bremen einen Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. September 1976.

Von diesem Bericht hat der Haushaltsausschuß der Finanzdeputation in seiner Sitzung am 12. November 1976 Kenntnis genommen. Die Finanzdeputation ist schriftlich unterrichtet worden.

Die beiden Dringlichkeitsanträge mit den Drucksachen-Nummern 9/372 und 9/373 sind unterzeichnet von den Abgeordneten Hollweg, Neumann und Fraktion der CDU. Sie liegen den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Meine Damen und Herren, zum Ablauf der Haushaltsberatungen wurden interfraktionell Absprachen getroffen. Abweichend von diesen den

Abgeordneten übermittelten Absprachen bittet die CDU-Fraktion darum, die beiden Dringlichkeitsanträge im Rahmen der allgemeinen Aussprache über den Einzelplan 09 — Finanzen — zu behandeln. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion ferner die Bitte geäußert, die ursprünglich vorgesehene Redezeit in diesem Einzelplan von bis zu zehn Minuten pro Fraktion auf eine Redezeit von bis zu zwanzig Minuten pro Fraktion zu erhöhen.

Wer damit einverstanden ist, daß wir entsprechend der interfraktionellen Absprachen und dem Wunsch der CDU-Fraktion verfahren, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen jetzt zur

1. Lesung

über Tagesordnungspunkt 3, Haushaltsgesetz und Haushaltsplan 1977.

Ich eröffne nunmehr die

Grundsatzaussprache.

Ich erteile das Wort Herrn Senator Jantzen.

Senator für Finanzen Jantzen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 1977 liegen Ihnen zur Beratung und Beschlußfassung vor. Zu Ihrer Orientierung sind die Finanzplanmaterialien 1976 bis 1980 beigelegt.

Die Haushaltsberatungen sind seit eh und je die gewichtigste und verantwortungsvollste Aufgabe, die dem Parlament gestellt ist, sollen sie doch mehr sein als das buchhaltermäßige Bilanzieren eines weiteren Jahres in der Fortentwicklung unseres Gemeinwesens.

Der „Finanzer“ oder zumindest das, was man sich im allgemeinen unter ihm vorstellt, gehört — wenn es ihn überhaupt gegeben hat — längst der Vergangenheit an. Soll erfolgreiche Finanzpolitik betrieben werden, müssen gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in Einklang gebracht werden mit den Bedürfnissen und Erwartungen unserer Bürger, von denen wir unser Mandat erhalten haben. Dies ist in Zeiten, in denen man nicht aus dem vollen schöpfen kann, in denen man nicht alle Wünsche erfüllen, sie also nicht in eine Vielzahl von sogenannten Prioritäten, die es zu verwirklichen gilt, umsetzen kann, besonders schwierig. Ich selbst bin lange genug Mitglied dieses Hohen Hauses gewesen, um zu wissen, wie schwer es gerade für die Abgeordneten ist — in ihren Fachbereichen, in ihren Deputationen besonders engagiert —, wenn man sich beschränken muß. Und dennoch: Wenn es uns gelingt, diese Haushalte

(C)

(D)

(A) 1977 solide, realistisch und unter Ausschöpfung aller gegebenen Möglichkeiten zu verabschieden, wird es Ihnen und mir, so meine ich, nicht schwerfallen, vor Bremens Bürger hinzutreten mit der Aussage: Nicht alles, was wünschenswert war, konnte realisiert werden, aber das, was erreichbar war, haben wir ermöglicht.

Der Finanzsenator jedenfalls nimmt für sich in Anspruch, daß die vorgelegten Entwürfe der Haushalte 1977 ein Optimum dessen sind, was derzeit machbar ist. Sie sind ein weiterer Schritt zur Realisierung der Regierungserklärung auf der Grundlage solider Finanzen. Solide Finanzen — dies setzt aber auch voraus, daß man den Blick nach vorn richtet und die Gegebenheiten einbezieht, die wir nach dem derzeitigen Erkenntnisstand in absehbarer Zukunft zu berücksichtigen haben werden. Im Verlauf meiner Ausführungen werde ich hierauf noch näher eingehen.

Bevor ich mich den Haushaltsentwürfen 1977 zuwende, möchte ich zu dem Ihnen gleichfalls vorliegenden dritten Vierteljahresbericht über die Haushaltslage 1976 ergänzen, daß ich auch nach dem Stand bis zum Ende des Monats November davon ausgehe, Ihnen keine Nachtragshaushalte vorlegen zu müssen. Die bis jetzt festzustellende Ausgabensteigerung in 1976 ist zwar höher als von den diesjährigen Haushaltsanschlägen her erwartet, sie wird jedoch aufgefangen durch einen verbesserten Zuwachs der gesamten Einnahmen. Konkreter ausgedrückt: Ich hoffe, durch höhere Steuereinnahmen die erkennbaren Haushaltsverschlechterungen bei den geringeren Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich sowie bei den Personalausgaben ausgleichen zu können.

(B) In meiner vorjährigen Haushaltsrede hatte ich deutlich gemacht, daß die Höhe der Verschuldung 1976 eine Ausnahme bleiben muß. Ich rufe in Erinnerung: Trotz der Folgen der wirtschaftlichen Rezession, die neben den negativen Auswirkungen auf die Binnenkonjunktur auch strukturelle Schwächen offenbarte und insgesamt zu spürbaren Einnahmeausfällen der öffentlichen Hand führte, haben wir in den hinter uns liegenden Jahren aus den öffentlichen Haushalten einen spürbaren Beitrag zur Minderung der Folgen der Rezession — insbesondere auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik — geleistet. Wir haben uns in den letzten beiden Jahren stark verschuldet, in der richtigen Erkenntnis, daß Sparen nicht das richtige Mittel war, die Auswirkungen der Rezession auf unsere Bürger zu mildern.

Nunmehr muß aber gelten, was ich im Rahmen der mittelfristigen Betrachtung in meiner Einbringungsrede für den Haushalt 1976 verdeutlicht habe: Daß auch in den kommenden Jahren erhebliche Anstrengungen erforderlich sein werden, um ausgeglichene Haushalte ohne Erhöhung der Verschuldung vorlegen zu können.

Die Ausgangsposition zu Beginn der Haushaltsberatungen 1977 stellte sich daher folgerichtig so dar,

daß eine vorhandene Deckungslücke von rund 150 Millionen DM durch Haushaltsverbesserungen auf der Einnahmenseite und Ausgabenseite geschlossen werden mußte. (C)

Damit standen Probleme an, die nicht weniger komplex waren als die des Vorjahres, allerdings mit folgenden positiv zu bewertenden Unterschieden:

Zum einen wurden wir — im Gegensatz zum Vorjahr — nicht durch negative Entwicklungen insbesondere des Steueraufkommens überrascht, zum anderen konnten wir im Verlauf der Haushaltsberatungen infolge einer günstigeren Prognostizierung des Steueraufkommens eine nicht unerhebliche Verbesserung unserer Ausgangsposition feststellen.

Durch das rechtzeitige Erkennen der Deckungsprobleme war die Möglichkeit gegeben, die Haushaltsberatungen von vornherein zeitlich und sachlich entsprechend zu konzipieren.

Bereits vor Beginn der Beratungen im Haushaltsausschuß konnte die ursprüngliche Deckungslücke durch Beschlüsse des Senats, der Fachdeputationen und als Ergebnis von Ressortgesprächen um rund 72 Millionen DM auf rund 78 Millionen DM reduziert werden, und dies bei unveränderter Kreditaufnahme gemäß Finanzplan. Die Beseitigung der restlichen Deckungslücke wurde durch ein weiteres Sparprogramm des Senats, nicht zuletzt aber auch durch intensive Einzelberatungen im Haushaltsausschuß, in Deputationen und Verwaltungen erreicht. Für die Lösung dieser schwierigen Aufgabe, meine Damen und Herren, darf ich hier allen Beteiligten meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. (D)

(Beifall bei der SPD — Vizepräsident
B u g l a übernimmt den Vorsitz)

Um das Ausmaß der erforderlichen Sparmaßnahmen zu verdeutlichen, darf ich darauf hinweisen, daß die gegenüber den ursprünglichen Annahmen geschätzten Mehreinnahmen aus Steuern und Länderfinanzausgleich — ein Betrag von rund 65 Millionen DM — insbesondere deshalb nicht voll zu Buch schlagen konnten, weil wir uns angesichts der ablehnenden Haltung der CDU/CSU-regierten Länder dazu entschließen mußten, die bereits im vorjährigen Finanzplan zugrunde gelegte Erhöhung der Umsatzsteuer mit einer Mehreinnahme von rund 38 Millionen DM nicht in den Haushaltsentwurf für 1977 zu übernehmen.

Die vorgesehenen Sparmaßnahmen sind angesichts der von mir bereits erwähnten, aus konjunkturpolitischen Gründen heraus notwendigen erheblichen Vorbelastungen aus den Jahren 1974 und 1975 meines Erachtens aber auch aus zweierlei Gesichtspunkten heraus vertretbar: Einerseits, weil trotz aller Einschränkungen die maßgeblichen politischen Zielvorstellungen — die von Bürgermeister Koschnick abgegebene Regierungserklärung — dadurch nicht gefährdet werden, andererseits, weil etwaige nicht verwirklichte Wünsche dem Ziel einer gesunden, soliden Haushalts- und Finanzwirtschaft untergeordnet

(A) net werden müssen. Untergeordnet einem übergeordneten Ziel der Regierungserklärung: Im wohlverstandenen Interesse unserer Mitbürger soll sie auf der Grundlage solider Finanzen verwirklicht werden.

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, erscheint es angebracht, einige Angaben zum Gesamtvolumen der bremischen Haushalte zu machen. Das Nettovolumen der Haushaltsentwürfe 1977 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen beträgt 3,3448 Milliarden DM.

Die volkswirtschaftlich relevanten Gesamtausgaben, das heißt, unter Abzug der Schuldentilgung und der Rücklagenzuführung, belaufen sich auf 3,1482 Milliarden DM und liegen damit um 7,4 Prozent über denen des Vorjahres.

Diese Steigerungsrate dürfte leicht über der Grundprojektion des Bundes liegen. Es sollte aber bedacht werden, daß die bremischen Haushalte im Jahr 1976 im Vergleich zum Anschlag 1975 mit nur 0,2 vom Hundert eine außerordentlich geringe Steigerungsrate — die geringste aller Länder — auswiesen. Alles in allem darf die diesjährige Steigerungsrate als sinnvoll und konjunkturgerecht angesehen werden.

In meiner Rede zum vorjährigen Haushalt, meine Damen und Herren, hatte ich auf eine aus meiner Sicht unerfreuliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, nämlich auf der Deckungsseite das Absinken des Anteils der Steuern und das Ansteigen des Anteils der Kredite und auf der Ausgabenseite das Ansteigen der Anteile der Personalausgaben und des Schuldendienstes sowie das Absinken der Investitionsquote, hingewiesen.

(B) Heute kann ich mit Genugtuung feststellen, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, die ihre Impulse nicht zuletzt aus den öffentlichen Haushalten gewann, hinsichtlich der Strukturentwicklung auf der Einnahmeseite bereits ihre Früchte trägt.

Ich darf feststellen, daß in den Ihnen vorliegenden Haushaltsentwürfen 1977 — im Gegensatz zum Vorjahr — der Anteil der Steuern am Gesamtvolumen gestiegen und der Anteil der Kredite gesunken ist. Nicht minder erfreulich ist die Feststellung, daß auch die Ausgabenseite insofern eine Strukturänderung zeigt, als der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben konstant geblieben ist. Ohne Zweifel ein Resultat der erfolgreichen Bemühungen sowohl der Verwaltungen als auch des Haushaltsausschusses auf dem Personalsektor.

Meine Damen und Herren, ich brauche wohl nicht hervorzuheben, daß angesichts der Ausgangslage, die sich uns stellt, der Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit oberstes Gebot war. So sind auch diese Haushalte — wie ihre Vorgänger — sparsame Haushalte, gilt es doch, den im Vorjahr eingeleiteten Abbau des Finanzierungsdefizits und die Verminderung der Neuverschuldung fortzusetzen.

Wer allerdings meint, ein Sparhaushalt könne nur als solcher bezeichnet werden, wenn per Saldo ein Betrag in einen „Juliusturm“ fließe, kann dies meines Erachtens nur aus zweierlei Gründen tun: Erstens einmal, weil es ihm an den elementaren Kenntnissen finanz- und haushaltswirtschaftlicher Zusammenhänge gebricht, und zum anderen, weil er sich von der Erhebung solcher Forderungen eine besondere Resonanz in der Öffentlichkeit verspricht. Ich jedenfalls bin sicher, meine Damen und Herren, wer heute vorgibt, in diesem Sinne einen Sparhaushalt verwirklichen zu können, der unterschätzt vielleicht das realistische Beurteilungsvermögen unserer Mitbürger, die sehr wohl ein Gespür für unerfüllbare Versprechungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Mit der von mir erläuterten Schließung der Deckungslücke von rund 150 Millionen DM, mit der Reduzierung unserer Neuverschuldung und mit der Steigerungsrate von 7,4 Prozent dürften wir das Optimum des derzeit Darstellbaren erreicht haben. Trotzdem zeigt sich auch in den Haushaltsentwürfen 1977, daß Sparmaßnahmen nur selten sofortige oder kurzfristige Erfolge bringen. Der Zuwachs des Haushaltsvolumens 1977 um 236 Millionen DM entfällt nämlich voll auf die laufenden Ausgaben, die damit wiederum um 10 Prozent auf 2,663 Milliarden DM steigen sollen. Die Ausgaben für Investitionen werden sich nach den Anschlägen der Haushalte dagegen auch 1977 geringfügig auf etwa 500 Millionen DM vermindern.

Die Struktur der volkswirtschaftlich bedeutsamen Gesamtausgaben, ohne Ausgaben für Schuldentilgung am Kreditmarkt, ohne Rücklagenzuführungen, verändert sich damit zum Nachteil der Investitionsausgaben. Der prozentuale Anteil 1976 ging von rund 19 Prozent auf 16 Prozent 1977 zurück. Der Rest von 84 Prozent — 1976 noch 81 Prozent — der Gesamtausgaben entfällt auf Personal-, laufende Sach- und Zinskosten sowie laufende Zuweisungen und Zuschüsse.

Ich will hier nichts beschönigen. Sicher wäre es — auch in Anbetracht der trotz des spürbaren Konjunkturaufschwungs nach wie vor ungünstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt — wünschenswert gewesen, wenn diese Veränderung der Struktur der Gesamtausgaben zu Lasten der Investitionsausgaben hätte vermieden werden können. Aber ich weise darauf hin: Wir sprechen hier von den Anschlägen 1977. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre lassen jedoch die Erwartung zu, daß durch Resteabbau das tatsächliche Investitionsvolumen in der Rechnung nicht hinter dem des Jahres 1976 zurückbleiben wird.

Zudem sei mir an dieser Stelle gestattet, Ihnen ins Gedächtnis zu rufen, daß wir durch vermehrte öffentliche Investitionen — Aufträge für die Wirtschaft — in den Krisenjahren einen spürbaren Beitrag zu dem wirtschaftlichen Aufschwung geleistet haben. Hier müssen wir nun — unter Berücksichti-

(C)

(D)

(A) gung eben dieser Vorleistungen aus den vergangenen Jahren — kürzer treten. Jene, die jetzt nach mehr Investitionen rufen, sind in der Regel auch jene, die uns von 1974 bis 1976 vorgeworfen haben, wir würden das Gebot der Sparsamkeit außer acht lassen. Sie rufen auf dem falschen Bein „Hurra“, denn das jüngste Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute zeigt deutlich, daß es heute nicht mehr darum geht, durch vermehrte öffentliche Aufträge den Wirtschaftsaufschwung zu sichern und zu stabilisieren.

Das Problem liegt woanders: Im Unterschied zum Konjunkturaufschwung nach 1968 haben die Unternehmen in der jüngsten Aufschwungphase nämlich nicht weniger investiert, sondern — und hier liegt der eigentliche Unterschied — das Schwergewicht ihrer Investitionen nicht auf die Erweiterung ihrer Kapazitäten, sondern auf die Rationalisierung konzentriert.

(Abg. Schmidt [SPD]: Hört, hört!)

Ich will in diesem Zusammenhang keine Kritik an unserem marktwirtschaftlichen System üben, dessen Funktionieren ja gerade von der freien, am Markt orientierten Unternehmerentscheidung abhängig ist. Dennoch, die negativen Folgen dieser Entwicklung für den Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren, sind offenkundig.

(B) Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal die grundsätzliche Frage aufwerfen, ob denn die Funktionsfähigkeit eines Gemeinwesens überhaupt noch in gleichem Umfang wie bisher an dem Volumen seiner Investitionstätigkeit gemessen werden kann. Um hier nicht mißverstanden zu werden: Ich bestreite nicht, daß in vielen Bereichen auch in Zukunft noch Investitionen notwendig und wünschenswert sein werden, ich bin aber ebenso der Auffassung, daß in vielen Bereichen Investitionen unter Berücksichtigung des bereits Geleisteten nicht mehr im bisherigen Umfang erforderlich sein werden.

Neben dem Problem der Folgekosten werden wir wohl in den vor uns liegenden Jahren für viele Probleme, die sich uns stellen, Lösungen nicht allein vom Quantitativen her suchen, sondern uns verstärkt qualitativen, inhaltlichen Fragen zuwenden müssen. Wenn wir — weil dies eine moderne Industriegesellschaft künftig erfordert — zu immer differenzierteren, spezialisierteren und komplizierteren Formen einer sich permanent ausweitenden Dienstleistungsverwaltung kommen, so wird meiner Einschätzung nach die Funktionsfähigkeit einer solchen Verwaltung in zunehmendem Maße von anderen Merkmalen als von der Investitionstätigkeit abhängen.

Hinzu kommt, daß Staatsinvestitionen im Gegensatz zu Investitionen der Privatwirtschaft, die sich dort wegen ihres Rationalisierungseffektes kostenkennend auswirken, sich in den öffentlichen Haushalten nur kostensteigernd niederschlagen. Daß diese Kostensteigerungen beträchtlich sind, läßt sich

(C) schnell und überschlägig darstellen. Legt man für Baumaßnahmen einen jährlichen Durchschnitt von etwa 450 Millionen DM sowie eine mit nur 15 Prozent niedrig bemessene Folgekostenbelastung zugrunde, so ergibt sich daraus eine jährliche Folgekostenbelastung, die zwangsläufig in jedem Jahr den konsumtiven Anteil der Staatsausgaben um nahezu 70 Millionen DM vergrößern muß. Mit anderen Worten: Werden in demselben Tempo wie bisher kapazitätserweiternde Investitionen durchgeführt, so muß sich bei konstant bleibendem Haushaltsvolumen der für Investitionen zur Verfügung stehende Anteil in jedem Jahr um etwa ein Sechstel verringern.

Das von mir angeschnittene Problem wird meines Erachtens noch deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß beispielsweise bei Hallen- und Freibädern die Folgekosten zwischen dem fünften und sechsten Jahr nach Fertigstellung das Investitionsvolumen übersteigen. Bei Schulen und Kindergärten erreichen die Folgekosten sogar schon im dritten Jahr etwa 95 Prozent des gesamten Investitionsvolumens.

Hieraus ergibt sich meines Erachtens zwingend, daß Folgekosten bei der Ausgestaltung des Investitionsvolumens zu bedenken sind und beim Sparen eines Haushalts auch die Investitionen nicht ausgenommen werden können. Sie müssen sinnvoll und überdacht ins Sparkonzept einbezogen werden, wie es bei den Ihnen vorgelegten Haushalten geschehen ist. (D)

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen darf ich Sie, meine Damen und Herren, darauf hinweisen, daß es uns mit den vorgelegten Haushaltsentwürfen nicht nur gelungen ist, den Finanzierungsfehlbetrag aus den Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen von rund 586 Millionen DM um 178 Millionen DM auf 408 Millionen DM abzubauen, sondern damit auch die „Schere“ zwischen den laufenden Ausgaben und Einnahmen fast zu schließen.

Betrug das Defizit der laufenden Rechnung 1976 noch rund 174 Millionen DM, so wird es für 1977 nur noch etwa ein Fünftel hiervon betragen. Hier wird die beträchtliche Leistung zur Konsolidierung der bremischen Finanzen besonders deutlich. Ich hege die berechtigte Hoffnung, daß es entsprechend den Ihnen gleichfalls vorliegenden Finanzplanmaterialien bis 1980 möglich sein wird, auf diesem Wege voranzugehen, um die laufende Rechnung mit einem Überschuß abschließen zu lassen. Auf diese Weise kann das gesamte Defizit der Haushalte und damit deren Kreditfinanzierung weiter abgebaut werden.

Ich wende mich jetzt dem größten Einnahmeblock unseres Haushalts, den Steuern, zu. Wir haben hier, gemessen am Haushaltsanschlag 1976, eine ungewöhnlich hohe Steigerungsrate, nämlich von 18,3 vom Hundert, zu verzeichnen. Als Basis dieser Steuerschätzung haben die volkswirtschaftlichen Grundannahmen für die gemeinsame Steuerschätzung von Bund und Ländern im August dieses

(A) Jahres gedient. Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen zu sagen, daß diese Grundannahmen der letzten Projektion der Bundesregierung, unterstützt von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und dem neuesten Gutachten der Sachverständigen, nach unten revidiert worden sind. In den nächsten Tagen wird eine neue Steuerschätzung von Bund und Ländern darauf aufbauend neue Daten setzen.

Bei der Frage, ob wir bei dieser Sachlage das Ergebnis unserer damaligen Steuerschätzung dennoch aufrechterhalten können, muß folgendes bedacht werden: Die Steuersteigerungsrate von 18,3 vom Hundert mißt sich am Steueranschlag für das Jahr 1976. Die tatsächlichen Steuereinnahmen 1976 dürften aber nicht unwesentlich höher liegen. Wenn auch diese Mehreinnahmen weitgehend durch Mindereinnahmen im Länderfinanzausgleich kompensiert werden, so bleibt festzustellen, daß die Steuermehreinnahmen eine entsprechende Erhöhung der Basis für die Vergleichsrechnung bedeuten. Außerdem wird der erwartete Steuerzuwachs in Höhe von knapp 1 Prozent durch die bereits früher angekündigte Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer für Grundstücke um etwa ein Drittel auf 330 vom Hundert beeinflußt. Alles zusammen genommen rechtfertigt es, die Steuerschätzung insgesamt unverändert zu lassen. Sie ist ehrgeizig, aber bei den vielen Unwägbarkeiten einer Steuerschätzung von vornherein nicht als unberechtigt zu bezeichnen.

(B) Lassen Sie mich aber noch einige Worte zur Erhöhung der Grundsteuer sagen! Die hier angestrebte Erhöhung wird Bremen nach dem jetzigen Erkenntnisstand auch nach der Erhöhung noch im Mittelfeld der vergleichbaren Großstädte lassen. Hätten wir im Gegensatz zu vielen Großstädten auf eine Grundsteuererhöhung verzichten können? Wenn man weiß, daß sich aus dieser Erhöhung der für die Deckung unserer Haushalte immerhin bedeutsame Betrag von etwa 18 Millionen DM ergibt — hiervon kann man zum Beispiel zwei Hallenbäder und zwei Bezirkssportanlagen bauen —, so ergibt sich die Antwort von selbst.

Ergänzend darf ich — ich hatte es bereits kurz erwähnt — in Erinnerung rufen, daß Bremen die aus der Erhöhung der Umsatzsteuer erwarteten Mehreinnahmen ebenso wie die Grundsteuererhöhung in den Finanzplan eingestellt hatte. Wie wir wissen, ist die Erhöhung der Umsatzsteuer nicht realisiert worden. Ein Großteil dieser höheren Einnahme aus der aktualisierten Steuerschätzung muß jetzt zum Ausgleich dieser Mindereinnahmen verwendet werden.

Ich bin mir darüber im klaren, meine Damen und Herren, daß gerade Erhöhungen kommunaler Steuern auch unter dem Gesichtspunkt der Standortbeziehungsweise Wettbewerbsbedingungen bremischer Wirtschaftsbetriebe kritisch gesehen werden. Angesichts des von mir genannten Gesamtvolumens der Grundsteuererhöhung, die zudem private Grundstückseigentümer und Unternehmen gleichermaßen betrifft, wird in diesem Hohen Hause wohl niemand

ernsthaft daraus einen Wettbewerbsnachteil für bremische Unternehmen konstruieren wollen. (C)

Erlauben Sie mir, angesichts der in jüngster Zeit von verschiedenen Seiten laut gewordenen Kritik über eine weitere wichtige kommunale Steuer, die Lohnsummensteuer, einige Worte zu sagen.

Ich will nicht abstreiten, daß die Lohnsummensteuer in Zeiten eines wirtschaftlichen Abschwungs, insbesondere für lohnintensive kleinere und mittlere Unternehmen, eine Belastung darstellen kann. Ob sie aber bei den vielen anderen Unkostenfaktoren für einen Unternehmer von so großer Bedeutung ist, wie von der Kritik dargestellt, wage ich zu bezweifeln. Die differenzierte Ausgestaltung der kommunalen Steuern spielt — und das haben Umfragen eindeutig ergeben — eine weitaus geringere Rolle als sonstige Nachteile oder Vorteile des Standortes, die zum Teil auch von der öffentlichen Hand getragen werden.

Damit will ich mich nicht grundsätzlich gegen eine Veränderung unseres kommunalen Steuersystems wenden, aber — und das sollten alle Verantwortlichen klar erkennen — auf eine Steuer mit einem Aufkommen von 112 Millionen DM kann nicht ersatzlos verzichtet werden. Diesen Ausgleich zu finden, wird, wenn überhaupt, nur langfristig zu erreichen sein.

Wir haben, meine Damen und Herren, über die Erhöhung der Grundsteuer B hinaus einige weitere Maßnahmen zur Verbesserung unserer Einnahmen ergreifen müssen. Mit der Erhöhung der Verwaltungsgebühren und der Kanalbenutzungsgebühren vollziehen wir einen Gesetzauftrag, der eine kostendeckende Festsetzung dieser Gebühren fordert. (D)

Wir werden auch zum 1. Januar 1977 die Straßenbahntarife erhöhen müssen. Nicht etwa, weil wir hier von den Fahrgästen kostendeckende Fahrpreise erwarten, sondern weil wir gezwungen sind, den Fahrgästen zumindest einen Ausgleich eines kleineren Teils der entstandenen Kostensteigerungen zuzumuten. Diejenigen, die meinen, auf diese Tarifierhöhung könnte verzichtet werden, sollten wissen: Auch nach der Tarifierhöhung, die unseren Haushalt um etwa 11 Millionen DM entlasten wird, werden wir 1977 32 Millionen DM, 1978 41 Millionen DM und 1979 50 Millionen DM allein als Abgeltung für unterbliebene Tarifierhöhungen aus der öffentlichen Kasse zu leisten haben.

Die tatsächlichen Kosten für jeden Reisefall betragen 1977 1,54 DM. Durchschnittlich wird jeder Fahrgast nach der Tarifierhöhung einen Betrag von 0,70 DM leisten. Über die Hälfte der tatsächlichen Beförderungskosten, nämlich 0,84 DM, wird aus öffentlichen Mitteln aufgebracht. Abgesehen von der nicht unerheblichen sozialen Komponente bei der Tarifgestaltung betrug der Anteil der Fahrtkosten am durchschnittlichen Wochenverdienst im Jahr 1975 1,20 Prozent. Er wird — eine realistische Lohnerhö-

(A) hung 1977 zugrunde gelegt — 1977 auf 1,13 Prozent sinken, und zwar unter Berücksichtigung der Tarifierhöhung.

Ich bin sicher, daß im Zusammenhang mit der Diskussion um die Tarife im öffentlichen Personennahverkehr wiederum auch die Frage nach den Prioritäten gestellt werden wird. Jene, die meinen, hier sollte noch mehr für den öffentlichen Personennahverkehr getan werden, sollten wissen: 1977 werden wir für Straßenbauinvestitionen 13,4 Millionen DM ausgeben, die Investitionen für den öffentlichen Personennahverkehr werden hingegen mehr als das Doppelte, nämlich über 32 Millionen DM, betragen, wobei der Kapitaleinsatz für diese Investitionen noch nicht berücksichtigt ist.

Bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, darf ich darauf hinweisen, daß sich alle Fraktionen für diese Erhöhung der Straßenbahntarife ausgesprochen haben. Uns allen ist das nicht leicht gefallen —

(Auf der Zuschauertribüne wird ein Transparent entrollt — Unruhe — Zurufe von der CDU — Glocke)

Vizepräsident Bugla: Ich bitte, sofort das Transparent einzurollen und die Tribüne zu verlassen!

(Von der Zuschauertribüne werden Gegenstände in den Saal geworfen)

(B) Ich bitte den Ordnungsdienst, die Störer zu entfernen!

Bitte, Herr Senator, fahren Sie fort!

(Unruhe)

Senator Jantzen: Bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren — ich darf noch einmal beginnen —, darf ich darauf hinweisen, daß sich alle Fraktionen für die Erhöhung der Straßenbahntarife ausgesprochen haben. Uns allen ist das nicht leicht gefallen, aber angesichts der bestehenden Sachzwänge haben Sie alle — unbeschadet der unterschiedlichen politischen Standorte — nicht den vielleicht bequemeren, möglicherweise populäreren Weg gewählt, sondern gemeinsam die Verantwortung übernommen. Dafür gebührt Ihnen meine Anerkennung.

Es geht mir daher auch nicht darum, die Aussprache über die von mir vorgelegten Haushalte in Richtung einer Diskussion über die Tarife im öffentlichen Personennahverkehr zu lenken. Mein Anliegen ist vielmehr, die Gelegenheit zu benutzen, in die bereits beginnende öffentliche Diskussion zu diesem Thema einige objektive, jederzeit nachprüfbare Daten und Fakten einfließen zu lassen.

Nach dieser kleinen Abschweifung lassen Sie mich nun einige Worte zur Kreditpolitik sagen. Ich habe bereits wiederholte Male, dabei auch vor diesem Hohen Hause, erklärt, daß es unabdingbar erforderlich ist, an der im Finanzplan 1975 bis 1979 vorge-

sehenen Brutto-Kreditaufnahme, die mittelfristig zu einer sinkenden Netto-Kreditaufnahme führt, festzuhalten. (C)

Ich stelle heute mit Genugtuung fest: Dieses Ziel ist für den Haushalt 1977 erreicht! Die Netto-Kreditaufnahme für dieses Jahr beträgt 382 Millionen DM. Das sind fast 200 Millionen DM weniger als 1976.

Ich glaube, daß die Gründe für die Notwendigkeit zur Reduzierung unserer Neuverschuldung auch jetzt noch einmal dargestellt werden müssen, um den nach wie vor bestehenden Zwang zur Senkung des Ausgabenwachses zu verdeutlichen:

Eine Staatsverschuldung in der jetzigen Größenordnung über das Jahr 1976 hinaus würde zu einer Konkurrenzsituation der öffentlichen und privaten Hände auf dem nicht unbegrenzten Kapitalmarkt führen und damit einen Zinsanstieg auslösen, der die Fortsetzung des konjunkturellen Wirtschaftsaufschwungs behindert.

Die sprunghaft gestiegenen Zinsausgaben, die für 1977 allein rund 250 Millionen DM betragen, machen die Einengung des finanziellen und damit politischen Handlungsspielraums deutlich und unterstreichen so die Forderung nach Senkung der Verschuldung.

Aber trotz dessen wird der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben von 8,1 vom Hundert für 1977 auf 8,7 vom Hundert für 1980 ansteigen. Mit anderen Worten: Die Ausweitung aller nachfragewirksamen Ausgaben wird bis dahin von den Zinsausgaben übertroffen werden. (D)

Der absolute Betrag an Zinsausgaben für das Jahr 1980 wird in den Finanzplanmaterialien mit rund 330 Millionen DM angesetzt. Er wird dann rund ein Viertel der Personalausgaben erreicht haben. Das sind trotz des Abbaus der Neuverschuldung bis dahin noch ein Drittel mehr, als für 1977 veranschlagt.

So kann es deshalb auch nicht ausbleiben, daß die Umrechnung des gesamten Schuldenstandes der drei bremischen Gebietskörperschaften in die statistische Größe „Pro-Kopf-Verschuldung“ trotz aller Bedenken gegen eine vergleichende Wertung mit anderen Ländern und Großstädten diese zukünftige Entwicklung besonders anschaulich macht.

Beläuft sich die Pro-Kopf-Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Land Bremen zum 31. 12. 1975 auf 3 915 DM je Einwohner, so beträgt dieser Wert nach den Finanzplanmaterialien zum 31. 12. 1980 fast das Doppelte, nämlich 6 804 DM. Um keine Verzerrung des Zahlenbildes vorzunehmen, ist hierbei die Bevölkerungszahl bei beiden Berechnungen gleich hoch angenommen worden.

Die notwendige Zurückführung unserer Neuverschuldung, meine Damen und Herren, ist — dies machen die oben genannten Daten deutlich — kein finanz- und haushaltswirtschaftlicher Selbstzweck. Durch die planmäßige Zurückführung unserer Neuverschuldung müssen und werden wir wieder einen größeren Handlungsspielraum zurückgewinnen. Wir

(A) müssen gerüstet sein, wenn wieder einmal erneute krisenhafte Entwicklungen den stärkeren Einsatz öffentlicher Mittel erfordern sollten.

Der größte Ausgabenblock werden auch in den Haushalten 1977 die Personalkosten sein. Sie schließen für Land und Stadt Bremen einschließlich der Hochschulen — also ohne Wirtschaftsbetriebe — mit 1,2858 Milliarden DM ab. Das bedeutet gegenüber dem erwarteten Ist 1976 eine Steigerung von 7,2 Prozent, wovon 6,5 Prozent oder 78 Millionen DM auf die vorsorgliche Veranschlagung linearer Erhöhungen und etwaiger struktureller Verbesserungen in 1977 entfallen. Der Rest, also 0,6 vom Hundert — rund 8 Millionen DM — deckt den kostenwirksamen Zugang von 135 Stellen einschließlich 332 Stellenhebungen auf dem Tarifsektor. Dies ist, meine Damen und Herren, der geringste Zugang seit der Nachkriegszeit.

Es bleibt festzustellen, daß der Personalkostenanteil mit 40,8 Prozent immer noch relativ hoch ist. Das ist in allen vergleichbaren Gebietskörperschaften ebenso. Dennoch werden wir fortfahren in unserem Bemühen, diesen Personalkostenanteil in unserem Haushalt weiter zu senken. Das wird keine leichte Aufgabe werden.

Der Bereich der Leistungsverwaltung wird in der Zukunft ständig weiter an Bedeutung gewinnen. Konsequenterweise findet sich — wie in den letzten Jahren — auch im Haushalt 1977 der Stellenzugang ausschließlich im Dienstleistungssektor, und zwar primär in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Soziales und Justiz. Es sind nur grundbedarfs- und investitionsbezogene Zugänge. Dem gegenüber stehen beachtliche Stellenkürzungen in den anderen Bereichen der bremischen Verwaltung, ein Ergebnis der vom Senat initiierten Sparmaßnahmen. Ein Teil dieser Maßnahmen ist noch nicht abgeschlossen. Eine Bilanz wird zum Ende der Legislaturperiode vorliegen.

Mit Blick auf die nahezu permanente Kritik an dem Personalkostenanteil in den öffentlichen Haushalten scheint mir jedoch zur Klarstellung eine Bemerkung erforderlich: Ich bin nicht der Auffassung, daß im öffentlichen Dienst zu wenig gearbeitet wird. Sparmaßnahmen auf dem Personalsektor können und werden daher nur auf der Grundlage sich verändernder Aufgaben, Organisationsstrukturen oder vernünftiger Rationalisierungsmöglichkeiten verwirklicht werden können. Jene, die stets dann, wenn man vom öffentlichen Dienst redet, an ein verstaubtes Büro, Vatermörder, Ärmelschoner und schlafende Beamte denken, sie sollten sich auf den Weg machen und danach suchen. Sie werden sie sicherlich nicht finden.

(Beifall bei der SPD)

Zugegeben, meine Damen und Herren, die Sparmaßnahmen auf dem Personalsektor haben uns zwangsläufig in einen Zielkonflikt zu der allgemeinen Arbeitsmarktsituation gebracht. Jedoch: Wir

mußten diesen Weg beschreiten, um finanzpolitischen Handlungsspielraum zu schaffen, um Mittel für andere Ausgaben freizubekommen, die ihrerseits wiederum zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen.

Wer daran denkt, die aktuellen Arbeitsmarktprobleme dadurch mit zu lösen, daß die öffentliche Hand über ihren eigenen Bedarf hinaus Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, verkennt völlig, daß dies zwangsläufig zu weiteren gesamtwirtschaftlichen Belastungen führen muß und auf Dauer gesehen nur erneut zusätzliche Arbeitsplätze in Gefahr bringen würde. Ich meine, wir haben den richtigen Weg beschritten.

Der öffentliche Dienst darf sich einem gesunden Rationalisierungsbestreben nicht entziehen. Die Mittel, die dadurch frei werden, sind besser und effektiver dort eingesetzt, wo es gilt, in der freien Wirtschaft selbst Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Dies ist der volkswirtschaftlich richtige Weg. Nur so und nicht durch Aufblähung zu einem unproduktiven Apparat, so meine ich, kann die öffentliche Verwaltung ihren Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme leisten.

Ein Problem, das uns allen am Herzen liegt, ist die ausreichende Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für unsere Schulabgänger. Hier kommt eine Lawine auf uns zu, die ihren Höhepunkt Anfang der achtziger Jahre haben wird. Wir alle, Industrie, Handel, Handwerk, sind aufgerufen, dafür zu sorgen, daß der heranwachsenden Generation bei ihrem Eintritt in das Berufsleben genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Selbstverständlich nehme ich hierbei den öffentlichen Dienst nicht aus. Das Problem für den öffentlichen Dienst besteht allerdings zum einen darin, daß infolge der Reduzierung des Personalzuwachses auch vermindert Nachwuchskräfte eingestellt werden müssen, und zum anderen darin, daß die spezielle Ausbildung nur selten qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes eröffnet. Dennoch müssen alle Möglichkeiten zur Verstärkung des Ausbildungsplatzangebotes genutzt werden. Ich begrüße daher die Aktivitäten des Senats und der Mehrheitsfraktion dieses Hauses. Sie werden im Laufe der Beratungen über entsprechende Anträge zu entscheiden haben.

Meine Damen und Herren, die in den vorgelegten Haushaltsentwürfen veranschlagten Investitionen in Höhe von insgesamt 512 Millionen DM teilen sich auf folgende Schwerpunkte auf:

Zur Sicherstellung der Schulbauprogramme sind insgesamt 75,4 Millionen DM veranschlagt. Um weitere Maßnahmen zügig in Gang setzen zu können, sind zusätzlich rund 60 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Für die in den Bereich Wissenschaft und Kunst fallenden Hochschulen sind 40,6 Millionen DM geplant. Hier sind schwerpunktmäßig die für den zügigen Ausbau der Sporteinrichtungen notwendigen

(C)

(B)

(D)

(A) Investitionsmittel sowie die Planungsmittel für den weiteren Ausbau der Universität und den Studentenwohnraumbau besonders hervorzuheben.

Der Bereich Soziales wird über 6 Millionen DM verfügen können. Auch der Jugend-Bereich wird nicht zu kurz kommen. Mit insgesamt 4,9 Millionen DM sollen unter anderem Kindertagesheime und Spielplätze erstellt werden.

Zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im Land Bremen sind wiederum erhebliche Mittel vorgesehen. Für die Finanzierung der Krankenhäuser Bremerhaven-Reinkenheide und Bremen-Ost sowie Erweiterungsbauten der freigemeinnützigen Krankenhäuser wurden 37,5 Millionen DM eingeplant.

Der Bereich Bauwesen kann eine ganze Reihe von Schwerpunkten nennen. Das Kanalbaustufenprogramm wird mit 29,1 Millionen DM weiter zügig fortgeführt. Mit rund 30 Millionen DM sollen die Nahverkehrsanlagen ausgebaut sowie Fahrzeuge beschafft werden. Die Müllverbrennungsanlage sowie die Wärmeschiene zum Rehabilitationszentrum werden mit 6,8 Millionen DM weiter ausgebaut werden. Damit ist eine zusätzliche Einnahme für den Gebührenhaushalt und eine Entlastung für unsere Bürger verbunden, die zudem den begrüßenswerten Nebeneffekt hat, daß wir sonst nicht genutzte Energie sinnvoll einsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

(B) Für die derzeit wichtigen Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung in der Werft-, Luft- und Raumfahrtindustrie sowie in der Fischwirtschaft sind im Bereich Wirtschaft Investitionsmittel von 4,4 Millionen DM veranschlagt. Die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Haushaltsmittel für Wirtschaftsstrukturmaßnahmen schlagen mit fast 12 Millionen DM zu Buche.

In der Hafengruppe Bremen werden zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit rund 25 Millionen DM investiert werden können. Schwerpunkt wird hier der weitere Ausbau des Neustädter Hafens sein. Für die Hafengruppe Bremerhaven werden rund 9 Millionen DM aufgebracht werden.

Der Wohnungsbau wird mit investiven Mitteln in Höhe von 32,2 Millionen DM gefördert.

Dieser kurze Abriß, der sicherlich nicht vollständig ist, meine Damen und Herren, macht meines Erachtens deutlich, daß es trotz der finanziellen Beschränkungen, denen wir unterliegen, auch in diesem Haushaltsjahr gelingen wird, einen weiteren spürbaren Schritt zur Realisierung des für diese Legislaturperiode vorgesehenen Programms zu tun.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen! Die Finanzdeputation hat Ihnen wohl abgewogene Haushaltsentwürfe vorgelegt, der Senat eine den Zwangsläufigkeiten des mittelfristigen Planungszeitraums gerecht werdende Planung bis zum Jahre 1980. Daß hier Risiken enthalten sind, muß klar gesehen wer-

den. Mittelfristig werden wir aktuellere Erkenntnisse bei der Fortschreibung berücksichtigen. (C)

Wenn auch für das vor uns liegende Jahr 1977 die Aussagen über die Einnahmen und Ausgaben wegen der relativen Zeitnähe zwangsläufig am genauesten sein müssen, so bekenne ich frei und offen, daß auch das Jahr 1977 nicht frei von Risiken ist. Der Konjunkturverlauf und damit die Entwicklung der Steuereinnahmen, die Neuordnung der vertikalen Umsatzsteuer-Verteilung zwischen Bund und Ländern sowie die Höhe der linearen Gehaltserhöhung können Belastungen bringen, die uns vor schwere Aufgaben stellen werden.

Auch vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, müssen wir die in den Finanzplandaten ausgewiesenen Deckungslücken von jährlich 80 bis 90 Millionen DM in den Planungsjahren 1978 bis 1980 sehen, die es zu schließen gilt. Jedoch auch angesichts der bestehenden Risiken, die — sollten sie entgegen meinen Erwartungen sich konkret abzeichnen — in der Finanzplanung ihren Niederschlag finden werden, erscheint mir die Ausweisung der genannten Deckungslücken vertretbar.

Vertretbar, meine Damen und Herren, heißt in diesem Fall, daß wir auch in den vor uns liegenden Jahren nicht nachlassen dürfen in unseren Bemühungen um sparsame Ausgabengestaltung und maximale Ausschöpfung der bestehenden Einnahmelmöglichkeiten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es bleibt mir jetzt noch, ein Wort des Dankes zu sagen. Dank den Deputationen, den Verwaltungen und den Personalvertretungen, die alle Anteil daran haben, daß die schwierige Aufgabe, ausgeglichene Haushalte 1977 vorzulegen, bewältigt werden konnte. (D)

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt sei aber hier ein Wort des Dankes und der Anerkennung den Mitgliedern des Haushaltsausschusses der Finanzdeputation gesagt, die in vielen, oft aufreibenden Sitzungen ihr „Scherflein“ dazu beigetragen haben. — Herzlichen Dank!

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsident Bugla: Ich danke Herrn Senator Jantzen!

Das Wort hat der Sprecher der Finanzdeputation, Herr Dr. Scherf.

(Zurufe von CDU und FDP: Scherflein!)

Abg. **Dr. Scherf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für den letzten Satz von Herrn Senator Jantzen! Wir waren zwar mehr als „Scherflein“, die wir im Haushaltsausschuß gearbeitet haben, aber ich habe auch meinen Teil dazu beigetragen. Das will ich nicht unter den Scheffel stellen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Wir haben, meine Damen und Herren, im Haushaltsausschuß in einem Beratungstreß, wie er sonst ganz ungewöhnlich ist, über gut zwei Monate hin täglich mehrere Stunden parallel zu Wahlkampfveranstaltungen diesen Haushalt beraten und legen ihn hiermit vor. Dieser Haushalt enthält eine große Zahl von sehr unangenehmen, sehr unbequemen, sehr unpopulären Entscheidungen, die Sie alle nun noch mittreffen müssen. Ich hoffe, daß dies ähnlich gut abläuft wie bei uns im Haushaltsausschuß.

Ich möchte — obwohl das, glaube ich, ganz ungewöhnlich ist — meine Rede heute damit beginnen, daß ich meinen Kollegen im Ausschuß herzlichen Dank sage. Sie müssen sich das einmal überlegen! Da sitzt der Landesvorsitzende der FDP, Oppositionsführer in diesem Landtag, da sitzt der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, Bundestagskandidat, Direktkandidat, und berät Tag für Tag unangenehmste Kürzungsvorlagen, stimmt in den meisten Fällen zu und muß unmittelbar im Anschluß an diese Sitzungen — wirklich stehenden Fußes sind wir hinausgerannt — in die nächste Wahlveranstaltung und muß vor der Öffentlichkeit klarmachen, warum denn nun das Regieren mit den Sozialdemokraten endlich ein Ende haben muß.

(Heiterkeit — Abg. Neumann [CDU]:
Es hat ja kein Ende gehabt!)

Das hat geklappt, und in keiner einzigen Entscheidung

(B)

(Abg. Klein [CDU]: Ich fürchte Ihre
Geschenke!)

haben wir die Diskretion der Haushaltsberatung gebrochen. Keiner — ich will mir nicht selbst Rosen geben, ich hatte vielleicht auch ein Interesse daran, daß nicht geredet wurde —, auch nicht die Oppositionspolitiker, hat die Diskretion dieser Beratungen gebrochen.

All denen, die sagen, es sei zu Ende mit unserem Parlamentarismus, es sei zu Ende mit den demokratischen Gemeinsamkeiten, die sagen, wir machten schon alle eine Politik der Chaos-Mobilisierung oder der Chaos-Organisation, die hätten gern einmal dabei sitzen sollen und hätten gern einmal ein bißchen darüber nachdenken sollen, daß auch in Wahlkampfzeiten so etwas möglich gewesen ist. Für mich ist das eine meiner eindruckvollsten parlamentarischen Erfahrungen.

(Beifall)

Ich habe keine Sorge um den Parlamentarismus, ich habe keine Sorge um unsere Fähigkeit, allesamt genommen, mit den Problemen der nächsten Jahre fertigzuwerden, wenn ich mir vergegenwärtige, wie wir das in den letzten Monaten gemacht haben.

Ich möchte aber nicht nur sozusagen Eigenlob produzieren, sondern ich möchte auch denjenigen, die in den Fachdeputationen beraten haben, zum Teil schon vorweg mit Kürzungsbelastungen und unter Kür-

zungsdruck, und mit uns zusammen als Sprecher oder stellvertretender Sprecher im Haushaltsausschuß gearbeitet haben, und natürlich auch den Personalratsvertretern, die dabeigesessen haben, schon in den Ämtern, in den Fachdeputationsberatungen und nachher auch bei uns im Haushaltsausschuß, sagen, daß mich das ungewöhnlich berührt hat, wie trotz der vielen schwierigen Ablehnungsentscheidungen wir begriffen haben — allesamt, die wir da gegessen haben —, daß wir uns nicht hinausstellen können aus der gemeinsamen Verantwortung und daß diese Bewährungsprobe für alle, die wir da mitgearbeitet haben, eine Hoffnung ist für zukünftige Arbeiten.

Ich möchte nach dieser Vorbemerkung es mir relativ kurz machen, was den technischen Ablauf und was die vielen Zahlen betrifft. Wir haben Ihnen wie üblich einen schriftlichen Bericht vorgelegt. Wir haben den gemeinsam formuliert. Die CDU-Mitglieder haben zwar nicht zugestimmt, aber die Richtigkeit der Sätze, die da enthalten sind, ist auch von den CDU-Mitgliedern unterstrichen worden. Sie haben eben nur gesagt, wir tragen zwar politisch nicht das Ergebnis, aber die Arbeit haben wir mitgetragen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir mit Hinweis auf die vielen Zahlen, die da enthalten sind, es ersparen, die nun alle noch einmal zu wiederholen, zumal Herr Senator Jantzen eben einen eigenen Beitrag geliefert hat, die Zahlen noch einmal zu problematisieren.

Ich möchte zwei positive Erfahrungen aus diesem schriftlichen Bericht herausgreifen und zu Ihrer Beratung stellen. Ich glaube, es ist positiv gewesen, daß wir die Sparanstrengungen, die zur Deckung des Haushalts 1977 notwendig waren, nicht allein ans Ende der Beratungen, nämlich in den Haushaltsausschuß hinein, verlagert haben, sondern es war richtig, daß wir — wir Sozialdemokraten, muß ich da wohl sagen, aber auch die übrigen — vor den Fachdeputationsberatungen, in denen Anträge zum Haushalt 1977 gestellt wurden, mit korrigierten Sparvorschlägen, korrigierten Eckdaten zu tun hatten, so daß die Schwierigkeit, die es in früheren Legislaturperioden immer wieder gegeben hat, daß zunächst ein hoher Sockel von Anträgen aufgebaut worden ist, ein hoher Erwartungshorizont gesetzt worden ist und es anschließend eine fürchterliche und bittere Ernüchterung gab, dieses Mal durch das sachlich gestufte Beraten dieser Sparprogramme hat vermieden werden können.

Ich finde weiter positiv bei diesem Durchgang der Haushaltsberatungen, daß die unangenehmsten Entscheidungen dieses Haushalts bereits rechtzeitig bekannt gemacht worden sind. Etwa die Erhöhung der Grundsteuer, die alle trifft, ist eine Sache, die hoch problematisch ist, das gebe ich zu, die auf Mieten durchschlägt, die damit die breite Bevölkerung belastet und die ganz und gar nicht wünschenswert ist, auch aus meiner persönlichen Sicht.

(C)

(D)

(A) Ebenso die angekündigte und nun auch in den Gremien beschlossene Erhöhung der Straßenbahntarife. Dies ist eine Sache, die keiner in diesem Haus gern macht, die uns alle belastet, die uns in der Öffentlichkeit großen Ärger macht und die uns große Probleme bringt.

Ich fand es richtig, daß diese beiden unangenehmen Entscheidungen, die notwendig sind, um den Haushalt zu decken, am Anfang der Haushaltsberatung schon vor den Anträgen der Fachdeputationen standen, damit alle, Abgeordnete und Deputierte, aber auch alle, die an uns mit Anträgen herantraten, wissen mußten, dies geht angesichts solcher Deckungsproblematik, angesichts solcher Einnahmeverbesserungsvorschläge. Die Konsequenz von zusätzlichen Anträgen hätte bedeutet, daß man bei den Straßenbahntarifen nun noch eine größere Anhebung beschließt oder bei der Grundsteuer B nun noch mehr erhöht. Ich habe es als klug empfunden, daß wir dies — sozusagen uns gemeinsam in einen Beratungszwang hineinsetzend und hineinbewegend — vor den Einzelanträgen beraten haben.

Ich möchte jetzt zu drei Schwerpunkten etwas sagen, die ich herausgegriffen habe, von denen ich den Eindruck habe, daß sie auch im Interesse der übrigen Mitglieder des Haushaltsausschusses sind.

(B) Wir begrüßen sehr, daß der Finanzsenator heute in seine Rede einbezogen hat die Finanzplanmaterialien. Wir haben es immer als einen Mangel empfunden, daß in den Jahren zuvor zu eng nur der jeweilige Jahreshaushalt gesehen und die mittelfristige Finanzplanung als eine Angelegenheit betrachtet worden ist, die Beamte machen und die im Senat beschlossen wird, die uns aber im Grunde nur als eine Art buchhalterische Gegenrechnung interessieren kann.

Wir sind der Auffassung, die wir in dem Ausschuß sind, daß dies eine zu korrigierende Einschätzung ist. Wir erhoffen mit einer Aussprache über die mittelfristige Finanzplanung einen Beratungszugang zu so zentralen Fragen wie der konjunkturpolitischen Bedeutung der jeweiligen Jahreshaushalte, zu so zentralen Fragen wie der Verschuldung der Stadtgemeinde und des Landes, wie zu so wichtigen Fragen wie dem Verhältnis von Investitionskosten zu Folgekosten, daß wir zu diesen Fragen erst Zugang bekommen, wenn wir die Finanzplandaten insgesamt mitdiskutieren und sie einer politischen Meinungsbildung zugänglich machen.

Ich sehe bei den gegenwärtig vorgelegten Materialien zwei Schwerpunkte, die ich kurz ansprechen möchte. Erstens: Der Abbau der Nettokreditaufnahme wird, wie angekündigt, für 1977 realisiert und soll, wie ebenfalls angekündigt, bis 1980 schrittweise weitergeführt werden. Überraschend für einige, selbst für einige Experten, ist gewesen, daß die Bruttokreditaufnahme so drastisch gegenüber dem vorjährigen Finanzplan hat gekürzt werden können. Es sind über 100 Millionen DM, um die da gekürzt worden ist. Dies liegt aber an den Kondi-

(C) tionen, zu denen wir Darlehen bekommen. Das ist ohne zusätzliche politische Relevanz. Wir haben das Institut der Einmaltilgung bei Darlehen zum ersten Mal in der Finanzplanung. Wir müssen sie also nicht laufend in Raten tilgen, sondern wir müssen eine wachsende Zahl von Krediten am Ende der Laufzeit der Kredite tilgen, und dieses entlastet unseren Haushalt klar, solange wir noch nicht diese Tilgung leisten müssen.

Zweitens eine wichtige Nachricht, die für die Haushaltsberatungen 1978 von Bedeutung ist. Der Senat geht davon aus, daß die bisher vorhandene Deckungslücke für den Haushalt 1978 von 84,7 Millionen DM nicht über Ausgabenkürzungen, sondern über Einnahmeverbesserungen zu schließen ist. Das ist eine Hoffnung, weil die Frage der Mehrwertsteuer noch völlig offen ist. Wie das läuft, weiß ich selbst nicht zu sagen, weil ich nicht dabei bin bei den Koalitionsverhandlungen in Bonn und das auch eine Frage der Opposition ist, über den Bundesrat.

Im übrigen aber möchte ich gern wissen, vielleicht nicht in dieser Beratung, sondern in den kommenden Monaten, wie denn die noch verbleibende Deckungslücke für 1978 von 84,7 Millionen DM geschlossen werden soll. Ich befürchte, daß wir auch 1978 wieder Kürzungen bei den Ausgaben machen müssen, entgegen der Hoffnung, die der Senat in die Finanzplanmaterialien hineingeschrieben hat. Wichtig ist für uns, daß hier eine Hoffnung besteht.

(D) Ich möchte noch zur Verschuldung kurz anmerken, daß niemand davon ausgehen kann, daß in unserem Land die Zeit der Entschuldung eingetreten ist, daß wir die Verschuldung abbauen. Es gibt einige Hinweise, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck gestärkt worden ist, als ob wir jetzt in eine Zeit kämen, wo wir nun die hohe Verschuldung der Konjunkturjahre hinter uns abbauen.

Dies kann nicht richtig sein, ist auch nicht erkennbar im Finanzplan, ist auch, glaube ich, objektiv nicht leistbar. Sie müssen sehen, daß von Jahr zu Jahr die öffentlichen Haushalte stärker in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung hineingezogen werden, und dies nicht nur, wie die Sachverständigen früher immer gesagt haben, über die Ausgabenpolitik, sondern ebenfalls über die Einnahmepolitik.

Wenn Sie bei der Einnahmepolitik sind, müssen Sie sich darüber klar werden, daß einerseits die Masseneinkommen nicht beliebig mehr belastet werden können, erst recht nicht in einer Zeit, in der Vorschläge diskutiert werden, wie bestimmte Unternehmenseinkommen zusätzlich entlastet werden, damit Investitionsspielräume geschaffen werden können. Hier gibt es nach meiner festen Auffassung — völlig unabhängig auch vom Parteiverständnis — eine Grenze, die uns zwangsläufig auf weitere Kreditaufnahmen verweist.

Wir werden auch in Zukunft nach meiner Einschätzung nicht darum herumkommen, zusätzliche Kredite aufzunehmen. Entscheidend ist dabei, wie das Verhältnis von ordentlichen Einnahmen und

(A) Schuldenaufnahmen einerseits zu den Investitions- und Personalausgaben andererseits gehalten wird. Der Finanzplan hält sich in diesem Punkt an die Landeshaushaltsordnung und die entsprechenden Bundesgesetze.

Ich möchte damit zu einem zweiten Schwerpunkt überleiten. Ich bin der Auffassung, daß wir dringend überdenken müssen, und zwar grundsätzlich, ob das Verhältnis von Investitionskosten zu Folgekosten von uns richtig gesehen wird, und zwar nicht nur finanzpolitisch und arbeitsmarktpolitisch, sondern auch rechtlich von der Landeshaushaltsordnung, von der Bundeshaushaltsordnung und von den Haushaltsgrundsätzen her. Wir haben im Sinne der antizyklischen Konjunkturpolitik Keynes' in der Krise Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Kindertagesheime und vieles andere mehr gebaut und müssen jetzt schon allein darum kurztreten, weil uns die Folgekosten wie eine Garotte um den Hals hängen.

Der Sachverständigenrat mit seinem jüngst veröffentlichten Gutachten — ich hatte Mühe am Wochenende, diese dicke Schwarte durchzuarbeiten, ich habe das so halbwegs geschafft — kommt allein schon aus diesem Grund zu dem Ergebnis, daß zukünftig Konjunkturpolitik nicht mehr über die Investitionen der öffentlichen Hand zu leisten sei, sondern über gezielte Entlastungsmaßnahmen bei Unternehmen, damit diese den nach ihrer Auffassung dann eintretenden Verfügungsspielraum nutzen können für eine verstärkte Investitionstätigkeit.

(B) Ein kurzes Wort zum Sachverständigenrat: Ich halte das nicht für richtig, was vom Sachverständigenrat gesagt worden ist. Ich bin der Auffassung, daß entscheidend für die Investitionstätigkeit von Unternehmen die Absatzerwartung ist und daß Erleichterungen — also Steuererleichterungen, auf die läuft es hinaus — vor allem immer dort genutzt wurden, wo jetzt bereits keine Absatzprobleme mehr bestehen und zusätzliche Investitionen, gerade was die Erfahrungen der letzten Krise betreffen, nicht erwartet werden können, wenn man nachläßt. Im übrigen kann sich die öffentliche Hand — dies auch zum Sachverständigenrat — nicht leisten, bei ohnehin knappen Mitteln ohne Alternativ-einnahmen sich solcher wichtigen Einnahmequellen zu begeben.

Es ist aber, sage ich nun andererseits, ebenso zu fragen, und damit möchte ich meine Erklärungen, die ich am Anfang dieses Jahres zum Haushalt 1976 abgegeben habe, relativieren, ob die Forderung nach der Vermehrung öffentlicher Investitionen ohne Rücksicht auf die Folgekosten das probate und einzig wirksame Mittel zur Konjunkturverbesserung, zur Konjunkturanregung ist. Wir müssen, wenn nicht zu diesem Jahreshaushalt, dann rechtzeitig in den Fachdeputationen vor der Aufstellung des nächsten Haushalts, unsere Investitionsprogramme im Hinblick auf die damit ausgelösten Folgekosten kritisch durchsehen.

(C) Es ist, wenn man es über arbeitsmarktpolitische Zwänge rechtfertigt, doch irrelevant für den in der Bauwirtschaft beschäftigten Polier, ob der öffentliche Bauauftrag aufwendige Personal- und Unterhaltungskosten nach sich zieht oder nicht. Wer also über öffentliche Nachfrage Konjunktur anregen will — dieses wollen wir, das ist ein Ziel unserer bremischen Haushaltspolitik —, muß, gerade was die Folgekosten und den Nutzen für die Beschäftigungslage anbetrifft, sich gefallen lassen, über Nutzen-Kosten-Analysen dieses Problem zu problematisieren und aufzuarbeiten.

Noch ein weiteres zur arbeitsmarktpolitischen Bedeutung unseres Haushalts! Wir haben wie nie zuvor die Haushaltsanträge zusammengestrichen. Dieses scheint arbeitsmarktpolitischen Überlegungen direkt entgegenzulaufen. Wir sind bei den personalwirtschaftlichen Beschlüssen im Haushaltsausschuß davon ausgegangen, daß die Stellenvermehrung für öffentliche Bedienstete die teuerste und deshalb ineffektivste Arbeitsmarktpolitik der öffentlichen Hand ist. Wer knappe Mittel optimal für Beschäftigungspolitik einsetzen will, muß — dies ist ein Schwerpunkt unseres Haushalts — so sparsam wie möglich mit eigenem Personal wirtschaften, um auf diese Weise Handlungsspielräume für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu gewinnen. Anträge in diesem Haus, die bei diesen Beratungen erkennbar in dieser Richtung liegen, will ich gern unterstützen, soweit ich das kann.

(D) Im Blick auf die zukünftigen Haushaltsberatungen möchte ich eine Anregung der letzten wirtschaftspolitischen Debatte in diesem Hause aufgreifen. Ich habe sehr lange darüber nachgedacht, habe mich auch gefragt, ob ich das hier zitieren darf. Ich meine, es ist so wichtig, daß ich es ansprechen muß: Mein Kollege Kunick hat in seiner Rede zur Wirtschaftspolitik in der letzten Sitzung hier gesagt, es gebe einen prinzipiellen Konflikt zwischen Wirtschafts- und Finanzpolitikern in diesem Hause, ohne Rücksicht auf die Fraktionszugehörigkeit. Er hat dies, glaube ich, nicht einfach nur spontan formuliert, sondern er hat dies mit dem Anspruch formuliert, sozusagen eine prinzipielle Wende — eine „Kopernikanische Wende“ in der Finanzpolitik — zu bewirken.

Wohin zielt das, was Herr Kunick sagt? Das zielt darauf hin, daß wir unter Änderung des Grundgesetzes, unter Änderung des Haushaltsgrundsätzegesetzes, unter Änderung der Bundes- und Landeshaushaltsordnungen uns davon freimachen müssen, daß Investitionsvolumen und entsprechende Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand sozusagen untrennbar zusammengehören — das ist eine der Kardinalpositionen unserer Haushaltspolitik —, sondern daß wir Mittel in die Hand bekommen, jenseits dieser Regelungen — die müssen dann erst einmal alle geändert werden, sonst ist das eine Aufforderung zu rechtswidrigem Handeln, das würde ich mir ungern gefallen lassen —, Mittel in die Hand bekommen müssen als öffentliche Hand, um aktive

(A) Beschäftigungspolitik sowohl direkt im Produktionsbereich durch Beteiligung an Firmen, so habe ich ihn verstanden, als auch im Dienstleistungsbereich zu finanzieren.

Ich sehe, daß das nicht mit einer kurzen Erwiderung abgetan ist. Ich sehe auch, daß wir heute in der Diskussion hier nicht schaffen, zu neuen Ufern aufzubrechen, aber ich bin der festen Überzeugung, daß wir in den Landtagen und im Bundestag an diesem Punkt noch ein ganz großes Stück Arbeit vor uns haben. Ich habe mir eine Reihe Landtagsdebatten, soweit ich das konnte in den letzten Tagen, über die jeweiligen Haushalte angesehen, und da wird immer wieder von dem jeweiligen Sprecher, ohne Rücksicht auf die Fraktionszugehörigkeit, auf diesen Punkt abgezielt.

Wir müssen da weiterkommen. Keynes hilft uns da nicht, nach meiner Einschätzung, weil er viel zu kurzfristig es abhängig macht davon, daß eine Nachfrage am Markt erzeugt wird durch eine öffentliche Unternehmung, indem wir irgend etwas bauen, daß dann diese Nachfrage Beschäftigung nach sich zieht. Es ist völlig unproblematisch — ich habe mir Mühe gemacht, bei Keynes nachzulesen —, was der öffentliche Haushalt zusätzlich, und zwar nicht, indem er neue Nachfragen auslöst, sondern indem er einfach die getätigte Investition sinnvoll organisiert, zu leisten hat.

(B) Es gibt Spitzen in der bundesrepublikanischen Landschaft, wo die Forderung nach mehr Turnhallen inzwischen perfide klingt, weil Turnhallen da sind, nur nicht genug Lehrer, damit in diesen Turnhallen rund um die Uhr oder nachmittags ausreichend Unterricht gegeben werden kann. Da ist also die Forderung nach mehr Turnhallenbau gar nicht mehr die angemessene, sondern da muß man überlegen, was ist eigentlich sinnvoll, notwendig, damit das optimal ausgenutzt wird. Dies nun wiederum ist nicht über Keynes gerechtfertigt, sondern da müssen wir eine andere Erklärung finden, eine andere Rechtfertigung der öffentlichen Ausgabenpolitik, damit wir auf diesem Gebiet leistungsfähig bleiben, leistungsfähig, so glaube ich, im gemeinsamen Sinne.

Ich komme jetzt zu einem dritten Schwerpunkt. Wir hatten wie nie zuvor Personalanträge streng zu überprüfen und haben auch bereits vorhandene Planstellen auf Kürzungsmöglichkeiten abzuklopfen versucht und in dem einen oder anderen Fall auch Kürzung vorgeschlagen. Sie alle wissen, daß wir mit dieser Arbeit noch lange nicht am Ende sind und daß diese Arbeit für ein Parlament überhaupt nie abgeschlossen werden kann. Dabei sind bei diesen Beratungen an den Haushaltsausschuß mehrere Probleme grundsätzlicher Art herangetragen worden zu der möglichen Kollision von Etatrecht einerseits, Organisationsrecht und Personalvertretungsrecht andererseits.

Da diese Diskussion bei den Beratungen zum Haushalt 1976 hier im Plenum auch von mir mit geführt worden ist — Herr Lahmann hat

dazu etwas gesagt und, ich glaube, auch Herr Filzen und Herr Metz —, möchte ich gern meinen Kollegen und damit auch den übrigen von dem bisherigen Ergebnis unserer Arbeit Mitteilung geben. Wir haben an dieser Sache weitergearbeitet. Folgendes ist unser Ergebnis:

Die Beteiligung der Personalräte an der Aufstellung der Haushaltspläne ist in Paragraph 67 Bremisches Personalvertretungsgesetz abschließend geregelt. Sie beschränkt sich auf die Notwendigkeit, zu den Stellenplanentwürfen und zu den Haushaltstiteln, die der Mitbestimmung unterliegende Bereiche betreffen, Position zu beziehen, Meinung zu sagen. Im übrigen sind die Rechte der Finanzdeputation und des Haushaltsausschusses bei der Aufstellung des Haushaltsplans weder durch das Bremische Personalvertretungsgesetz noch durch Organisationsrecht des Senats eingeschränkt. Unsere Position ergibt sich aus Artikel 105 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 101 Absatz 1 Ziffer 2 bis 7 Bremische Landesverfassung sowie aus Paragraph 17 und Paragraph 1 Absatz 3 des Deputationsgesetzes in Verbindung mit Artikel 129 Bremische Landesverfassung.

Soweit über die Aufstellung der Haushaltspläne hinaus Deputationsentscheidungen in das Organisationsrecht des Senats, zum Beispiel durch Organisationsuntersuchungen, hineinwirken — das ist ein wichtiges Thema, weil das immer der Beginn einer einschneidenden Sparmaßnahme sein kann —, soweit solche organisationsrechtlichen Initiativen von Deputationen ausgehen, können Meinungsverschiedenheiten zwischen Personalräten einerseits und Deputationen andererseits denkbar sein.

Für diese Fälle gibt es in der Verfassungsgeschichte Bremens aus den Nachkriegsjahren eine ganze Reihe von Erklärungen des Senats, die auch in der Bürgerschaft zitiert worden sind — ich habe mir das alles noch einmal herausgesucht, ich will das nicht zitieren —, es gibt aber auch eine Praxis, die durch mehrere Urteile des Bremer Verwaltungsgeschichtshofs — heute des OVG — bestätigt worden ist. Danach ist folgendes festzustellen:

„Als die verantwortlichen Träger der Entscheidungsgewalt im Bereich der Exekutive können Senat und Senatoren nicht an Deputationsbeschlüsse in Verwaltungsangelegenheiten gebunden werden. Diese Feststellung gilt nur dann nicht, wenn eine Deputation aufgrund Artikel 105 Absatz 5 der Landesverfassung anstelle der Bürgerschaft eine jener Verwaltungsangelegenheiten entscheidet, die einzeln durch Artikel 101 Absatz 1 Ziffer 2 bis 7 ihnen zugewiesen worden sind.“

Unbeschadet dieser Rechtslage finde ich jedoch, entspricht es dem Gedanken des Deputationswesens, daß in der Praxis eine enge Zusammenarbeit zwischen Senat und Deputationen mit dem ernstesten Ziel einer Ubereinstimmung in Sachfragen stattfindet. Dieser auf das Vertrauen der Bürgerschaft angewiesene jeweilige Senator und der Gesamtstat haben

(A) dabei stets — so der Senat — im eigenen Interesse und im Interesse der Zusammenarbeit Wert darauf gelegt, daß sie nicht in Meinungsgegensätze mit der Deputation kommen.

Liegen nun bei dieser Ausgangsposition in organisatorischen Angelegenheiten Entscheidungen von Einigungs- und Schlichtungsstellen vor, die zu von der Deputation abweichenden Vorstellungen kommen, so ist der Senat vor endgültiger Entscheidung gemäß Paragraph 59 Absatz 5 und Paragraph 61 Absatz 4 Personalvertretungsgesetz gehalten, einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Vorstellungen herbeizuführen.

Auf unsere Bitte hin hat die Senatskommission für das Personalwesen es übernommen, für diese Fälle einen Verfahrensvorschlag zu formulieren. Wir — die Mitglieder des Haushaltsausschusses — gehen davon aus, daß mit diesen Feststellungen die möglicherweise einmal vorhanden gewesenen unterschiedlichen Auffassungen zur Mitbestimmungsbedürftigkeit von Ausschußentscheidungen geklärt worden sind und daß auch die Personalräte, die mit uns Einzeldiskussionen geführt haben, auch Aufsätze geschrieben haben, insoweit von uns mit einem probaten praktikablen Vorschlag beantwortet worden sind.

Abschließend nun, nach diesen drei Einzelbemerkungen, möchte ich feststellen:

(B) Erstens: Der Ihnen vorgelegte Haushaltsplanentwurf ist seriös finanziert und ausgeglichen.

Zweitens: Insbesondere auf der Einnahmeseite konnte unter anderem durch so umstrittene Entscheidungen wie die Erhöhung der Grundsteuer B der Ausgleich der Haushalte erreicht werden.

Drittens: Wir haben bei den Ausgaben, insbesondere bei den Stellenplananträgen, ungewöhnlich streng die Anträge gesichtet und zusammengestrichen. Dies hat uns neben den die Subventionen reduzierenden Anhebungen der Straßenbahntarife schon jetzt heftiger Kritik ausgesetzt.

Die Diskussionen über diesen Haushaltsentwurf werden, auch nachdem die Beratungen in diesem Plenum abgeschlossen sein werden, nicht zu Ende sein. Wir werden — jeder von uns in seiner Weise — in den nächsten Wochen und Monaten auf der Straße, in Versammlungen oder — wie bei mir persönlich — auch immer wieder zu Hause auf die Notwendigkeit der unsere Mitbürger belastenden Entscheidungen, wie eben Grundsteuer B, wie Straßenbahntarife, und auf die Dringlichkeit von Ausgaben, wie zum Beispiel Schul- und Straßenbauten, angegangen werden.

Ich begrüße auch im Namen meiner Kollegen im Haushaltsausschuß diese öffentlichen Diskussionen, weil wir über sie eine Chance sehen, das oft technokratisch wirkende Rechenwerk unserer mühseligen Arbeit auf seine politisch verantworteten Einzelentscheidungen hin zu durchleuchten und damit einer demokratischen Kontrolle zugänglich zu machen.

(C) Diese auch öffentlichen Kontrollen und die damit natürlich immer wieder notwendigen Korrekturen an unseren Vorschlägen sind erwünscht, sind unabdingbar. Es gibt dabei keine Tabus, allerdings — und damit will ich schließen — gibt es die nicht relativierbare Notwendigkeit, daß wir uns alle der Gesamtverantwortung stellen.

Ich möchte die täglichen Beratungen im Haushaltsausschuß in den Monaten August und September und meinen guten Eindruck von diesen gern als Anlaß dafür nehmen zu sagen, daß ich hoffe, daß wir in den nächsten Tagen ähnlich gut miteinander umgehen und ähnlich konstruktiv über diesen Vorschlag, den wir Ihnen unterbreiten, beraten werden. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. Klein
[CDU]: A la bonne heure!)

Vizepräsident Bugla: Meine Damen und Herren, gemäß der interfraktionell getroffenen Vereinbarung werde ich jetzt die Beratung der Tagesordnungspunkte 3 und 4 unterbrechen.

Zweites Gesetz zur Änderung der Bremischen Verwaltungsgebührenordnung

Mitteilung des Senats vom 1. November 1976
(Drucksache 9/338)
2. Lesung

(D) Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 10. November 1976 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Zweite Gesetz zur Änderung der Bremischen Verwaltungsgebührenordnung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Zweites Gesetz zur Änderung der Gebührenordnung des Landesamtes für Baustoffprüfung der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 1976
(Drucksache 9/327)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 10. November 1976 in erster Lesung beschlossen.

- (A) Wir kommen zur zweiten Lesung.
Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Wer das Zweite Gesetz zur Änderung der Gebührenordnung des Landesamtes für Baustoffprüfung der Freien Hansestadt Bremen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Gesetz zur Regelung von Zugangsbeschränkungen an bremischen Schulen für nicht mehr vollzeitschulpflichtige Schüler

Mitteilung des Senats vom 25. Oktober 1976
(Drucksache 9/328)
2. Lesung

Das Gesetz wurde von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 10. November 1976 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

- (B) Wer das Gesetz zur Regelung von Zugangsbeschränkungen an bremischen Schulen für nicht mehr vollzeitschulpflichtige Schüler in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 18 vom 1. November 1976
(Drucksache 9/365)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19 vom 22. November 1976
(Drucksache 9/366)

Der Petitionsausschuß legt der Bürgerschaft (Landtag) zwei Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 1. und 22. November 1976 abschließend beraten hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(C) Der Ausschuß bittet, die Bürgerschaft (Landtag) möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nebentätigkeiten durch Angehörige des öffentlichen Dienstes

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 27. Oktober 1976
(Drucksache 9/337)

Der Senat hat mit Schreiben vom 1. November 1976 für die Beantwortung dieser Anfrage um eine dreimonatige Fristverlängerung gebeten.

Die fragestellende Fraktion der FDP hat sich mit dieser Fristverlängerung einverstanden erklärt. Dem Antrag des Senats wurde stattgegeben.

Die Anfrage kommt auf die Tagesordnung der Sitzung am 16. März 1977.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Lahmann.

(D) Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie gehört haben, sind wir damit einverstanden, daß die Antwort des Senats, die etwa drei Monate in Anspruch nehmen wird, auf unsere Große Anfrage zur Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst abgewartet wird.

Ich möchte nur bei dieser Gelegenheit zur Geschäftsordnung eines anmerken: Die FDP-Fraktion geht davon aus, daß nicht vor dem Eingang dieser Antwort des Senats die Absicht verwirklicht wird, die Nebentätigkeitsverordnung zu ändern. Wir können nicht ausschließen — das kann keiner von uns —, daß sich aus der Antwort des Senats Konsequenzen für eine möglicherweise weitergehende Änderung der Nebentätigkeitsverordnung ergeben könnten. Insofern bitten wir, auch in diesem Hause, den Senat insbesondere darum, eine Neufassung der Nebentätigkeitsverordnung nicht in Kraft zu setzen, bevor wir in diesem Hause die Antwort zu diesem Komplex erhalten und über die Konsequenzen dieser Antwort beraten haben. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bugla: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dittrich.

Abg. **Dittrich** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sehen zwischen Ihrem Antrag auf Untersuchung und der Verordnung über Nebentätigkeiten kein Junktim. Wir möchten hier ausdrücklich erklären, daß wir diesen Vorschlag nicht

(A) annehmen, das eine von dem anderen abhängig zu machen.

(Beifall bei der SPD — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Datenschutz

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 2. November 1976
(Drucksache 9/339)

D a z u

Antwort des Senats vom 29. November 1976
(Drucksache 9/368)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Bisherige Erfahrungen mit Gesamtschulen

Antrag der Fraktion der SPD
vom 10. November 1976
(Drucksache 9/356)

Der Antrag ist unterzeichnet von den Abgeordneten Raschen, Stichweh, von Hassel und Fraktion der SPD und liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

(B)

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft bis Ende April 1977 einen schriftlichen Bericht über die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse, die an den vier Gesamtschulen im Land Bremen gewonnen werden konnten, vorzulegen.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Raschen.

Abg. Raschen (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat diesen Antrag eingebracht aus Anlaß der bevorstehenden Einführung der Orientierungsstufe im gesamten bremischen Schulwesen, die nicht zuletzt begründet ist auf die Erfahrungen mit dem bisher an den Gesamtschulen praktizierten integrierten Unterricht.

Ich meine, daß wir Gelegenheit nehmen sollten, hier einen Bericht zu erhalten darüber, wie die bisherige Gesamtschularbeit in der Vergangenheit gelaufen ist, insbesondere welche Erkenntnisse gewonnen werden konnten und zu welchem Ergebnis die Begleitung dieses ursprünglichen Schulversuchs und jetzigen Schulmodells gekommen ist.

Darüber hinaus möchten wir aus diesem Bericht gern erfahren, mit welchen personellen und sachlichen Mitteln die Gesamtschulen im Land Bremen ausgestattet worden sind, um ihren Auftrag erfüllen zu können, damit uns das einmal ganz deutlich vor Augen geführt wird.

Als letztes ist es uns ein Anliegen, aus dem Bericht zu erfahren, inwieweit mit der Zielsetzung des Schulgesetzes hin zur Stufenschule — mit dem Endauftrag eines integrierten Unterrichts in den Stufenschulen — die Gesamtschularbeit fortgesetzt und übernommen wird, damit eindeutig herausgestellt werden kann, daß die Gerüchte, die Sozialdemokraten beziehungsweise das Parlament betriebe den Abbau der Gesamtschule, nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. Dr. Sieling (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die CDU-Fraktion hat von Anfang an die Durchführung von Versuchen mit der integrierten Gesamtschule in Bremen unterstützt. Dieses klare Ja galt in der Stadt Bremen sowohl für die Gesamtschulen West und Ost als auch für den Schulverbund Lesum.

Allerdings war es für uns damals eine Selbstverständlichkeit, daß in dem von allen Fraktionen dieses Hauses gewählten Begriff „Schulversuch“ sowohl die Möglichkeit des Erfolgs als auch die Möglichkeit des Scheiterns enthalten sein mußte. Aus dieser Sicht heraus begrüßen wir den heutigen Antrag der SPD-Fraktion, in dem der Senat aufgefordert wird, der Bürgerschaft bis Ende April 1977 einen schriftlichen Bericht vorzulegen über die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse, die an den vier Gesamtschulen im Land Bremen gewonnen worden sind.

Meine Damen und Herren, wir fragen uns allerdings in diesem Zusammenhang, was ein solcher Bericht aus der heutigen Einstellung der SPD-Fraktion heraus eigentlich noch beeinflussen soll. Denn obwohl man der von uns seit Jahren erhobenen Forderung nach einer wissenschaftlichen Begleitung der Gesamtschulversuche und deren ständiger Auswertung leider immer noch nicht nachgekommen ist und obwohl der Senat bisher noch keinerlei fundierte Stellungnahme zu diesem Thema vorgelegt hat, hat die SPD-Fraktion bereits seit Jahren beschlossen, die integrierten Gesamtschulen ohne jedes Fragen nach Erfolg oder Mißerfolg dieser Versuche zur Regelschule im Land Bremen zu machen.

Wo bleibt da, meine Damen und Herren von der SPD, eigentlich die doch auch bei Ihnen voraussetzende Logik?

(Abg. v. Hassel [SPD]: Danke schön!)

Oder erwarten Sie heute, daß Ihnen der Senat im Frühjahr 1977 einen schöngefärbten Bericht vorlegen wird,

(Abg. Neumann [CDU]: So wird es sein!)

aus dem Sie dann nachträglich auf jeden Fall, wenn auch mit großer Verspätung, die Legitimation für

(C)

(D)

- (A) Ihren bereits vorweggenommenen Beschluß zur Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule nehmen und ableiten wollen?

(Beifall bei der CDU — Abg. Neumann
[CDU]: Die Zielrichtung ist bekannt!)

Wie dem auch sei, die CDU-Fraktion wird den von der SPD eingebrachten Antrag unterstützen. Wir erwarten aber, daß der Senat einen offenen, ehrlichen Bericht über alle inzwischen gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse in den Gesamtschulversuchen Bremens vorlegen wird. Wir erwarten, daß der Senat es unterlassen wird, in Schönfärberei zu verfahren nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nach Ansicht der SPD-Fraktion in diesem Hause nicht sein darf.

Damit der Senat bei der Fertigstellung seines Berichts nicht allzu einseitig dem Wunsch der SPD-Bildungsexperten nach einem Hochloben der integrierten Gesamtschulen verfällt, mögen dem vorliegenden Antrag folgende Hinweise mit auf den Weg gegeben werden, von denen wir erwarten, daß die darin angeschnittenen Fragen in dem Bericht nicht ohne Antwort bleiben werden.

Erstens: In welchem Maß sind die integrierten Gesamtschulen personell und finanziell bessergestellt worden als die bisherigen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien?

- (B) Zweitens: In welcher Weise und mit welchem Erfolg haben die integrierten Gesamtschulen bisher ihren Teil zur sozialen Integration der Kinder sowie zur Erhöhung der Chancengleichheit und der Chancengerechtigkeit für ihre Schülerschaft beitragen können?

Drittens: Konnte bisher verhindert werden, daß die Fachleistungskurse in ähnlich negativer Weise einen Effekt auf das Selbstbewußtsein und den formellen sozialen Status der Schüler an den Gesamtschulen ausüben, wie dieser Effekt den Schulformen des dreigliedrigen Schulsystems von ihren Kritikern bisher immer unterschoben worden ist?

Viertens: Inwieweit beeinträchtigt das Fachleistungskurssystem die Situation solcher Schüler, die in allen leistungsdifferenzierten Fächern im schwächsten Leistungsbereich verbleiben müssen?

Fünftens: Wie hat sich bisher in den integrierten Gesamtschulen die wohl unausbleibliche Zwangskonkurrenz zu den Hauptschulen, den Realschulen und den Gymnasien ausgewirkt?

Sechstens: In welchem Maß sind in den Klassen 7 bis 10 Schüler in leistungsstärkere Kurse aufgestiegen beziehungsweise in leistungsschwächere Kurse abgestiegen?

Siebtens: Wieviel Prozent der Schüler haben zu Ende der Klassen 9 noch nicht den Abschluß der Hauptschule erreicht?

Achtens: Wieviel Prozent der Schüler haben zu Ende der Klassen 10 den Abschluß der Hauptschule, der Realschule beziehungsweise des Gymnasiums erreicht und welche Erfahrungen sind bei den

- (C) Schülern mit gymnasialem Abschluß im Hinblick auf ihr Mitarbeitsvermögen in den gymnasialen Oberstufen gemacht worden?

Neuntens: Wie liegt der Zensurenschnitt in den einzelnen Klassenstufen im Vergleich zu den entsprechenden Zensurenchnitten der anderen Schulformen?

Zehntens: Wie weit ist das Ende der Klassen 9 beziehungsweise der Klassen 10 erreichte Leistungsniveau vergleichbar mit dem bisherigen Leistungsniveau in den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien?

Elftens: Inwieweit ist es gelungen, die Elternschaft an den integrierten Gesamtschulen in verstärktem Maß mehr als bisher für die Probleme dieser Schulen aufzuschließen?

Zwölftens: Ist nach Ansicht des Senats inzwischen der wissenschaftliche Beweis für eine mögliche Überlegenheit der integrierten Gesamtschule gegenüber dem bisherigen Schulsystem geführt worden? Falls ja, wie begründet der Senat seine Überzeugung?

Das, meine Damen und Herren, sind unsere zwölf Fragen, die wir Ihrem Antrag begeben wollten, damit der Senat weiß, wonach wir ihn in erster Linie, wenn später die Debatte in diesem Hause kommen wird, fragen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Versuche bleiben naturgemäß positiv beziehungsweise negativ zu beurteilende Vorhaben. Erst aus deren Summierung erwächst dann das Urteil „Erfolg“ beziehungsweise „Mißerfolg“.

Ich habe soeben einige konkrete Fragen als Ergänzung zu dem Antrag der SPD vorgetragen. Die CDU-Fraktion erwartet vom Senat, daß diese Fragen im Rahmen des vorzulegenden Berichts nicht nur im Sinne einer Schönfärberei abgetan werden, sondern daß alle uns vom Senat zu gebenden Antworten auch exakt durch gewonnene Erkenntnisse belegt werden! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. v. Groeling-Müller (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Freien Demokraten stimmen der Aufforderung an den Senat zu, den Bericht über die Gesamtschulen möglichst bald vorzulegen. Wir haben schon seit langen Jahren, wie auch andere, die wissenschaftliche Begleitung und wissenschaftliche Auswertung dieser Gesamtschulversuche gefordert. Wir haben den Gesamtschulexperimenten mit Wohlwollen und Interesse gegenübergestanden und haben mit Furcht und Bedenken einige Ergebnisse, einige Ereignisse an den Gesamtschulen gesehen, die uns Gefahr in die Projekte zu bringen drohten.

Der Senator hat schon 1975 eine Art von Bericht gehabt, den er nicht weiterreichte. Es war schlicht ein qualitativer Bericht, erstellt von den Beteiligten

(C)

(D)

(A) und den auch in seinem Hause mit Gesamtschulen Beschäftigten. Das war ein Bericht ohne Aussagekraft! Was hier gebraucht wird und was erwartet werden muß, ist eine wohl abgewogene Erstellung einer wissenschaftlichen Auswertung.

Ich glaube, ich könnte mir einen Teil der Aufzählungen wie bei der CDU sparen, wenn ich auf einen Bericht hinweise, der das fast mustergültig enthalten hat, nämlich der Bericht, der noch nicht abgeschlossen ist, aber zum Teil vorliegt, der Bericht von Frau Professor Duhmen zur Eingangsstufe. Hier ist nicht ein Bericht erstattet mit dem Wunsch, wir wollen Eingangsstufe, nun jubeln wir einmal über alles, was dort getan wurde, sondern hier ist Stück für Stück Erfolg und Mißerfolg der bisherigen Versuche dargelegt worden. Darüber, daß die Eingangsstufenversuche mehr zum Teil verkürzt werden, soll an anderer Stelle die Rede sein. Aber so einen nüchternen Bericht erwarten wir! Schulintern sind Daten gesichert und gesammelt worden. Es fehlt die Auswertung! Diese Auswertung müßte natürlich zwei Teile haben, weil wir eine wissenschaftliche Begleitung wie andere Länder nicht hatten. Der erste Teil müßte versuchen, eine Reihe von Analogieschlüssen wissenschaftlicher Untersuchungen anderer Länder auf Bremen und die bremischen Gesamtschulen anzuwenden. Das ist für einen Teil und unter begrenzten Umständen möglich und hat auch Aussagekraft.

(B) Der zweite Teil ist eben die wissenschaftliche Auswertung unserer Daten. Dazu wäre nötig Geld und dazu wäre nötig ein Auftrag an wissenschaftliche Mitarbeiter, und bitte nicht nur an die Lehrer der Gesamtschulen, die haben schon genug zu tun, sondern auch an Leute, die mit wohl abgewogenem wissenschaftlichen Katalog solch eine Auswertung vornehmen können.

(Beifall bei der FDP)

Auch da liegen Vorarbeiten vor, soweit ich mich vor langer Zeit orientieren konnte. Es wären hier abzuwägen Ertrag und Aufwand! Die Berichte anderer Länder geben Aufschluß über eine ganze Reihe von Erträgen, und sie geben Aufschluß über Aufwände. Zu werten wird das letztlich im wesentlichen politisch sein. Ich weiß, daß die Liberalen eine andere Wertung vornehmen werden als die Sozialdemokraten und vor allem eine andere Wertung dieser Ergebnisse vornehmen werden als die Christdemokraten. Wir wollen aber die Grundlage für solch eine Wertung haben! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Thape.

(Zuruf von Senator Thape)

Ich korrigiere mich! Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stichweh.

Abg. **Stichweh** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu den Befürchtungen der CDU,

der Senat würde einen gefärbten Bericht vorlegen, eine kurze Stellungnahme! (C)

Erstens: Die SPD-Fraktion geht davon aus, daß der Senat, wie in der Vergangenheit, diese Anfrage der Sozialdemokraten genauso beantworten wird, wie alle anderen Anfragen der Sozialdemokraten, offen, informativ, ohne Schönfärberei und objektiv.

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Und ins Konzept passend!)

Zweitens: Die Anfragen der CDU, der FDP und die der Regierungspartei werden vom Senat wie immer korrekt beantwortet und gleich behandelt!

Drittens: Die SPD-Fraktion geht allerdings davon aus, daß der von der SPD getragene Senat nach wie vor die bildungspolitischen Vorstellungen dieser Partei führend vertreten wird!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Aha, jetzt kommt die Auflage!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Thape.

(Senator Thape: Ich kann nach diesen Ausführungen darauf verzichten!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 9/356 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. (D)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wenn wir vom Präsidium die Dinge richtig beurteilen, sind die jetzt noch vorhandenen Tagesordnungspunkte der Bürgerschaft (Landtag) alle mit längeren Debatten verbunden. Wir haben uns vorgenommen, daß wir diese Dinge am kommenden Mittwoch — heute in acht Tagen — weiter beraten werden.

Ich unterbreche deshalb jetzt die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir treten wieder zusammen um 14.30 Uhr. Wir fahren dann fort mit den Haushaltsberatungen.

(Unterbrechung der Sitzung 12.24 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.33 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren fort in der Grundsatzausprache zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsplan 1977.

Wir haben heute vormittag die Erklärungen des Finanzsenators und des Sprechers des Haushaltsausschusses zur Kenntnis genommen. Wir kommen

(A) jetzt zu den Grundsatzausführungen der Fraktions-
sprecher.

Als erster hat das Wort der Sprecher der CDU-
Fraktion, der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Da-
men und Herren!

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeord-
nete Neumann. Ich bitte um Ruhe!

Abg. Neumann (CDU): Bei der Diskussion eines
Haushaltsentwurfs ist es natürlich sinnvoll, das hat
der Finanzsenator auch getan, diesen einzuordnen
in eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und
auch in eine Beurteilung der Staatsfinanzen gene-
rell. Ich möchte in meinem ersten Teil etwas sagen
zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der
Bundesrepublik Deutschland und in einem zweiten
Teil, bevor ich zur Einzelbewertung des Haushalts
komme, etwas zur Situation der Staatsfinanzen in
der Entwicklung der letzten Jahre.

Meine Damen und Herren, wir können alle sicher-
lich mit Befriedigung feststellen, daß die tiefste und
einschneidendste Rezession der Nachkriegsjahre
hinter uns liegt. Der derzeitige Aufschwung wird in
erster Linie, was auch sämtliche Gutachten bewei-
sen, wiederum von einer Exportkonjunktur getra-
gen, während die inländischen Bestimmungsfaktoren
für die konjunkturelle Entwicklung nach wie
vor auf eine labile Situation hinweisen.

Deshalb liegen im Hinblick auf den Fortgang und
das Ausmaß des Aufschwungs von den verschiede-
nen Instituten und sachverständigen Gremien höchst
unterschiedliche Prognosen vor. Dies gilt auch im
Hinblick auf die geschätzte Entwicklung der Wachs-
tumsrate des Sozialprodukts,

(Vizepräsident Bugla übernimmt den
Vorsitz)

der Zahl der Erwerbstätigen, der Anlageinvestitio-
nen und des Einkommens aus selbständiger Arbeit
und Unternehmertätigkeit.

So ist zum Beispiel festzustellen, daß der Sach-
verständigenrat auch in diesem Jahr wiederum zwei
Alternativprojektionen anbietet, wobei man sich, je
nach Lesart, für die eine oder die andere Version
entscheiden kann. Auch die neueste Auftragsein-
gangsstatistik des Bundeswirtschaftsministeriums für
den Monat Oktober läßt erneut Zweifel aufkommen
an der Nachhaltigkeit des derzeitigen Konjunktur-
aufschwungs. Ebenso ist auf eine vorliegende Prog-
nose der OECD zu verweisen, wonach sich das
Wachstumstempo im Jahr 1977 verlangsamten wird.

Meine Damen und Herren, aus den vorliegenden
Projektionswerten möchte ich nur eine Zahl heraus-
greifen, die Zahl der Arbeitslosen. Die Steigerung
der Arbeitslosenzahlen im November auf 985 000,
der Anstieg der Zahl der Kurzarbeiter auf 168 000

und die Abnahme der offenen Stellen geben zu
ernster Besorgnis Anlaß. Noch besorgniserregender
ist die Arbeitsmarktlage in Bremen, wo — wie wir
wissen — wir mit einer Quote von 5,3 Prozent, in
Bremerhaven sind es sogar 6,1 Prozent, weit über
dem Bundesdurchschnitt liegen und im Hinblick auf
die krisenanfällige Struktur der bremischen Wirt-
schaft zur Zeit zumindest wenig Aussicht auf ent-
scheidende Besserung haben.

Auch für 1977 bietet die Entwicklung auf dem
Arbeitsmarkt ein mindestens kritisches, wenn nicht
düsteres Bild. Es scheint so, als habe sich die Bun-
desregierung sogar schon mit einer durchschnitt-
lichen Arbeitslosenzahl von rund 900 000 im Jahres-
schnitt für 1977 abgefunden.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier, wie
immer die Ursachen für Arbeitslosigkeit sein mö-
gen, ob strukturell oder konjunkturell, feststellen:
Ob es 900 000, 800 000 oder auch nur 600 000 Ar-
beitslose sind, Arbeitslose in dieser Größenordnung
sind immer zuviel. Massenarbeitslosigkeit — das
ist meine Auffassung — ist eines der schlimmsten
Übel in unserem Staat. Sie zu bekämpfen ist neben
der Erhaltung des Friedens die wichtigste Aufgabe
der Politik.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist sogar wichtiger, wie ich finde, als massive
Lohnerhöhungen oder eine erhebliche Verbesserung
der Sozialleistungen, weil letztlich bei gleichblei-
bender Arbeitslosigkeit unser aller Existenz auf
dem Spiel steht.

Meine Damen und Herren, wenn dies richtig ist,
dann halte ich es für unverantwortlich, daß der Sen-
ator für Finanzen im Bericht der Regierung zur
Haushalts- und Wirtschaftslage kein einziges Wort
zur Arbeitslosigkeit und zu den 15 000 Arbeitslosen
im Lande Bremen sagt.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Wahrscheinlich ist Ihnen dies, meine Damen und
Herren von der SPD, peinlich, denn Ihr Verspre-
chen, das unter anderen der Fraktionsvorsitzende
der SPD in seiner letzten Haushaltsrede wieder-
holte — ich zitiere —: „Was der Bremen-Plan vor
allem will, nämlich ein Mehr an sicheren Arbeits-
plätzen“, haben Sie bisher nicht realisiert.

(Abg. Hollweg [CDU]: Im Gegenteil!)

Auch in diesem Bereich sind Sie nicht in der Lage,
aufgrund eines verfehlten Ansatzes Ihrer Politik
die den Bürgern gegebenen Versprechen einzulösen.

Meine Damen und Herren, man muß bei der lichen-
ten Senatsbank immer aufpassen, welcher Senator
zufällig da ist. Ich komme nachher noch darauf,
was die Präsenz von Senatsmitgliedern bei solch einer
Debatte angeht. Das ist ein Thema, das gesondert
angesprochen werden muß.

(Beifall bei der CDU)

(B)

(C)

(D)

(A) Das muß gesondert angesprochen werden! Das betrifft auch das Selbstverständnis des Parlaments.

Wenn ein Preis für Schönfärberei verliehen würde, so gebührte dieser Preis sicherlich Herrn Senator Tiedemann und seinem Hause, in dem das sogenannte Konjunkturtableau Bremens monatlich erstellt wird. Trotz einer starken Zunahme der Arbeitslosenquote seit längerer Zeit wird in diesen Berichten nach wie vor davon gesprochen, daß die positiven konjunkturellen Einflußfaktoren dominieren. Daß in fast allen Bereichen, Herr Senator Tiedemann, die Entwicklung tendenziell schlechter verläuft als in der Bundesrepublik, scheint Sie und Ihre Wirtschaftsbehörde überhaupt nicht zu tangieren.

Meine Damen und Herren, wie sieht es aus mit der Lage der öffentlichen Finanzen, den Staatsfinanzen? Hierzu nur drei Sätze! Die Lage der öffentlichen Haushalte der vergangenen Jahre ist gekennzeichnet durch drastische Zunahme der öffentlichen Verschuldung, die im Hinblick auf die politischen Entscheidungsmöglichkeiten der nächsten Jahre eine beinahe nicht mehr zu verantwortende Höhe eingenommen hat. Hier widerspreche ich Herrn Dr. Scherf. Ich komme darauf noch. Zweitens sind die Ausgaben im konsumtiven Bereich Jahr für Jahr gestiegen und haben die Investitionen dementsprechend dezimiert. Im Bereich der konsumtiven Ausgaben hat sich der Personaletat überproportional aufgebläht. Die Staatsquote, das heißt, der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt, hat eine bedenkliche Höhe erreicht.

(B) Meine Damen und Herren, welche Konsequenzen sind nun als Grundsatz für einen Haushalt in dieser wirtschaftlichen Situation und bei der konkreten Lage der Staatsfinanzen zu ziehen?

Hier möchte ich mich beziehen zum ersten auf den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der in seinem kürzlich veröffentlichten Gutachten unter anderem zu den folgenden Feststellungen kommt. Dort heißt es: „Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist die wichtigste Aufgabe der Finanzpolitik in den nächsten Jahren.“ Die Defizite — so die „Fünf Weisen“ — müßten auf ein normales Maß eingeschränkt werden, damit das Mißtrauen gegen die Schuldenpolitik des Staates abgebaut, der Kapitalmarkt entlastet und dem Staat wieder Handlungsspielraum gegeben werden könne. Außerdem müsse die Struktur der Aufgaben korrigiert werden. Es heißt dann weiter, daß sich ein sogenannter qualitativer Konsolidierungsbedarf angesammelt habe. Der Sachverständigenrat plädiert demzufolge dafür, daß die konsumtiven Ausgaben zu beschneiden sind, um mehr Spielraum für investitionsanregende Ausgaben zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, im Geschäftsbericht des Bundesverbandes Deutscher Banken heißt es in diesem Jahr — ich zitiere —: „Die strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten müssen abge-

baut werden, was wiederum nur über eine grundsätzliche Neuorientierung der öffentlichen Ausgabenpolitik erreicht werden kann.“ Der Verband fordert, daß sich auch im öffentlichen Bereich das Kostendenken durchsetzt. Dabei dürfe auch eine Privatisierung öffentlicher Leistungen nicht mehr länger ein Tabu bleiben.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion schließt sich der Gutachten dieser Institute in diesen Punkten voll an. Wie auch im letzten Jahr muß das Hauptziel unserer Politik die Sanierung der Staatsfinanzen sein. Die Solidität der öffentlichen Haushalte ist überhaupt die Voraussetzung für die Durchführung der dringend notwendigen Veränderungen und Reformen in den verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen.

Ausgehend von dieser These, die ich der Betrachtung der Haushalte voranschicken möchte, komme ich zur Bewertung der vorliegenden Haushaltsentwürfe.

Der Chef der Westdeutschen Landesbank, Ludwig Poullain, der der sozialliberalen Koalition wohl näher steht als uns, hat kürzlich erklärt, daß — ich zitiere — „zu lange aus dem Vollen geschöpft worden ist und jetzt die mageren Jahre bevorstehen“. Meine Damen und Herren, dies wird auch in den vorliegenden Haushaltsentwürfen deutlich. Aufgrund einer für unsere Begriffe falschen Wirtschafts- und Fiskalpolitik haben Sie sich in eine Situation manövriert, in welcher der Haushalt nur noch von den vorgegebenen Sachzwängen bestimmt wird und der politische Entscheidungsspielraum im eigentlichen Sinne höchst minimal ist.

Ich gestehe gern dem Finanzsenator zu, daß das vor uns liegende Zahlenwerk, wenn ich es ausschließlich fiskalisch sehe, in seinen Ansätzen maßvoll ist und einen Schritt, wenn auch nur einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet. Ich meine hiermit: Die Kreditaufnahmen sind leicht reduziert, der Personalbestand wird fast eingefroren, eine formale Deckung des Haushalts ist im Gegensatz zum letzten Jahr vorhanden.

Aber, meine Damen und Herren, nach unserer Ansicht ist es — um das einmal so auszudrücken — Volksverdummung, bei dem vorliegenden Etat von einem echten Sparhaushalt zu sprechen — Sparen nach dem Motto, es würde in der Tat gespart und nicht eingespart, und zwar gespart, um möglicherweise Rücklagen zu bilden —, das wäre zur Zeit wohl utopisch, mindestens aber gespart, um Schulden entscheidend abzubauen.

Der Kollege Dr. Scherf hat in seinem Beitrag deutlich gemacht, daß davon überhaupt noch keine Rede sein kann. Ich schließe mich dieser Beurteilung an, denn nach wie vor findet eine Nettokreditaufnahme in einem erheblichen Umfang statt, und an der qualitativen Struktur — im Gegensatz zur quantitativen — des Haushalts im Sinne des Sachverständigenrates wird überhaupt nichts geändert. Im Gegenteil, bei Berücksichtigung der Zahlen der mittel-

(C)

(D)

(A) fristigen Finanzplanung verschlechtern sich die Relationen sogar noch.

Der vorliegende Landeshaushalt 1977 ist unserer Ansicht nach ein klassisches Beispiel dafür, wie durch einen überhöhten Ansatz bei den Steuereinnahmen — ich komme im einzelnen noch darauf —, eine Verlagerung der Schuldendienstleistung auf die kommenden Jahre und durch die Vornahme buchungstechnischer Tricks, zum Beispiel Konzessionsabgabe Stadtwerke, der Haushalt formal ausgeglichen wird. Mit dem Haushalt 1977, meine Damen und Herren, wird eine Lösung der finanziellen Probleme Bremens vertagt. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung bis 1980 wird hier eine entscheidende Verbesserung der Haushaltsstruktur überhaupt nicht sichtbar.

Lassen Sie mich nun zu den Positionen im einzelnen kommen! Steigerungsrate: Nun, Vergleiche mit der Steigerungsrate sind ohnehin problematisch, das gebe ich zu, aber ich möchte hier noch einmal feststellen, daß Bremen, Herr Senator Jantzen, mit dem Saarland an der Spitze aller Bundesländer im Hinblick auf die Steigerungsrate steht — über dem Bund —, Hamburg hat dagegen nur 5,1 Prozent.

Steuereinnahmen: Für die Steuereinnahmen ist im Entwurf 1977 gegenüber dem Anschlag 1976 ein Zuwachs von 16,5 Prozent eingeplant.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: 18!)

(B) In dem ursprünglichen Entwurf 16,5 Prozent, Kollege Lahmann! Ich komme auf die 18 gleich.

Als Basis diente die regionalisierte Steuerschätzung des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ — wie das ja üblich ist — von Ende August, die damals schon sehr optimistisch war und wo auch ein Dissens bestand zwischen der Auffassung der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbank. Die SPD-Fraktion hat — wenn ich die Erklärung richtig gelesen habe aus einem Interview des Kollegen Dittich — in ihrer Klausurtagung sogar einen Zuwachs von 18,3 Prozent vorgesehen, um ihre zusätzlichen ausgabewirksamen Anträge abdecken zu können.

Uns erscheint es zweifelhaft, ob sich diese hohe Zuwachsrate anlässlich der neuesten Entwicklung realisieren läßt. Andere Bundesländer, das darf ich einmal sagen, gehen von erheblich niedrigeren Zuwachsraten aus. Hamburg rechnet zum Beispiel nur mit einem Zuwachs von 10,3 Prozent. Nicht zuletzt ist zu bedenken, Herr Senator, daß die Steuerschätzung vom August in der bevorstehenden Sitzung des „Arbeitskreises Steuerschätzung“, die wohl jetzt im Dezember noch stattfinden wird, korrigiert werden wird.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz)

Die Bundesregierung wird nach Aussagen von Minister Apel die letzte Steuerschätzung ebenfalls zurücknehmen. Man spricht von Milliarden-Ausfäl-

len. Sie wird auf die ursprüngliche Linie der Deutschen Bundesbank einschwenken. Tritt diese Entwicklung ein, werden Bund und Länder mit erheblichen Steuermindereinnahmen rechnen müssen, und auf den Haushalt des Landes Bremen, in dem zur Zeit eine Höchstquote an Steuereinnahmen einkalkuliert ist, dürften zusätzlich erhebliche Finanzierungsprobleme zukommen.

(Beifall bei der CDU)

Daß ich damit richtig liege, beweist, Herr Senator, daß Sie, wenn auch nicht so deutlich, diesen Bereich als Risikoposten selbst in Ihrer Haushaltsrede angeführt haben.

Verschuldung: Meine Damen und Herren, im Hinblick auf das vorgesehene Volumen der Netto-Kreditaufnahmen ist das Bemühen des Finanzsenators natürlich anzuerkennen, die Neuverschuldung des Landes zu reduzieren, und dies ist auch eine gemeinsame Leistung des Haushaltsausschusses. Wir begrüßen dies!

(Beifall bei CDU und FDP — Abg. L a h m a n n [FDP]: Ja!)

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir die Äußerung von Senator Jantzen als Beurteilungsmaßstab wählen, die er kürzlich in einer Pressekonferenz gemacht hat, wo er sinngemäß ausgeführt hat, daß die Pro-Kopf-Verschuldung in Bremen nach seiner Zielvorstellung um die 2 000 DM betragen sollte,

(Senator J a n t z e n : Das bleibt auch so!)

so ist festzustellen, Herr Senator, daß der vorliegende Haushaltsentwurf einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung in keiner Weise geeignet ist, dieser Zielvorstellung zu entsprechen.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu wenige Zahlen! Nach den Entwürfen haben wir Ende 1975 einen Schuldenstand pro Einwohner von 3 900 DM. Jahr für Jahr wird dies steigen. 1976 auf 4 883 DM, und im letzten Jahr der vorgesehenen mittelfristigen Finanzplanung — 1980 — liegen die Schulden pro Einwohner sogar bei 6 804 DM.

Anlässlich Ihrer Pressekonferenz war in einer bremsischen Tageszeitung am 12. 10. 1976 zu lesen — ich zitiere —: „Auch für Bremen, so verkündete gestern der Finanzsenator, sei die Zeit jetzt gekommen, die 3 915 DM Schulden“, das sind die von Ende 1975, „pro Einwohner als Zeichen zur Umkehr anzusehen.“ Ich bitte, dies einmal im Gedächtnis zu behalten, weil ich gleich etwas zu Herrn Dr. Scherfs Rede sagen möchte.

Meine Damen und Herren, wenn das richtig ist, wie kann man dann bei 6 804 DM für das Jahr 1980 zu erwartender Schulden pro Einwohner von einer Konsolidierung oder von einer Sanierung der Staatsfinanzen sprechen? Meine Damen und Herren, die

- (A) Schulden verdoppeln sich, und dies ist vielmehr eine vornehme Umschreibung dahingehend, daß wir à la longue einem Staatsbankrott näher sind als einer Sanierung der Staatsfinanzen,

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

denn Sie haben überhaupt nicht aufgezeigt, wie sich dies ändern kann.

(Starker Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang fand ich die Rede des Finanzsprechers der SPD — Herrn Dr. Scherf — sehr interessant! Herr Dr. Scherf sagte in seiner Rede auf Seite vier: „So sehr ich die Reduzierung der Netto-Kreditaufnahme begrüße, so muß aber klar sein, daß damit nicht der Abbau der Verschuldung einsetzt.“ Voll meine Meinung! Steht etwas im Gegensatz zu dem, was der Finanzsenator sagt, auch was Herr Lahmann — zumindest laut Pressemeldung — sagt.

Dann heißt es aber weiter bei Dr. Scherf: „Es soll einige in unserem Lande geben, die eine solche Entschuldung im jetzigen Zeitpunkt für angezeigt halten.“ Wer ist denn das? Herr Senator Jantzen ist der eine, Herr Dr. Scherf! Den meinen Sie wohl, das könnten Sie ruhig einmal sagen. Ich darf dazu sagen, in diesem Punkt unterstützen wir den Senator, im Gegensatz zu Ihnen!

- (B) (Beifall bei der CDU)

Hier ist eine Entschuldung dringend angezeigt.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Es ist also doch sehr interessant zu bemerken, daß sich in diesem wichtigsten Gebiet der entscheidende Mann der SPD-Fraktion im Bereich der Finanzen, man muß schon sagen, völlig absetzt vom Finanzsenator. Der Finanzsenator sagt, wir haben gegen Ende 1975 4 000 DM Schulden pro Kopf, viel zuviel, 2 000 DM ist das Ziel. Wir gehen aber in die entgegengesetzte Richtung — dafür kann er möglicherweise als Finanzsenator allein nichts —, auf die 6 000 DM im Jahre 1980 zu. Herr Dr. Scherf dagegen erklärt: Was soll das Ganze, Entschuldung ist überhaupt nicht angezeigt, darum geht es uns nicht! Es ist für die Öffentlichkeit wichtig zu wissen, wo hier die Schwerpunkte bei den einzelnen Rednern zu setzen sind.

Meine Damen und Herren, dann geht es weiter bei Herrn Dr. Scherf. Er spricht davon, daß wir als öffentliche Haushalter von Jahr zu Jahr bedeutender werdende gesamtwirtschaftliche Verantwortung und so weiter übernehmen müßten und sagt dann, dies habe zur Folge, daß wir über eine weitere Verschuldungspolitik die Lasten unserer Tage auf die Nachfolger verlegen müssen.

Meine Damen und Herren, hier werden Sie unseren entschiedenen Widerstand bekommen! Es ist

- natürlich unbestritten, daß wir allein nicht die Lasten für Investitionen tragen können. Das ist klar! Aber, verehrter Herr Dr. Scherf, etwas werden wir auch nicht mitmachen: Eine Politik nach dem Motto „investieren, pumpen, Schulden machen, egal, was es kostet, und nach uns die Sintflut“. Das ist eine Politik, die nicht nur unseriös, sondern fahrlässig ist an denen, die nach uns kommen!

(Beifall bei der CDU)

Auch sie müssen noch einen politischen Spielraum haben!

Meine Damen und Herren, zu den Investitionen möchte ich folgendes sagen: Diese stehen natürlich in einem engen Zusammenhang mit dem Volumen der vorgesehenen Kreditaufnahmen. Der Anteil der Investitionen — auch das ist eine wichtige Zahl — an den Gesamtausgaben von 16 Prozent im nächsten Jahr wird auf 12,3 Prozent im Jahre 1980 absinken.

Herr Dr. Scherf als Sprecher des Haushaltsausschusses hatte während der letztjährigen Etatdebatte dazu ausgeführt — ich zitiere —, „daß wir in den nächsten Jahren bei den Haushaltsberatungen und im Haushaltsvollzug alles daransetzen sollten, um aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung die Investitionsrate wieder zu erhöhen und um damit zugleich die Beschäftigung zu sichern und die kommunalpolitische Infrastruktur zu verbessern“.

- Nun hat er heute, und dies, meine ich, berechtigt, ausgehend von der derzeitigen konjunkturellen Lage diese Position etwas „relativiert“, wie er sagt. Dennoch glaube ich, daß der Kern seiner Ausführungen in diesem Punkte richtig war, und wenn das so ist, muß man sagen, daß der vorliegende Haushaltsentwurf und die mittelfristige Finanzplanung dieser Zielsetzung natürlich überhaupt nicht entsprechen. Natürlich haben Sie recht, Herr Senator, wenn Sie sagen: „Keine Investition um jeden Preis.“ Unbestritten, und selbstverständlich haben wir auch bei der Investitionsvergabe die jeweiligen Folgekosten zu bedenken. Es ist doch sehr sympathisch, daß Sie das sagen, weil Sie sich nach wie vor im Kreise der SPD befinden. Das hätte viel häufiger und früher Ihren eigenen Genossen gesagt werden müssen!

(Zuruf des Abg. K ä h l e r [SPD])

Herr Kähler, werden Sie doch nicht schon wieder unruhig!

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dies ist alles richtig. Dennoch ist nicht zu bestreiten, Herr Senator, daß wir nur mit Investitionen — unabhängig von der Möglichkeit des konjunkturellen Anreizens — unsere, wie Dr. Scherf es damals formuliert hatte, kommunalpolitische Infrastruktur verbessern können. Meine Damen und Herren, Sie können und werden nicht bestreiten, daß die Entwicklung der

(A) Investitionen im Verhältnis zu den konsumtiven Ausgaben bis 1980 mehr als unbefriedigend ist.

Lassen Sie mich den fiskalischen Teil zusammenfassen und folgendes sagen: Dieser Haushalt ist für uns kein echter Sparhaushalt, sondern eine fiskalische Addition von Zwangsläufigkeiten! Die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Strukturen der Haushalte bis 1980 schreiben den derzeitigen Status quo bestenfalls fest, können aber keine strukturelle Verbesserung bewirken, die notwendig wäre, um zu einer Konsolidierung der Haushalte zu kommen.

Der Finanzsenator hat aus seiner Sicht sogar recht, wenn er sagt, man habe mit dem vorgelegten Haushalt — ich zitiere — „das Optimum des derzeit Darstellbaren erreicht“. Damit hat er recht, denn, meine Damen und Herren, die entscheidenden Fehler liegen in den vergangenen Jahren, und wir werden Sie — insbesondere aus den Reihen der SPD — nicht aus der Verantwortung dafür entlassen, daß Sie in Bund und Land von 1970 bis 1975 eine verschwenderische Politik ohne Augenmaß für das Machbare betrieben und dadurch die gesicherte Finanzgrundlage unseres Staatswesens trotz aller Warnungen gefährdet haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Schlimme dabei ist, daß für die Folgen Ihrer Politik die Bürger dieses Landes zahlen müssen! Von Monat zu Monat werden die Einwohner Bremens erneut zur Kasse gebeten. Seit Beginn dieser Legislaturperiode bis Anfang 1977, das heißt, in anderthalb Jahren, wurden beziehungsweise werden bei Gebühren, Tarifen oder Steuern zum Teil drastische Veränderungen vorgenommen:

Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer, Erhöhung der Müllabfuhr, Erhöhung der Friedhofsgebühren, Erhöhung der Hafengebühren, Erhöhung der Feuerwehrgebühren, Erhöhung der Kanalbaubeiträge, Erhöhung der Kanalanschlußbeiträge, Erhöhung der Schornsteinfegergebühren, Erhöhung der Gebühren für Kleinmärkte, Erhöhung der Gebühren für Jahrmärkte, Erhöhung der Verwaltungsgebühren, Tarifierhöhung für Strom, Tarifierhöhung für Gas, Tarifierhöhung für Wasser, Tarifierhöhung bei der Gesellschaft für öffentliche Bäder, Erhöhung der Grundsteuer, Tarifierhöhung bei der Bremer Strassenbahn AG.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Was wird denn nicht erhöht?)

Meine Damen und Herren, sicherlich war die Erhöhung in dem einen oder anderen Bereich unvermeidbar, und deshalb haben wir diese auch nicht generell und pauschal abgelehnt. Aber die Summierung dieser Erhöhungen hat für manchen Arbeitnehmer oder Rentner eine unverträgliche Belastung verursacht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, und das mögen sich die Genossen Kunick und andere einprägen, kein privater Unternehmer leistet sich eine derartige Preistreiberie wie der Bremer SPD-Senat!

(Starker Beifall bei der CDU)

Die Summierung dieser Gebührenerhöhungen paßt nicht zu den Bemühungen der Bundesbank und der Tarifpartner, den Preisanstieg in Grenzen zu halten.

Meine Damen und Herren, nach der Beurteilung des rein fiskalischen Teils dieses Haushalts möchte ich zu einer Bewertung des Haushalts im Hinblick auf seinen politischen Hintergrund kommen, der Teil, der für meine Begriffe noch wichtiger ist.

Wie ist hier die Rolle einer Opposition? Meine Damen und Herren, der heute vorliegende Haushalt 1977 ist die Folge langjähriger SPD-Politik in Bremen. Dies bedeutet, daß der politische Spielraum, ausgehend von den gesetzten Finanzdaten, für eine Opposition — und dies ist möglicherweise in anderen Bundesländern, die anders regiert werden, umgekehrt genauso — sehr gering ist. Deshalb können die von der CDU-Fraktion vorgelegten Anträge niemals die Funktion haben, sozusagen ad hoc, von heute auf morgen, die finanzielle Struktur der Haushalte entscheidend zu verändern.

Unsere Anträge haben die Aufgabe, an einigen Brennpunkten bremischer Politik CDU-Positionen aufzuzeigen, Tendenzen darzulegen, deren Verwirklichung langfristig natürlich eine veränderte Struktur der Haushalte zur Folge hätte. Die Ablehnung des vom Senat vorgelegten Haushalts, meine Damen und Herren — ich sage dies schon vorher, das wundert den Kollegen Lahmann immer etwas —, erfolgt durch die CDU in erster Linie aus politischen Gründen, weil wir die Politik, die zu diesen Zahlen geführt hat, in wichtigen Bereichen nicht teilen und auch ihre Fortsetzung bekämpfen werden.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion ist nach wie vor der Überzeugung, daß eine Sanierung der öffentlichen Haushalte, und das muß sein, in mittelfristiger Betrachtung nur erreicht werden kann, wenn der Staat von der Fülle seiner Aufgaben zumindest teilweise entlastet, auf keinen Fall aber durch Zuordnung weiterer Aufgaben in bisherigem Umfang, in bisherigem Maß belastet wird. Wir schließen uns deshalb den bereits eingangs von mir zitierten Gutachten an, in denen eine Überprüfung der öffentlichen Leistungen gefordert wird.

Wenn man bedenkt, daß der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten innerhalb von 12 Jahren um 30 Prozent von 2,6 auf 3,5 Millionen gestiegen ist, muß man dieser Entwicklung, wir alle gemeinsam, Einhalt gebieten. Ich stimme Herrn Dr. Scherf und natürlich auch dem Finanzsenator zu, wenn sogar beide sagen, der Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt 1977 des Landes Bremen von 40,8 Prozent ist zu hoch.

(A) Nur, meine Damen und Herren, nun vermehren sich Beamte in der Regel durch sich selbst auch nur in der Freizeit.

(Heiterkeit — Abg. Ditt rich [SPD]: Sie müssen das wissen, Sie waren ja Lehrer!)

Ja, Sie kommen aus dem öffentlichen Dienst, ich kenne Ihre Betriebsausflüge nicht, Herr Kollege Ditt rich!

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Ditt rich [SPD]: Sie auch!)

Meine Damen und Herren, deshalb ist es falsch, im Hinblick auf die Aufblähung des öffentlichen Dienstes den Beschäftigten einen Vorwurf zu machen. Das möchte ich hier in dieser Deutlichkeit einmal sagen!

(Beifall bei der CDU)

Schuld, meine Damen und Herren, haben die politisch Verantwortlichen, die dem Staat immer wieder neue Aufgaben zuordnen.

Die Überlegungen, welche Bereiche für eine Entstaatlichung beziehungsweise Privatisierung in Frage kommen, sollten vorurteilsfrei und vor allem ideologiefrei erfolgen. Meine Damen und Herren, um jedwede Polemik von vornherein zu verhindern, möchte ich feststellen,

(Abg. Kähler [SPD]: Sie sind ja schon dabei!)

(B) daß für die CDU-Fraktion bei allen diesen Überlegungen unabdingbare Voraussetzung ist, daß für die betroffenen Arbeitnehmer keine sozialen Härten entstehen und außerdem die Qualität der Leistung gegenüber dem Bürger sich nicht verschlechtert.

Wir schlagen Ihnen deshalb vor, daß erneut bei den folgenden Bereichen Überlegungen angestellt werden — einige haben wir bereits vorher in die Diskussion gebracht —, ob ein Wegfall der staatlichen Leistungen zu verantworten wäre, ob diese Leistungen möglicherweise schrittweise durch private Unternehmen beziehungsweise freie Träger vorgenommen werden können.

Zu folgenden Bereichen liegen dementsprechende Anträge der CDU vor: Kommunale Wohnungsvermittlung, Kommunalkino, Müllabfuhr, Reinigung öffentlicher Gebäude, öffentliche Rechtsberatung, Wirtschaftlichkeitsprüfung der Behördendruckereien und Wirtschaftlichkeitsprüfung öffentlicher Kfz-Werkstätten.

Meine Kollegen werden in den einzelnen Debatten Ihnen überzeugend darlegen — —

(Zuruf des Abg. Meyer [SPD])

Ja, wahrscheinlich! Wie Sie stehen, Kollege Meyer, kann man Sie wahrscheinlich selbst durch Sachargumente nicht überzeugen! Das haben wir das letzte Mal schon gemerkt!

(Beifall bei der CDU — Abg. Meyer [SPD]: Wir werden das erleben, da bin ich gespannt!)

(C) Meine Damen und Herren, wir werden Ihnen überzeugend darlegen, daß in den meisten Bereichen entweder gute Erfahrungen aus anderen Kommunen vorliegen, zum Teil Vorlagen Ihres eigenen Senats unsere Position rechtfertigen oder unsere Anträge unterstützende Gutachten des Rechnungshofs vorliegen. In der Vergangenheit haben Sie von der SPD-Fraktion konsequent dementsprechende Anträge abgelehnt, selbst dann, Kollege Meyer — ich denke an die Debatte über die Müllabfuhr —, wenn kostengünstige Angebote vorlagen und der soziale Besitzstand der betroffenen Arbeitnehmer erhalten werden konnte.

Es ist zu vermuten, daß dies in der Zielsetzung Ihrer — in diesem Fall muß ich einmal sagen — sozialistischen Politik liegt, nach dem Motto, so viel Staat wie möglich, um die Entwicklung der Gesellschaft in Ihrem Sinn beeinflussen zu können.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Die Forderung nach stärkerer Investitionskontrolle oder -lenkung auf Ihren Parteitag oder nach Meldestellen im Orientierungsrahmen 85 geben dafür Beispiele. Im Orientierungsrahmen 85, dem langfristigen Parteiprogramm der SPD, heißt es — ich zitiere —:

„Wir haben deshalb“ — wir Sozialdemokraten — „die Zunahme der öffentlichen Verantwortung, in Bereichen wie Bildung, Gesundheitsvorsorge, Umweltschutz, vor allem aber in Fragen der sozialen Sicherheit und der Gesamtentwicklung der Wirtschaft von jeher gefördert und begrüßt. In der Bundesrepublik schöpfen die staatlichen Institutionen die vorhandenen Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten gegenüber dem wirtschaftlichen Bereich nicht aus.“

Meine Damen und Herren, was heißt denn dies? Nicht ausschöpfen heißt also nicht weniger, sondern mehr Staat, und dies wiederum bedeutet eine weitere Erhöhung der Staatsquote!

Ich kann Ihnen sagen, dies wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen, denn noch mehr Staat bedeutet noch mehr Bürokratie, noch mehr Verwaltung, noch mehr Kontrolle, am Ende auch noch mehr Gängelei und damit weniger Freiheit für den Bürger!

(Beifall bei der CDU)

Unsere Alternative dagegen lautet: Nur dort Staat, wo hoheitliche Funktionen wahrzunehmen sind, wo soziale Gerechtigkeit nicht anders ermöglicht werden kann und wo notwendige Dienstleistungen nicht anders zu erbringen sind. Diese drei Punkte sind so in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes nicht gegeben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dies mit uns machen, bedeutet dies weniger Bürokratismus, weniger Bevormundung und vor allem mehr Eigen- und Bürgerinitiative und, meine Damen und Herren, damit letztlich dann auch mehr Freiheit für den einzelnen.

(C)

(D)

(A) Lassen Sie mich aus dem ganzen politischen Bereich des vorgelegten Haushalts nur zwei Kapitel herausgreifen: Zum einen die Wirtschafts-, zum anderen die Bildungspolitik!

Die Debatte der Novembersitzung soll an dieser Stelle nicht wieder aufgenommen werden. Wir möchten nur noch einmal darauf hinweisen, daß die vorliegenden Fakten, die die zukünftige Wirtschaftsentwicklung im Land Bremen bestimmen werden, seit langem bekannt sind. Ich will darauf verzichten, an dieser Stelle eine Vielzahl der vorliegenden Gutachten aufzuzählen, die Ihnen an sich viel besser als uns bekannt sein sollten.

Was wir schon seit vielen Jahren beklagen, hat nach wie vor seine Gültigkeit und ist leider auch noch einmal in der Novemberdebatte über die Bevölkerungswanderung deutlich zu Tage getreten. Der Bremer Senat verfügt zur Zeit in einem Gebiet, und zwar Wirtschafts- und Strukturpolitik, welches für die zukünftige wirtschaftliche und politische Selbständigkeit unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist, über kein Konzept. Ständig werden wir damit getröstet, daß Konzepte in Vorbereitung sind, sie aber noch nicht für eine Vorlage reif seien.

Meine Damen und Herren, wir können und werden uns nicht mit dieser Politik abfinden! Wir werden Sie und den Senat ständig daran erinnern und den Senat in die Pflicht nehmen, daß er seiner Aufgabe nachkommt und endlich in diesem so wichtigen Bereich für unser Land Konzepte beziehungsweise Entwicklungsstrategien vorlegt.

(B)

Die Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes Bremen und mithin die Realisierung der Neuansiedlung von Betrieben hängt neben den gegebenen geographischen Standortfaktoren, die nicht zu verändern sind, entscheidend ab von den zunehmenden Belastungen durch Steuern, Gebühren und Beiträge, und, meine Damen und Herren, nicht zuletzt auch von dem wirtschaftspolitischen Klima in diesem Land.

Nach Auffassung der SPD, das ist durch die äußerst qualifizierte Rede von Herrn Bürgermeister Dr. Franke in der letzten Novembersitzung deutlich geworden, sind an Fehlentwicklungen immer die anderen schuld. Das beste Beispiel haben Sie damit gegeben, als Sie am Ende dann, nachdem Sie gar nicht mehr weiter wußten, im Hinblick auf Ihren Senat, nach dem Staat riefen.

Meine Damen und Herren, dies ist ein entscheidender Punkt, der mit dem Klima zu tun hat, und der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Bernd Hockemeyer, wird bei der Debatte zum Einzelplan Wirtschaft gerade auf diese von Ihnen gemachte Bemerkung noch näher eingehen.

(Bürgermeister Dr. Franke: Ich freue mich darauf, Herr Neumann!)

Vielleicht sind Sie heute besser vorbereitet als das letzte Mal! Ich würde es wünschen!

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang damit muß auch die anstehende Erhöhung der Grundsteuer B von 250 auf 330 Prozent des Hebesatzes gesehen werden. Mit der geplanten Anhebung würde Bremen in die Spitzengruppe vergleichbarer Großstädte vorrücken, die Hebesätze in einer ähnlichen Größenordnung haben. Die Frage dabei ist immer, Herr Senator Jantzen, welche Stadt beziehungsweise welche Gemeinden zum Vergleich herangezogen werden können. Hierbei sind natürlich auch die Hebesätze in den niedersächsischen Umlandgemeinden von entscheidender Bedeutung, da Unternehmen, die sich im niedersächsischen Umland ansiedeln, die Vorzüge des Dienstleistungsangebots Bremens ebenfalls in Anspruch nehmen können.

(C)

Im übrigen halten wir die einseitige Betrachtung der Anhebung der Grundsteuer B, wie sie zumindest laut einer Presseveröffentlichung von der FDP auch vorgenommen werden soll, für problematisch. Nun weiß ich nicht, ob, was da berichtet worden ist, so der Sache entspricht.

Bei der Entscheidung eines Unternehmens für eine Ansiedlung an diesem oder jenem Standort ist doch nicht nur die Grundsteuer, sondern die Gesamtrealsteuerlast von entscheidender Bedeutung. Nimmt man die Hebesätze der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der nicht in allen Kommunen vorhandenen Lohnsummensteuer zusammen, dann stellen die Sätze im Land Bremen im Vergleich zu anderen Ballungsgebieten erhebliche zusätzliche Belastungen dar. Dies gilt natürlich noch viel mehr beim Vergleich mit dem niedersächsischen Umland.

(D)

Auch die CDU will sich einer maßvollen Einnahmeverbesserung im Haushalt der Gemeinde Bremen nicht verschließen. Wir halten es aber für erforderlich, gerade im Hinblick auf die anstehende Ansiedlungspolitik, daß die Grundsteuer B nicht im vorgesehenen Umfang angehoben wird. Wenn wir den Vergleich mit Hamburg wählen, Herr Bürgermeister Dr. Franke, so ist dort die Anhebung der Grundsteuer B auf einen Hebesatz von 280 Prozent vorgesehen. Wir wollen es auch auf 280 ausdehnen, eine Größenordnung, die wir für Bremen für ausreichend erachten. Der entsprechende Einnahmefehl, das darf ich auch für die, die immer rechnen, sagen, wird durch die von uns vorgeschlagenen Ausgabenkürzungen überkompensiert.

Meine Damen und Herren, wenn Sie nicht alsbald ein Konzept vorlegen, mit dem die Wirtschaftskraft unseres Landes entscheidend verbessert werden kann, angeblich ist das für Januar angekündigt, werden Sie damit auch eine echte Sanierung der Staatsfinanzen nie erreichen, und die dringend notwendigen Verbesserungen, zum Beispiel im Bildungsbereich, bleiben Blühträume.

Lassen Sie mich jetzt zum Bereich Bildung kommen! Daß Bildungsinvestitionen nicht nur Hilfen für den einzelnen, sondern auch gesamtgesellschaftliche Investitionen für die Zukunft sind und damit eine unverzichtbare Basis für unsere wirtschaftspolitische

(A) Prosperität und Wettbewerbsfähigkeit darstellen, ist sicherlich unbestreitbar. Deshalb hat der Bereich Bildung in allen Länderhaushalten Priorität und vereinnahmt prozentual den höchsten Anteil an den Gesamtausgaben.

So haben sich die Bildungsausgaben der öffentlichen Hand nach dem neuesten Bericht der Bund-Länder-Kommission für Bund und Länder zusammen in den Jahren von 1970 bis 1975 von 27,6 Milliarden DM auf 56,2 Milliarden DM mehr als verdoppelt. Auch im Land Bremen sind die Aufwendungen für den Bildungsbereich von 286 Millionen DM 1970 auf 753 Millionen DM 1975 enorm gestiegen.

Dies hat dazu geführt, meine Damen und Herren, daß die Ausgaben für andere Bereiche dementsprechend zurückgedrängt wurden. Während der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt 1970 14,6 Prozent ausmachte und bis zum Jahr 1975 auf 19,2 Prozent anstieg, verlief die Entwicklung in dem für Bremen bedeutsamen Bereich der Häfen und der Schifffahrt genau umgekehrt. 1970 wurden für den Bereich Häfen, Schifffahrt und Verkehr noch 11,6 Prozent des Gesamthaushalts ausgegeben, während im Jahr 1975 dies nur 4,7 Prozent waren.

Man braucht kein Sachverständiger in diesen Bereichen zu sein, meine Damen und Herren, um festzustellen, daß diese Entwicklung auf die Dauer nicht zu verantworten ist. Wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen nicht erhalten, werden langfristig auch die nötigen Steuern für die Verbesserungen im Bildungsbereich fehlen. Deshalb glaube ich, daß wir im Hinblick auf die Quantität der Ausgaben im Bildungsbereich fast die Schallmauer erreicht haben.

(B)

Ich gebe dem Finanzsenator recht, wenn er sagt — ich zitiere —, „daß wir in den vor uns liegenden Jahren für viele Probleme, die sich uns stellen, Lösungen nicht allein vom Quantitativen her suchen, sondern uns verstärkt den qualitativen inhaltlichen Fragen zuwenden müssen“.

Dies trifft insbesondere auch auf den Bildungsbereich zu. Hier ist, meine Damen und Herren, sicherlich auch und gerade in Bremen vieles noch zu verändern und zu verbessern. Dennoch werden in den nächsten Jahren unsere finanziellen Möglichkeiten begrenzt sein. Ich bezweifle, ob die hohen Summen, die wir in Bremen in den vergangenen Jahren für Bildung ausgegeben haben — ich habe sie dargestellt —, in einem vernünftigen Verhältnis zu dem stehen, was in der alltäglichen Praxis Schüler, Lehrer und Studenten erleben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir bedenken, daß trotz dieser hohen Summen nach wie vor regelmäßiger Unterricht in allen Fächern bei vernünftigen Klassenfrequenzen nicht stattfindet, wenn wir bedenken, daß halbfertige Lehrer bedarfsdeckend im Unterricht eingesetzt werden, daß notwendiger Förderunterricht für schwächere Schüler häufig entfällt und daß selbst in dem Milliardenprojekt Bremer Universität Lehr-

veranstaltungen aus finanziellen Gründen nicht korrekt angeboten werden können, meine Damen und Herren, dann stellt sich dies als ein Armutszeugnis für die langjährig regierende Bremer SPD dar.

(C)

Da aus den von mir genannten Gründen die Ausgaben für Bildung nicht weiterhin so stark anwachsen können, sind wir gezwungen, bei der finanziellen Zuteilung in diesem Bereich Schwerpunkte zu setzen, und dabei sollte auch die Frage des sogenannten In- und Outputs ebenfalls Berücksichtigung finden. Die Devise der CDU lautet dabei: Im Mittelpunkt müssen die Kinder, Schüler und Auszubildenden von heute stehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Scherf [SPD])

Wir lehnen es ab, auf deren Kosten permanent teure Experimente auf eine vage Zukunft hin zu machen!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben deshalb — wenn Sie genau zuhören, Herr Dr. Scherf, steht das nicht im Widerspruch zu meinen Zielsetzungen, was den Personalabbau betrifft — folgende Anträge eingebracht:

Erstens, eine völlige Streichung des bedarfsdeckenden Unterrichts von Referendaren durch den zusätzlichen Einsatz von 80 Lehrern. Zweitens, die Einrichtung einer Lehrerreserve von 52 Lehrern als ersten Grundstock — sie wird nicht ausreichen — für den Unterrichtsausfall bei Krankheit, Fortbildung und ähnlichen Unterrichtsstörungen.

(D)

Der notwendige Abbau bei den Personalausgaben insgesamt, der nötig ist, darf nicht dazu führen, meine Damen und Herren, daß wir sozusagen undifferenziert, pauschal sparen, weil es hier eben um die Zukunft der jungen Generation geht. Die dafür erforderliche Summe würde in doppelter Höhe erreicht, wenn das gigantische Experiment Stufenplan, das im übrigen von der Mehrheit der Betroffenen nach Fragebogenaktionen abgelehnt wird, zu dem vorgesehenen Zeitpunkt nicht Verwirklichung fände. Niemand zwingt uns, niemand zwingt Sie, die unzureichend vorbereiteten Orientierungsstufen — da nützen Ihre Reden gar nichts, Herr Stichweh, da müssen Sie einmal in die Schulen gehen und hören, was die darüber denken — bereits im kommenden Schuljahr einzuführen. Hamburg hat dies zum Beispiel auf eine Zeit nach 1981 vertagt. Ich fordere Sie erneut auf, hierüber nachzudenken, um den Schülern von heute im Alltag mehr zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Ferner schlagen wir vor, daß im Bereich der Universität entscheidend gespart wird. In- und Output dieser Universität, meine Damen und Herren, stehen in einem groben Mißverhältnis zueinander. Selbst Senator Franke hat vor wenigen Tagen in einer Pressenotiz deutlich gemacht, daß die Studenten der Bremer Universität zu den teuersten in der Bundesrepublik gehören. Erfreulich ehrlich, das haben wir bisher noch nicht gehört.

(A) Ich glaube, daß es keinen in diesem Hause gibt, wahrscheinlich auch Herr Fluß nicht, der der Auffassung ist, daß die in der hiesigen Universität zu erreichenden Qualifikationen dementsprechend besser sind.

Durch folgende Spaß-, Sparmaßnahmen

(Abg. K u n i c k [SPD]: Ja, Spaßmaßnahmen!)

ließen sich im Bereich Universität Millionensummen einsparen:

Erstens, umgehende Beseitigung der verfassungswidrigen Mitbestimmungsregelung, drastische Reduzierung der Universitätsgremien und damit eine Freisetzung der Hochschullehrer für ihre eigentlichen Aufgaben.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, Verpflichtung der Hochschullehrer, durchgehend mindestens acht Wochenstunden in der Lehre tätig zu sein durch Festlegung einer jährlichen Berichtspflicht.

Drittens, Anpassung der Studienplätze im Lehrbereich an den tatsächlichen Bedarf, ausgehend von den vorliegenden Bedarfsanalysen.

Meine Damen und Herren, wir sind nicht bereit, aufgrund einer ideologisierten Universitätsstruktur Millionensummen für eine Minderheit von Studenten auszugeben, wenn die Mehrheit der jungen Generation, die sehr frühzeitig im Beruf ihren Mann stehen muß, noch nicht einmal den gesetzlich vorgeschriebenen Unterricht in den Berufsschulen erhält.

(B)

(Erneuter Beifall bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Wie lange werden Sie noch brauchen?

Abg. Neumann (CDU): Zweieinhalb Minuten! Meine Damen und Herren, zu einer Haushaltsbetrachtung, in welcher die Politik der Verantwortlichen bewertet wurde, gehört zum Schluß auch, daß kurz einige Bemerkungen zu den Personen gemacht werden, die diese Politik im Außenverhältnis vertreten. Es liegt nahe, dabei den Chef des gesamten Unternehmens, in diesem Fall den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Koschnick, als Hauptverantwortlichen in den Mittelpunkt zu stellen.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt einmal feststellen, ich halte es für eine Mißachtung des Parlaments und für eine Unmöglichkeit, daß bei der grundsätzlichen Debatte über einen Haushaltsentwurf, den die Regierung insgesamt eingebracht hat, der Bürgermeister es nicht für nötig hält, an dieser Debatte teilzunehmen!

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Gehen Sie in andere Länderparlamente — andere Ministerpräsidenten haben auch Pflichten, das ist unbestritten —, gehen Sie in andere Länderparlamente, ich glaube, es ist noch in keinem Landtag

passiert, daß bei einer solch wichtigen Sache der Hauptverantwortliche der Regierung durch Abwesenheit glänzt!

(C)

Meine Damen und Herren, deswegen ist es auch schwierig, wenn man von Verantwortung spricht, aufgrund der permanenten Abwesenheit von Herrn Bürgermeister Koschnick überhaupt festzustellen, woran er mitwirkt und wofür er noch Verantwortung trägt. Während er in den vergangenen Jahren wenigstens noch häufiger Repräsentationspflichten auf öffentlichen Veranstaltungen wahrgenommen hat, läßt er sich auch hier schon zunehmend vertreten.

Nun, meine Damen und Herren, ich weiß, daß Herr Koschnick innerhalb seiner Partei bedeutende Funktionen innehat, die hin und wieder natürlich auch für Bremen von Vorteil sein können, aber andererseits muß ich feststellen, daß die Mehrheit der Bremer Bürger Herrn Koschnick als Regierungschef des Landes Bremen gewählt hat, der sich um die Belange seiner Heimatstadt kümmern muß und dies nicht anderen überlassen darf.

(Beifall bei der CDU)

Nicht von ungefähr hieß es kürzlich in einem Radiokommentar — ich zitiere —: „Seit langem gibt es Spekulationen, nach denen Koschnick Höheres erstrebt, als der Größte im kleinsten Bundesland zu sein.“ Herr Koschnick hat dann dementsprechende Spekulationen dementiert, und eine Zeitungsmeldung lautete — ich zitiere —: „Koschnick: ‚Ich bleibe!‘“

(D)

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Wo denn?)

Aber was die Arbeitsleistung anbetrifft, meine Damen und Herren, frage ich Sie, frage ich den Senat: Wo denn? Herr Wehner hatte schon recht, wenn er damals, bezogen auf Bürgermeister Koschnick, äußerte — ich zitiere —, „daß bestimmte Dinge nur schwer miteinander zu vereinbaren sind“.

Meine Damen und Herren, mit den Staatsfinanzen und dem Haushalt 1977 sieht es nicht sehr rosig aus, das haben selbst die Sprecher der Sozialdemokraten gesagt. Der Senat, der durch die Abwesenheit des Regierungschefs häufig sich selbst überlassen bleibt, ist nicht in der Lage, die anstehenden Wirtschafts- und Bildungsprobleme unseres Landes zu meistern. Der Senat, aber auch die SPD, wenn ich an die heutigen Äußerungen von Herrn Dr. Scherf denke, braucht einen Regierungschef, der voll seines Amtes waltet.

Meine Damen und Herren, deswegen bitte ich Sie, Herrn Bürgermeister Koschnick mitzuteilen, er möge nicht nur den Genossen in München helfen, sondern den eigenen Genossen in Bremen und mit mehr Erfolg als in München!

(Langanhaltender starker Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Ich möchte dem Haus Kenntnis geben von einem Schreiben des Präsidenten des Senats.

(Abg. Neumann [CDU]: Entschuldigt ist er immer!)

Eine Sekunde, pflichtgemäß will ich das jetzt hier tun!

Herr Bürgermeister Dr. Franke hat mir geschrieben. Vielleicht hätte ich das eingangs sagen sollen, vielleicht wäre dann einiges anders gelaufen.

(Abg. Klein [CDU]: Bürgermeister Koschnick lassen entschuldigen!)

„Bürgermeister Koschnick kann an der kommenden Bürgerschaftssitzung wegen seiner Teilnahme an Koalitionsverhandlungen in Bonn am Mittwoch erst an der Nachmittagsitzung der Bremischen Bürgerschaft teilnehmen,“ das heißt gegen 16 Uhr. Er ist jetzt unterwegs. Ich möchte Ihnen davon Kenntnis geben. Bürgermeister Koschnick wurde also ordnungsgemäß bei mir entschuldigt.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch eine andere Frage! Wir haben uns vorgenommen, eine Dreiviertelstunde für jeden Fraktionsvertreter und dann bis zu einer halben Stunde für weitere Fraktionssprecher. Wenn ich das einmal durchrechne, könnte es sein, daß wir mit der Grundsatzausprache, auch mit den zusätzlichen Äußerungen der Fraktionen, bis 18 Uhr fertig werden.

(B) Für mich ist jetzt die Frage, wollen wir eine Kaffeepause machen und dazu die Sitzung unterbrechen, oder wollen wir keine Unterbrechung und versuchen, die Grundsatzausprache heute zu beenden?

(Zurufe: Kaffeepause!)

Es wird Unterbrechung gewünscht! Sind Sie einverstanden mit 20 Minuten? — Gut!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben heute begonnen, den Haushalt des kleinsten Landes der Bundesrepublik Deutschland zu beraten. Wir werden reden über Zahlen, in die Politik — mindestens einmal im Jahr — gerinnen muß und aus denen sie wieder gemacht werden soll. Wir werden reden über Gott und die Welt in diesen sechs langen Tagen — über Gott jedenfalls in Gestalt der irdischen Organisation, die sich auf ihn beruft, obwohl sie uns daran hindert, einen Pastoren bei uns in engagierter Arbeit zu behalten,

(Beifall bei der FDP)

über die Welt, wie sie uns in Investitionen, Sachausgaben, Verpflichtungsermächtigungen und Stellenplänen definierbar erscheint.

Auch wenn wir in einem überschaubaren Land tätig sind, sehen wir nicht immer deutlich, daß wir

(C) in diesen Tagen über viele Einzelschicksale entscheiden. Jeder von uns kennt nur wenige, er handelt für alle und muß, wenn er nachdenkt, sich der Unzulänglichkeit und Fragwürdigkeit seiner Beschlüsse bewußt sein. Diesen inneren Konflikt empfinden gerade die Liberalen, denn sie wollen die Freiheit jedes einzelnen, nicht in seiner Zugehörigkeit zu einer Gruppe, sondern in seiner Individualität, in seiner Chance zur Entfaltung, zur Selbstverwirklichung.

Die globalen Beschlüsse, die wir gleichwohl fassen müssen, sind aber noch unter einem anderen Gesichtspunkt unzulänglich. Wir müssen uns nämlich fragen, ob wir uns bei der Betrachtung des Rahmens, in den wir eingefaßt sind, auf die äußerlich sichtbaren — nämlich vorgegebenen — Bedingungen beschränken dürfen. Natürlich müssen wir die wirtschafts- und finanzpolitischen Prognosen bedenken. Es ist aber sicher nicht Aufgabe der Politiker, sie technokratisch zu übernehmen. Darum stelle ich sie, bevor ich sie nenne, in Frage, indem ich ihnen zwei Beispiele vorausschicke:

Die Bundesrepublik Deutschland spielt eine wichtige Rolle in der Diskussion über eine neue Ordnung der Weltwirtschaft. Damit sind die Probleme der dritten Welt zunehmend in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gelangt. Dennoch wird die Auseinandersetzung häufig mit Pseudoargumenten geführt, die zum Teil Vorwände zur Verweigerung von Hilfe sind, zum Teil purer Überheblichkeit entspringen.

(D) Für uns Liberale ist der Beitrag, den wir zur Lösung dieser Probleme zu leisten haben, eine Konsequenz unserer Forderung nach Menschenrecht und Menschenwürde. Für jeden aber sollte darüber hinaus klar sein, daß wir alle — und dies sollten wir gerade von Bremen als einer Welthafen- und Handelsstadt aus deutlich sagen — zu den Hauptbetroffenen gehören würden, wenn aus dem Nord-Süd-Dialog wirklich ein Nord-Süd-Konflikt werden sollte.

(Beifall bei der FDP)

Ein solcher Konflikt rückt immer näher. Wir müssen einfach erkennen, daß das Wohlstandsgefälle zwischen den reichen und den armen Ländern zu schweren sozialen und politischen Spannungen führen wird, wenn wir nicht bald entschlossen handeln. Und was das bedeutet, sollte man bei Haushaltsberatungen einmal schonungslos sagen. Hier gibt es überhaupt nichts herumzureden. Die Lage in der dritten Welt wird sich nur verbessern, wenn die Industrienationen noch stärker zum realen Ressourcentransfer bereit sind.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet im Klartext, wir müssen die Zuwachsraten unseres Wohlstandes zugunsten der Entwicklung in der dritten Welt einschränken. Den Eingeweihten ist das theoretisch klar. Drücken sie es aber nicht viel zu stark verschlüsselt aus? Und han-

(A) deln sie danach? Ich habe da große Zweifel. Darum benutze ich die Gelegenheit, um — vielleicht überspitzt — zu sagen: Wir in den Industrieländern sind satt, übersatt, und wir müssen endlich den Hungern den etwas abgeben, bevor es zur Katastrophe kommt.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen darum auch bei unseren Beratungen die Zuwachsraten, die prognostiziert werden, bewußt relativieren, und wir müssen denjenigen, denen wir in diesen Tagen im kleinen etwas abschlagen, erklären, daß dies erst der Anfang ist für weit größere Opfer, die wir alle gemeinsam bringen müssen.

Ein anderer Punkt, der weitreichende Auswirkungen für unser Wirtschaftswachstum haben kann, ist die Entscheidung der energiepolitischen Kontroverse. Wyhl und Brokdorf haben schlaglichtartig bewußt gemacht, daß es unverantwortlich ist, wenn Politiker glauben, sich bei der Lösung dieses Problems von der Polizei vertreten lassen zu können.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Die meisten von uns — und ich schließe mich da ein — müssen sich anklagen, geduldet zu haben, daß die Tagespolitik, für die sie zuständig sind, sie so in Anspruch genommen hat, daß sie keine Zeit gefunden haben für eine sorgfältige Auseinandersetzung mit diesem epochalen Problem.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Wir alle, auch wir Abgeordneten in den Landtagen, werden hier gründlich umdenken müssen. Wir alle, die wir politische Verantwortung auch für diejenigen tragen, die nach uns kommen, werden lernen müssen, das Wichtigere vor dem Unwichtigeren zu tun. Wir werden uns nicht darauf beschränken können, die beabsichtigte Fortschreibung des Energieprogramms durch die Bundesregierung zu begrüßen. Wir werden uns nicht damit begnügen können, auf den Tisch gelieferte Formeln über Energiebedarf, Energielücke, Risiken und Entsorgung bei der Nutzung der Kernenergie schlicht zu deklamieren. Wir werden uns vielmehr minutiös informieren müssen und werden zum Beispiel auf die Frage bündig antworten müssen, ob wir es verantworten wollen, daß diese Erde und ungezählte Generationen von Menschen mit einem nicht kalkulierten Risiko belastet werden, nur weil wir meinen, daß ohne den extensiven Einsatz der Kernenergie in den nächsten 20 Jahren das vorgesehene Wirtschaftswachstum und unsere gewohnte Konsumbequemlichkeit beeinträchtigt werden könnten.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden vor uns selbst und vor aller Öffentlichkeit ausbreiten müssen, welche Einschränkungen Wirtschaft und Verbraucher bei einem Verzicht auf

die Nutzung der Kernenergie in Betracht ziehen müßten, (C)

(Abg. K ä h l e r [SPD]: Der überholt uns links!)

wir werden die Antwort aller Bürger hören müssen, und wir werden nicht ausschließen können, daß Abstriche bei Konsum und Produktion erwogen werden müssen, wenn die Risiken nicht zweifelsfrei eingegrenzt werden können. Die bevorstehende Entscheidung dieser Kontroverse bringt also auch für die Beratungen des Haushalts in Bund und Ländern in den nächsten Jahren eine zusätzliche Unsicherheit, die zur Vorsicht mahnt.

Meine Damen und Herren, ich habe dies vorausgeschickt, um die wirtschaftspolitischen Rahmendaten, die uns vorliegen, zu problematisieren, nicht um mich ihnen gänzlich zu entziehen. Denn ich finde schon richtig, was Luther von sich sagt: „Auch wenn morgen die Welt unterginge, würde ich doch heute noch mein Apfelbäumchen pflanzen.“ So will ich mich denn bei aller Fragwürdigkeit doch zunächst diesen Daten zuwenden. Ich richte mich dabei nach dem Gutachten des Sachverständigenrates, das wir im wesentlichen in seinen Ergebnissen richtig finden.

Als wirtschaftliches Wachstum prognostizieren die „Fünf Weisen“ für 1977 zwischen 4,5 und 5,5 Prozent, wobei die Schwankungen dadurch zu erklären sind, daß der Rat seine Prognosedaten einmal mit und einmal ohne sein gleichzeitig vorgelegtes Wachstumsprogramm errechnet hat. (D)

Die Wachstums- und Strukturpolitik muß unseres Erachtens auf eine Verbesserung der Bedingungen auf der Angebotsseite ausgerichtet sein, das heißt, es den Unternehmen erleichtern, mehr Investitionschancen wahrzunehmen und dem Arbeitnehmer Orientierungshilfen zu geben, einen Arbeitsplatz zu finden und sich in beruflicher und räumlicher Hinsicht zu verbessern.

In einer Welt unsicherer Erwartungen darf der Staat Mißtrauen über die mittelfristige Entwicklung der finanz- und geldpolitischen Daten nicht aufkommen lassen. Er muß den Trend für den privaten Sektor besser vorhersehbar machen und damit den Wirtschaftssubjekten Entscheidungshilfen geben.

Um die Chance für einen nachhaltigen Investitionsanstieg zu vergrößern, der für das nächste Jahr die Nachfrage schafft, welche die vorhandenen Kapazitäten besser auslastet und für die darauffolgenden Jahre mehr Kapazitäten bereitstellt, sind die folgenden mittelfristigen Festlegungen erforderlich:

Die Lohnpolitik kann ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitsplatzlücke nur dann leisten, wenn sie erkennbar werden läßt, daß Investitionen auch rentabel sind. Das bedeutet nach unserem Verständnis, daß das Ergebnis der bevorstehenden Tarifverhandlungen den Kontakt halten muß zu den Ergebnissen der diesjährigen Abschlüsse. In diesem

(A) Rahmen hält sich nach meinem Dafürhalten der heutige Abschluß in der Metallindustrie.

Außerdem gewinnt die Gewinn- und Vermögenspolitik für Arbeitnehmer zunehmend an Bedeutung, da nur sie neben ihrer gesellschaftspolitischen Notwendigkeit den Verteilungskampf entschärfen kann und sich damit vorbeugend stabilisierend auf das Preisniveau auswirkt.

Der Erfolg bei der Bekämpfung der Inflationsrate ist nach unserer Meinung das Ergebnis einer konsequenten Stabilitätspolitik der Bundesregierung, zu der ein liberaler Wirtschaftsminister, wie wir meinen, eine gehörige Portion beigetragen hat.

(Beifall bei der FDP)

Auch die außenwirtschaftliche Absicherung entwickelt sich zunehmend zufriedenstellend.

In der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung hingegen sehen wir gegenwärtig das Hauptproblem bei der Erreichung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen innerhalb des sogenannten „Magischen Vierecks“. Die für 1977 prognostizierte Arbeitslosenziffer von 900 000 spiegelt die schwierige Situation wider, vor deren Bewältigung wir alle gemeinsam stehen.

Der Sachverständigenrat geht bei seinen Modellrechnungen davon aus, daß ein jährlicher Zuwachs der realen Bruttoanlage-Investitionen im Unternehmenssektor in der Größenordnung von 8 — 10 Prozent erforderlich ist, damit so viele Arbeitsplätze geschaffen werden, daß bis 1980 die bestehende Arbeitsplatzlücke geschlossen wird. Wir halten diese Forderungen für begründet.

(B) Die Finanzpolitik hat in dieser Phase vor allem die Aufgabe, die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte zu vermindern und die Konsolidierung der Staatsfinanzen fortzusetzen. In Bremen muß man dieses Zitat der „Fünf Weisen“ abwandeln und sagen: Die Konsolidierung der Staatsfinanzen endlich zu beginnen.

(Beifall bei der FDP)

Ein Datum unterstützt diese Bemühungen: Die Steuereinnahmen, bei denen es zu Beginn dieses Jahres noch trübe aussah, steigen endlich wieder.

Wir werden diese Entwicklung alle begrüßen, dürfen aber die Augen nicht davor verschließen, daß sie mit kalkulatorischen Risiken belastet ist. Zum einen ist die dem Haushaltsentwurf zugrunde gelegte Steuersteigerungsrate von gut 18 Prozent inzwischen aufgrund der geänderten volkswirtschaftlichen Grundannahmen nach unten korrigiert worden, worauf der Finanzsenator zutreffend hingewiesen hat. Wenn, wie er gleichzeitig vorschlägt, die Einnahmeanschläge im Haushalt trotzdem nicht verringert werden sollen, so ist das nicht eben leichtfertig, aber doch bedenklich. Zumindest müssen wir aus dieser Tatsache den Schluß ziehen, daß wir den Haushaltsvollzug noch vorsichtiger als ohnehin geboten zu gestalten haben werden.

(C) Ein mindestens ebenso ernstzunehmendes Risiko ergibt sich aus der aktuellen Forderung des Bundes nach einer Erhöhung seines Anteils an der Umsatzsteuer. Diese Forderung ist zwar aus der Sicht des Bundes verständlich. Sie stellt eindeutig seine Reaktion auf die Weigerung der CDU/CSU-regierten Länder dar, die geplante Umsatzsteuererhöhung im Bundesrat mit zu tragen.

Die liberale Fraktion dieses Hauses hält die Blockade der bundespolitischen Entscheidungen durch die CDU/CSU im Bundesrat auch in diesem Fall für verfehlt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Länder haben nämlich damit zugleich die Bemühungen um Entschuldung des Bundes und der Länder, die möglichen Maßnahmen zu einer Verbesserung der Investitionsneigung der Wirtschaft und damit eine rasche Verbesserung der Arbeitsmarktlage entscheidend behindert. Wir fordern gerade diese CDU/CSU-regierten Länder und auch die CDU-Fraktion in diesem Hause auf, angesichts dieses Verhaltens ihr inkonsequentes Lamentieren über zu hohe Verschuldung und zu geringe Wirtschaftsförderung einzustellen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Wie macht der uns fertig!)

(D) Die FDP-Bürgerschaftsfraktion wird im übrigen ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen, um die FDP gerade in den Ländern, in denen sie künftig auf Bundesratsentscheidungen einen Einfluß nehmen können, auch in diesem Punkt zur rückhaltlosen Unterstützung der sozialliberalen Koalition in Bonn zu veranlassen, also dazu beizutragen, daß die Umsatzsteuer jedenfalls ab 1978 erhöht wird.

(Beifall bei der FDP — Abg. Kähler [SPD]: Armer Albrecht!)

Trotz all dieser der CDU/CSU zuzuschreibenden Schwierigkeiten wird jedoch kein Land, auch Bremen nicht, auf die Forderung des Bundes eingehen können, im Jahr 1977 den Verteilungsschlüssel der geltenden Umsatzsteuer um 13 Prozentpunkte oder 8 Milliarden DM zu Lasten der Länder und zugunsten des Bundes zu verändern. Wir erwarten deshalb vom Senat, daß er die Verhandlungen über den neuen Verteilungsschlüssel zwar bundesfreundlich, aber ohne nachhaltige Gefährdung der finanzpolitischen Notwendigkeiten unseres Haushalts führt.

Das bedeutet nach unserer Auffassung, daß der Länderanteil an der Umsatzsteuer nicht wesentlich unter 30 Punkte sinken darf. Wir können sonst unmöglich die finanzpolitisch gebotene Pflicht erfüllen, die Kreditaufnahme wesentlich zurückhaltender als in den zurückliegenden Jahren zu gestalten. Dazu hingegen sind alle öffentlichen Hände aufgerufen. In Bremen ist es besonders dringend, diese Pflicht zu erfüllen, denn obwohl die Bruttokreditaufnahme sinkt, ist noch keine Trendwende bei der Effektiv-

(A) verschuldung zu erkennen. Sie aber müssen wir erreichen, wenn wir mittelfristig den Handlungsspielraum wiedergewinnen wollen, der für neue politische Entscheidungen und für die Bedürfnisse komkommender Generationen erforderlich ist.

Der Abbau der öffentlichen Verschuldung ist überdies auch zur Entlastung des Kapitalmarkts aktuell erforderlich, denn wenn wir diese Entlastung verweigern, schränken wir die Möglichkeiten der Wirtschaft, sich zur Unterstützung des Aufschwungs Kapitalmarktmittel zu vertretbaren Bedingungen zu beschaffen, ein und behindern damit arbeitschaffende Investitionen und den dringend notwendigen Abbau der Arbeitslosigkeit.

(Vizepräsident B u g l a übernimmt den Vorsitz)

Die Ausführungen des Kollegen Dr. Scherf heute morgen bestärken mich im übrigen in der Überzeugung, daß wir auf absehbare Zeit die Verschuldungsgrenze, die durch die Investitionssumme gesetzt wird, unbedingt beibehalten müssen, denn sonst, so fürchte ich, brechen die Dämme. Diese Gefahr bestünde, wenn sich die Scherfsche Auffassung durchsetzen sollte, sofern sie so zu verstehen ist, daß eine Entschuldung ohnehin nicht durchführbar sei. Dieser Haltung müssen wir auch durch die Bremse in Gestalt der Verschuldungsgrenze unbedingt entgegenwirken!

(Beifall bei der FDP)

(B) Aus den Rahmendaten, meine Damen und Herren, ergeben sich nach unserer Auffassung für den Haushalt die folgenden Konsequenzen: Wir müssen alles daransetzen, die Einnahmen des Landes und der Stadtgemeinde aus allen zur Verfügung stehenden Einnahmequellen zu erhöhen. Wir müssen gleichzeitig bei einer nur maßvollen Steigerung des Haushaltsvolumens alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Ausgaben zu senken. Dazu ist erforderlich, daß wir das Anspruchsdenken, das sich allgemein ausgebreitet hat, wieder eindämmen. Wir müssen in Staat und Gesellschaft die Forderung an den Bürger stellen, wieder mehr Eigenverantwortung zu übernehmen und nicht jegliches Risiko, jegliches Lebensrisiko auf den Staat abzuwälzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen, da Ausgaben abhängen von den Aufgaben, die der Staat erledigt, prüfen, welche Aufgaben der Staat wieder an Private abgeben kann. Bei neuen Aufgaben, die dem Staat übertragen werden sollen, müssen wir eine Beweislast für denjenigen, der die Übertragung dieser Aufgaben auf den Staat fordert, in dem Sinne einführen, daß diese Aufgabe nicht besser und billiger durch Private erledigt werden kann.

Wir müssen überdies bei den Investitionen die Prioritäten verlagern. Abstrakt betrachtet, müssen wir versuchen, Investitionen dort zuerst vorzuneh-

men, wo sie Einnahmen erbringen. Wir müssen versuchen, bei den Investitionen mit hohen Folgekosten zurückhaltender zu sein. Wenn wir dazu nicht den Mut haben, dann werden wir eines Tages in der Situation sein, daß die ständig anwachsende Höhe der Folgekosten uns überhaupt daran hindert, noch neue Investitionen zu planen. Dies ist ein Sachverhalt, auf den der Finanzsenator eindrucksvoll hingewiesen hat, in dem wir uneingeschränkt mit ihm übereinstimmen.

(Beifall bei der FDP)

Aus der Betrachtung dieser Rahmendaten ergeben sich folgende Maßnahmen, die zu ergreifen sind:

Zunächst müssen Investitionen der öffentlichen Hand getätigt werden, die Arbeit insbesondere im Dienstleistungssektor schaffen. Es geht dabei vorrangig darum, nicht nur Arbeitsplätze ohne Arbeit, sondern Arbeit zu schaffen, damit Arbeitsplätze eine reale Grundlage haben. Hierfür sehen wir in Bremen den Dienstleistungssektor als Schwerpunkt an. In zweiter Linie muß dafür gesorgt werden, daß die Investitionsneigung der Wirtschaft verbessert wird. Hierzu sind insbesondere steuerpolitische Maßnahmen — Stichworte: Vermögenssteuer, Abschreibungen — erforderlich.

Solche Maßnahmen sind zur mittel- und langfristigen Konsolidierung des Arbeitsmarktes geboten. Die beiden Maßnahmen, die ich erwähnt habe, reichen freilich nicht aus, um den Arbeitsmarkt auch kurzfristig zu entlasten. Dies halten wir ebenfalls für erforderlich. Darum scheint uns geboten zu sein, daß gezielt Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen werden. Dies ist ein Appell, der sich an die Wirtschaft richtet. Jedoch muß der Staat auf diesem Gebiet mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern deshalb mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche im öffentlichen Dienst.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Wir fordern ferner eine Verbesserung der beruflichen Qualifikation. Uns scheint schließlich eine Unterstützung und Verstärkung des Programms der Bundesregierung erforderlich, das sie auf diesem Gebiet beschlossen hat.

Wir glauben aber darüber hinaus, daß die Gesellschaft Verzicht leisten muß auf wünschenswerte Vorstellungen zugunsten der Stellungslosen. Es wird viel von Solidarität mit den Arbeitslosen geredet. Die FDP-Fraktion ist der Überzeugung, daß wir mit unseren Möglichkeiten dafür sorgen müssen, daß der Staat exemplarisch vorgeht. Dies bedeutet für uns, daß Maßnahmen der Weiterbildung für Arbeitnehmer in gesicherter Stellung zurückzutreten haben gegenüber Arbeitsförderungsmaßnahmen, daß Überstundenabbau nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im staatlichen Bereich versucht werden muß.

(Beifall bei der FDP)

- (A) Hier denken wir zum Beispiel an eine kritische Durchleuchtung der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst. Schließlich müssen wir darauf verweisen, daß wir zum Beispiel auch das Essensgeld im öffentlichen Dienst nicht als ein Tabu betrachten, das unter dem Gesichtspunkt der Solidarität mit Arbeitslosen nicht berührt werden dürfte.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Mit diesen Überlegungen sind wir an den Haushaltsentwurf herangegangen, den der Senat uns nach den Beratungen in den Deputationen vorgelegt hat. Wir beurteilen ihn wie folgt:

Anzuerkennen ist zunächst, daß dieser Entwurf gekennzeichnet ist von Sparbemühungen in vielen Bereichen. So ist festzustellen, daß die Bruttokreditaufnahme im Vergleich zum Haushalt 1976 in der Tat um fast 200 Millionen niedriger liegt und auch noch um etwa 116 Millionen unter dem Finanzplanwert. Die FDP hatte vor der Bürgerschaftswahl gefordert, diese Planwerte in jedem laufenden Jahr um 100 Millionen DM zu unterschreiten. Die Minderung der Verschuldung im Haushalt 1977 wird von uns daher eindeutig begrüßt.

Es bleibt jedoch festzustellen, und das ist vom Finanzsenator auch eingeräumt worden, daß die Pro-Kopf-Verschuldung eine besorgniserregende Höhe erreicht hat und weiter steigen wird. Wir müssen hier dem Senat entgegenhalten, daß er frühzeitiger den Mahnungen der FDP hätte folgen sollen und besonders in Zeiten reichlich sprudelnder Steuereinnahmen die Verschuldung hätte abbauen müssen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Trotz der erfreulichen Tendenzen bleibt für uns auch in der Zukunft als vorrangige Aufgabe, die Verschuldung zu senken.

Positiv haben wir gegenüber diesem Haushaltsentwurf auch anzumerken, daß bei den Gebühren in zunehmendem Maße dem Kostendeckungsprinzip Rechnung getragen wird. Insofern wird der Entwurf zumindest zum Teil einer von der FDP ständig erhobenen Forderung gerecht. Das begrüßen wir.

Es ist jedoch in diesem Zusammenhang auch Kritik daran zu üben, wie die Gebühren- und Tarifierhöhungen vorgenommen werden. Senat und SPD haben es versäumt, rechtzeitig die Entgelte für staatliche Leistungen schrittweise der Entwicklung anzupassen. Sie haben stattdessen aus politischen Gründen bestimmte Gebühren und Tarife niedrig gehalten mit der Folge, daß die schließlich doch notwendigen Erhöhungen entsprechend höher ausfallen mußten. Wir gehen davon aus, daß auch dem Senat inzwischen klar geworden ist, daß dieses Verhalten falsch war und in Zukunft eine schrittweise Anpassung erfolgt wird.

Als positives Merkmal dieses Haushaltsentwurfs ist auch die Entwicklung der Personalausgaben festzuhalten. Die Tatsache, daß im nächsten Jahr nur 135

neue Stellen kostenwirksam werden, zeigt auf der anderen Seite aber auch, wie gering unser Spielraum für personalintensive Investitionen geworden ist. (C)

Diese positiven Seiten des Haushaltsentwurfs 1977 werden von uns anerkannt. Sie verleiten uns jedoch nicht dazu, Ihnen, Herr Senator Jantzen, in der Aussage zuzustimmen, daß dieser Entwurf ein Optimum dessen sei, was derzeit machbar ist. Optimal ist dieser Haushalt keineswegs! Im Gegenteil, er enthält nach Auffassung der FDP erhebliche Mängel, die zu beseitigen wir mit unseren Haushaltsvorschlägen angetreten sind.

Zunächst erscheint uns die Steigerungsrate dieses Haushalts gegenüber 1976 mit 7,4 Prozent als zu hoch. Der Hinweis darauf, daß der Haushalt 1976 nur eine Steigerung um 0,2 Prozent gehabt habe, genügt hier nicht. Wir liegen vielmehr entgegen anderslautenden Beteuerungen erheblich über dem Durchschnitt der Steigerungsraten in Bund und Ländern. Wir sollten uns ein Beispiel an Hamburg nehmen und versuchen, uns der hamburgischen Rate von 5 Prozent wenigstens zu nähern.

(Beifall bei der FDP)

Ein entscheidender Mangel dieses Haushaltsentwurfs und der Regierungspolitik des Senats in den vergangenen Monaten liegt nach unserer Auffassung darin, daß in wesentlichen Bereichen entweder überhaupt keine Konzeption zu erkennen ist oder aber eine solche, die an den Erfordernissen vorbeigeht. Besonders hervorstechende Beispiele für Konzeptionslosigkeit scheinen uns die Bereiche Wirtschaft und Bau zu sein. (D)

Vor wenigen Wochen hatte dieses Haus Gelegenheit, die Vorstellungen des Senats über die Wirtschaftsstruktur in Bremen zu beraten. Was der Senat als Antwort auf die aufgeworfenen Fragen gegeben hat, waren Problembeschreibungen und Analysen, nicht jedoch Pläne und Vorschläge.

Trotz guter Erfahrungen mit Schlachthof und Festmacherdienst hat der Senat nahezu alle konkreten Überlegungen zur Privatisierung eingestellt. Das ist unverantwortlich!

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Finanzsenator fordert Aufgabenentlastung mit dem Ziel der Ausgabenentlastung. Diese Forderung bleibt platonisch und Stückwerk.

Seit Jahren gehört es — man möchte sagen — zum täglichen Brot der Opposition in diesem Hause, den Senat an seine Verantwortung zur Entwicklung einer Verkehrskonzeption in Bremen zu erinnern. Eine Antwort darauf gibt es nicht. Stattdessen bietet der Bausenator dem Parlament in seinem Haushaltsentwurf eine Fülle von Einzelmaßnahmen an, aus denen eine Koordinierung nicht erkennbar wird.

Weil sie die Vergabe von Bauaufträgen betrifft, füge ich hier eine deutliche Kritik an der Mittel-

(A) standspolitik des Senats ein. Aus einer Verlautbarung des Senats vom 1. Dezember 1976 ergibt sich, daß das Land Bremen nach wie vor der Schwerpunkt der Aktivitäten der Neuen Heimat im Wohnungsbau und im kommunalen Bau in den vier Küstenländern ist. Dabei handelt es sich nicht nur darum, daß 43 737 Mietwohnungen, das heißt 32,1 Prozent des Gesamtbestandes der Neuen Heimat, sich im Land Bremen im Besitz dieser Gesellschaft befinden.

Noch deutlicher ist das Übergewicht Bremens bei den in diesem Jahr fertiggestellten und im Bau befindlichen Kommunal-, Sonder- und Wirtschaftsbauten. Von 43 Objekten befinden sich allein 28 im Land Bremen! Sie umfassen eine Gesamtbausumme von 384 Millionen DM, wobei bei der Verteilung zwischen Bremen und Bremerhaven die Stadtgemeinde Bremerhaven mit 294 Millionen DM, wie es in der Erklärung heißt, eine Sonderstellung einnimmt. Die größten Bremerhavener Projekte sind dabei das Krankenhaus Reinkenheide, das Kolumbus-Center und das Nordseestadion. Größte Bremer Projekte sind die Schule im Holter Feld, das Ausbildungszentrum für behinderte Jugendliche und das Gemeinschaftszentrum Obervieland.

(B) Eine Fülle weiterer Objekte kommt hinzu. Darunter sind zu nennen das Jugendfreizeitheim Osterholz-Tenever in Bremen, die Mehrzweckhalle Bremerhaven-Wulsdorf, eine überdachte Eislaufbahn mit Erweiterungsbau der Stadthalle in Bremerhaven, das Hallenbad Osterholz-Tenever in Bremen, nicht zu vergessen die Müllbeseitigungsanlage in Bremerhaven, das Berufsbildungswerk des Reichsbundes in Bremen, eine Kindertagesstätte beim Kinderzentrum Leherheide in Bremerhaven. Ferner hat die Neue Heimat offenbar folgende Objekte in Aussicht: In Bremen Ansgarikirchhof, Verkehrsübungsplatz, Tennishalle, in Bremerhaven Hauptfeuerwache, Verwaltungshochhaus mit noch einmal einem Gesamtbetrag von über 44 Millionen DM.

Wer Ohren hat zu hören, der sollte sich dies anhören und sich fragen, ob der Senat nicht vor der Auftragsvergabe noch eine Straße gebaut hat. Diese Straße scheint eine Einbahnstraße zu sein. Sie endet offenbar stets bei dem Auftragnehmer Neue Heimat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Senat mag den Verdacht entkräften, der sich hier aufdrängt. Er besteht darin, daß die Mittelstandspolitik, von der er immer redet, nur eine leere Phrase ist.

(Beifall bei der FDP)

Sie scheint abgelöst worden zu sein von einer einseitigen Geschäftspolitik des Senats mit einem Großunternehmen, das ihm parteipolitisch so nahesteht, daß die personelle Verwechslungsgefahr mit dem Stichwort „Verfilzung“ kaum noch hinreichend beschrieben werden kann.

(Beifall bei der FDP — Abg. Eva Schütte
[FDP]: Sehr richtig!)

(C) Die FDP-Fraktion mißbilligt diese Praxis auf das Schärfste und fordert Senat und SPD auf, ihre Geschäftsbeziehungen und ihre Gründe auf diesem Gebiet eindeutig offenzulegen.

Im Bildungsbereich wird gegen den entschiedenen Widerstand der beteiligten Gruppen eine Schulkonzeption durchgesetzt, deren pädagogischer Nutzen zumindest zweifelhaft ist und die auf Jahre hinaus Mittel und Energien bindet, die notwendig gebraucht würden, um akute Mängel in unserem Schulsystem zu beseitigen.

Unerträglich ist in diesem Zusammenhang, daß die Investitionsmittel für die Einführung der Orientierungsstufe in einer Weise am Haushalt vorbeifinanziert werden, die es dem Parlament praktisch unmöglich macht, hier einen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen diese Methode scharf mißbilligen!

(Beifall bei der FDP)

Die Mängel, die ich aufgezeigt habe, beruhen sicher zum Teil auf personellen Fehlentscheidungen. Soweit solche Fehlentscheidungen erkannt sind, muß man vom Senat und der ihn tragenden Mehrheitsfraktion dieses Hauses erwarten, daß solche Entscheidungen korrigiert werden. Korrekturen sind aber offenbar aufgrund des innerparteilichen Zustandes der SPD nicht möglich.

(D) Um einem Einwand gleich vorzubeugen: Es ist nicht meine Absicht und würde den Rahmen dieser Beratungen sicher auch sprengen, mich grundsätzlich mit innerparteilichen Vorgängen der anderen Parteien dieses Hauses auseinanderzusetzen.

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Da gibt es auch bei Ihnen Ansatzpunkte!)

Eine Auseinandersetzung wird jedoch notwendig insoweit, als diese innerparteilichen Gegebenheiten unmittelbare Auswirkungen auf die Politik der Regierung dieses Landes haben.

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Siehe Rötger Groß!)

Hier ist zunächst anzusprechen das nach wie vor gebrochene Verhältnis der Bremer SPD zum Artikel 84 unserer Landesverfassung. Ich will die Debatten aus den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres hier nicht wiederholen. Als Tatsache ist festzuhalten, daß die Mehrheitsfraktion zwei der drei betroffenen Abgeordneten, die bei der Sanierungsgesellschaft beschäftigt waren, inzwischen zurückgezogen hat. Zwei mußten zurückgezogen werden, damit die Mehrheit in der Stadtbürgerschaft nicht gefährdet wurde. Das Grundübel indessen, die Interessenkollision zwischen Mandat und Pfründe, zwischen Legislative und Exekutive,

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Unerhört ist das!)

- (A) ist von der SPD nicht beseitigt worden! Hier entsteht der Eindruck, daß die Kleinen oder die politisch weniger Gewichtigen geopfert wurden, um Hauptbetroffene zu schonen!

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir hier in aller Zurückhaltung die Frage, ob man angesichts der Lösung dieses Problems noch davon sprechen kann, daß die Sozialdemokraten sich sozial verhalten. Im übrigen möchte ich anmerken, daß die Demonstration, die nach unserer Auffassung in Kollision mit Artikel 84 geraten ist,

(Abg. Kähler [SPD]: Artikel 84, darauf darf ich gleich antworten! Der Schnottenbaas!)

an diesem Beispiel völlig überflüssig war, denn der Haushaltvollzug des Jahres 1976 hat inzwischen ergeben, daß die Mittel, die die FDP-Fraktion kürzen wollte,

(Abg. v. Hassel [SPD]: Das war Plattdeutsch!)

bei den Anschlägen der Sanierungsgesellschaft umgepolt worden sind, auf andere Zwecke umgesetzt worden sind, also bei der Sanierungsgesellschaft überhaupt nicht gebraucht wurden.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Daran sollten Sie einmal denken, wenn Sie sich mit unseren Vorschlägen befassen!

(Abg. Jettka [SPD]: Was sind Sie doch für ein Schlauberger!)

Meine Damen und Herren, es gibt weitere Beispiele der Bremer SPD, von denen ich nur zwei herausgreifen möchte. Es wird gegenüber dem Vorwurf der Interessenkollision geantwortet, damit wird die Vertretung der Arbeitnehmer und die Mitbestimmung selbst ins Abseits gestellt. Schließlich ist allen in diesem Hause — insbesondere den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses Müllbeseitigungsanlage — das Verhältnis des Bremerhavener SPD-Vorsitzenden zur Frage einer Interessenkollision deutlich geworden.

Diese Beispiele zeigen ein für meine Vorstellungen erschreckendes Maß an Leichtfertigkeit und problematischem Verfassungsverständnis. Wie sagte doch Spitta in seiner Kommentierung zu Artikel 84: Der Kern des Artikels 84 sei die gesetzliche Normierung einer Anstandspflicht eines jeden Abgeordneten.

Wir behaupten nicht, daß das Problem der Verfilzung eine spezielle Krankheit der SPD oder gar der Bremer SPD ist. Dies ist ein Problem, mit dem sich Politiker aller Parteien konfrontiert sehen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, das Bewußtsein für diese Problematik zu wecken und zu verstärken. Die Bremer FDP hat dazu einen Vorschlag

zur Novellierung des Rechtsstellungsgesetzes unterbreitet, und sie hat gleichfalls erreicht, daß der Bundespartei der FDP dieses Problem an die Bundestagsfraktion überwiesen hat. Wir sehen und begrüßen, daß auch innerhalb der Bremer SPD diese Frage zunehmend diskutiert wird und an einer Lösung gearbeitet wird.

Ein Problem, das sich als unmittelbare Folge einer Verfilzung, jedenfalls aus unserer Sicht, ergeben hat, ist die Errichtung der Müllbeseitigungsanlage Bremerhaven. Wir werden noch ausgiebig Gelegenheit haben, in diesem Hause die Ereignisse um diesen Ausschuß zu diskutieren. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang darauf beschränken festzuhalten, daß die, wir wir meinen, vorübergehende Einstellung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses auf eine Entscheidung des Senats zurückzuführen ist, die letztlich ihre Ursache in personellen Fehlentscheidungen hatte.

Das von der SPD bisher nicht gelöste Problem der Verfilzung hat dazu geführt, daß in übelster und diffamierender Weise Oppositionspolitiker, die ihre parlamentarische Pflicht erfüllen, als Feinde Bremerhavens hingestellt werden.

(Abg. v. Hassel [SPD]: Na!)

In dieser Auseinandersetzung ist zuweilen eine Sprache gebraucht worden, die die Grenzen des unter Demokraten Üblichen und Zulässigen bei weitem überschreitet.

(Beifall bei der FDP — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Fäkaliensprache!)

Ich möchte hier betonen, daß die FDP nach wie vor für dringend erforderlich hält und dringend daran interessiert ist, daß ein gutes Verhältnis zwischen Bremen und Bremerhaven bestehen bleibt.

(Erneuter Beifall bei der FDP — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Wir können nur mit Bedauern feststellen, daß durch solche Ausfälle, wie sie vorgekommen sind, die notwendige sachliche Diskussion zum Beispiel über den Finanzausgleich, die bevorsteht, erschwert worden ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch mit ein paar Bemerkungen auf die Politik dieses Senats insgesamt eingehen. Wir haben festzustellen, daß mit dem im vergangenen Jahr bereits reduzierten sogenannten Bremen-Plan der SPD Erwartungen geweckt worden sind, die nicht befriedigt werden können. Dies hat erkennbar eine gewisse Staatsverdrossenheit bei den Bürgern hervorgerufen. Die SPD hat ferner durch ihre Politik in Sachen Universität, in Sachen Bildungsreform und in Sachen Tariferhöhungen keineswegs zur Befriedung der Bevölkerung beigetragen. Das Ergebnis sehen wir in dieser Woche auf unseren Straßen.

Meine Damen und Herren, auch auf die Gefahr hin, als Rechthaber zu erscheinen: Die FDP hat mit

(C)

(D)

(A) ihren alternativen Vorstellungen zu den Haushalten der vergangenen Jahre vor Fehlentwicklungen gewarnt und konkrete Vorschläge gemacht. Wir glauben, heute sagen zu können, daß es besser gewesen wäre, wenn man zumindest in der Methodik der FDP gefolgt wäre. Wir hoffen, daß gerade in dieser Woche diese Erkenntnis reifen wird, und wir hoffen, daß nach diesen Erfahrungen die Bereitschaft wachsen wird, sich auch mit unseren Vorstellungen zu diesem Haushalt zu beschäftigen und sie gegebenenfalls zu übernehmen.

Ein paar Worte zum Haushaltskonzept der FDP! Die Bürgerschaftsfraktion der FDP hat sich bemüht, auch zum Haushaltsentwurf 1977 wiederum ein eigenes Konzept vorzulegen. Dieses Konzept steht anders als in den Vorjahren nicht in einem fundamentalen Gegensatz zu dem Entwurf des Senats. Während wir gegenüber dem Haushaltsentwurf 1976 in wesentlichen Punkten — genannt seien hier nur die Entwicklung der Verschuldung, Personalhaushalt, Gebühren und Tarife — völlig unterschiedlicher Auffassung waren, enthält der Haushaltsentwurf 1977 erfreuliche Tendenzen, auf die ich zum Teil bereits eingegangen bin. Nach Auffassung der FDP bedarf dieser Haushalt daher nicht einer grundsätzlichen Neuorientierung. Er bedarf jedoch nach unserer Meinung in einigen wesentlichen Punkten anderer Prioritäten.

(B) Grundlage der Haushaltsvorstellungen der FDP ist das Liberale Programm, mit dem wir im Bürgersthaftswahlkampf 1975 angetreten sind. Darin kommt einmal zum Ausdruck, daß wir programmatische Aussagen unabhängig von Erfordernissen des Augenblicks und Sachzwängen durchzusetzen bereit sind, zum anderen wird deutlich, daß Aussagen, die bereits vor zwei Jahren gemacht worden sind, nach wie vor uneingeschränkt Gültigkeit haben.

Die FDP-Fraktion hat sich bei ihren Vorstellungen von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

Erstens: Ausweitende Anträge nur, soweit durch Einsparungen Deckung vorhanden war.

Zweitens: Genaue Veranschlagung der Einsparungen beziehungsweise Mehraufwendungen. Das heißt, wir haben Kürzungen durch Zuweisung von Bund und Ländern mit berücksichtigt, übrigens im Gegensatz zu den beiden anderen Fraktionen, so daß unser Konzept als stimmig und die Konzeption der anderen jedenfalls noch als verbesserungsbedürftig angesehen werden muß.

Unsere Anträge sind daher in voller Höhe ohne Ausweitung des Haushaltsvolumens finanzierbar. Wir haben darüber hinaus auch noch einen nennenswerten Betrag zur Verfügung, der uns in die Lage setzt, Änderungsanträgen der beiden anderen Fraktionen dieses Hauses zuzustimmen, ohne unsere Konzeption ändern zu müssen. Dies ist ein Beispiel dafür, was die liberale Fraktion dieses Hauses unter einer konstruktiven Opposition versteht.

(Beifall bei der FDP)

(C) Die FDP-Fraktion hat zum Haushaltsentwurf 1977 insgesamt 121 Anträge eingebracht, 80 davon in der Stadt, 39 im Land und 2 zu den Stellenplänen. Wir wollen durch diese Anträge einen Betrag von gut 10 Millionen DM bewegen und erreichen dabei sogar noch die Möglichkeit einer Verringerung des Kreditbedarfs um 3,2 Millionen DM.

Zu den Schwerpunkten unserer Haushaltsvorstellungen! Priorität bei den Investitionen in den kommenden Jahren muß nach Auffassung der FDP-Fraktion eindeutig der Bereich Häfen, Verkehr und Wirtschaft haben. Wir bestreiten nicht, daß es nach wie vor drängenden Bedarf für Neuinvestitionen im Bildungsbereich, im Bereich Soziales, im Sportstättenbau und im Straßenbau gibt. Diese Bedürfnisse müssen jedoch zurückstehen gegenüber solchen Investitionen, die erst die Voraussetzungen dafür schaffen, daß dieses Land und diese Stadt die Einnahmen erzielen, die in den anderen Bereichen ausgegeben werden müssen. Mit anderen Worten, wir müssen zunächst Investitionen vornehmen, die Geld einbringen, und erst dann können wir daran gehen, dieses Geld wieder auszugeben.

(Beifall bei der FDP — Zuruf von der CDU:
Sehr gut!)

Ich hoffe, daß dieses Haus im Grundsatz in dieser Frage mit uns einer Meinung ist.

(D) Aus diesem Grundsatz ergeben sich jedoch Konsequenzen, die einschneidend und schmerzlich und mit ziemlicher Sicherheit wenig populär sind. Die FDP ist bereit, diese Konsequenzen gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten. Ich sage dieses auch und gerade in Kenntnis der Diskussionen und Demonstrationen, denen wir uns gegenwärtig stellen müssen und beziehe es ausdrücklich auch auf die Erhöhungen der Gebühren, Tarife und der Grundsteuer B, die erforderlich geworden sind.

Bei der Entscheidung, unsere Investitionen vorrangig in den Häfen vorzunehmen, haben wir uns von der Überlegung leiten lassen, daß der Schwerpunkt der bremischen Wirtschaftsstruktur im Bereich Handel, Verkehr und Dienstleistung liegt. Dieser Schwerpunkt muß nach Auffassung der FDP auch beibehalten werden. Investitionen in diesem Bereich sind notwendig, einmal um die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen zu sichern, andererseits aber auch, um der überproportional großen Arbeitslosigkeit im Dienstleistungsbereich entgegenzuwirken. Diese beiden Gründe veranlassen uns, 5 Millionen DM für den Ausbau des Containerterminals in Bremerhaven, 1 Million DM für Untersuchungen als Vorbereitung für den Ausbau der Mittelweser und 200 000,— DM, um das dringend notwendige Güterverteilzentrum im Neustädter Hafen in Angriff zu nehmen. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Baranschläge, die wir für diese Maßnahmen im Haushalt 1977 ansetzen, geringfügige Summen im Vergleich zu den Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre sind. Es wird nicht leicht sein, in

- (A) den folgenden Jahren jeweils 30 oder 40 Millionen DM Investitionskosten aufzubringen. Es wird nur möglich sein, wenn wir noch stärker, als die FDP-Fraktion es in diesem Jahr versucht, Prioritäten verlagern.

(Beifall bei der FDP)

Ein Bereich, der von dieser Verlagerung von Prioritäten betroffen sein wird, ist der Schulneubau. Wir müssen uns ernsthaft fragen, ob die geplanten Neubauten von Schulen ohne Abstriche realisiert werden sollten, in Kenntnis der Tatsache, daß die der Planung zugrunde liegenden Schülerzahlen erheblich korrigiert werden mußten. Nach Auffassung der FDP-Fraktion müssen hier neue Überlegungen angestellt werden. Um einem möglichen Einwand vorzubeugen, eine Reduzierung des Bauvolumens für Schulen muß nicht gleichbedeutend sein mit einer unverändert hohen Klassenfrequenz. Die Senkung der Klassenfrequenz, für die die FDP eintritt, ist in erster Linie abhängig von der Zahl der Lehrer, und dort sind wir bereit, Mehrausgaben vorzunehmen.

Unsere Ablehnung gegenüber der Einführung der Orientierungsstufe ist in diesem Hause schon mehrfach geäußert worden. Statt die völlige Neuordnung des bremischen Schulsystems in Angriff zu nehmen, halten wir es für sinnvoll, zunächst die vorhandenen Unzulänglichkeiten in unseren Schulen abzubauen. Dazu gehört zum Beispiel eine Krankheits- und Ausfallreserve von Lehrern, gezielte Maßnahmen für Lernbehinderte und Förderunterricht. Die individuelle Förderung des Schülers muß stärker ausgebaut werden. Zu diesem Zweck haben wir insgesamt 30 zusätzliche Stellen beantragt. Wir möchten darüber hinaus spezielle Förderkurse einrichten für Jugendliche, die sich vor Aufnahme eines Berufes weiterqualifizieren wollen.

Die FDP-Fraktion hält an ihrer Auffassung fest, daß ein bedarfsdeckender Unterrichtseinsatz von Referendaren problematisch ist und abgebaut werden muß. Der Abbau ist jedoch zur Zeit aus finanziellen Gründen nicht vollständig durchzuführen. Obwohl wir insofern ein uns selbstgestecktes Ziel nicht erreicht haben, können wir darauf verweisen, im Bereich der Bildung insgesamt mehr als 2 Millionen DM Mehrausgaben vorzusehen. Insofern ist die Bildung neben den Investitionen für Häfen eindeutiger Schwerpunkt der Haushaltsvorschläge der FDP.

Im Gegensatz zur SPD schlagen wir im Bereich der Weiterbildung Kürzungen vor. Zunächst gilt es, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, die jedem Schüler ein gewisses Maß an schulischer Grundbildung geben.

(Beifall bei der FDP)

Zwei Einzelanträge aus dem Bildungsressort möchte ich noch herausgreifen, weil sie mir von grundsätzlicher Bedeutung scheinen. Wir haben vorgeschlagen, die Ausgaben für Lernmittel um 10 Prozent zu senken. Ein solcher Antrag bringt sicher ganz besondere Probleme. Wir wissen alle, daß

Artikel 31 der Bremischen Landesverfassung die Lehr- und Lernmittelfreiheit garantiert. Wir können und wollen mit einem solchen Antrag die Verfassung nicht ändern. Wir gehen davon aus, daß die Verfassung nicht vorschreibt, der Staat habe unbegrenzt Lehr- und Lernmittel zur Verfügung zu stellen. Es ist sicher in Übereinstimmung mit Artikel 31, wenn dem Lern- und Lehrmittelverbrauch vom Gesetzgeber Grenzen gesetzt werden. Insofern halten wir diesen Antrag für verfassungskonform.

Maßgebend für diesen Antrag waren nicht so sehr fiskalische Überlegungen, sondern vielmehr pädagogische Erwägungen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Lahmann, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Wie lange werden Sie noch brauchen?

Abg. **Lahmann (FDP):** Viereinhalb Minuten!

Präsident Dr. Klink: Bitte!

Abg. **Lahmann (FDP):** Nach unserer Auffassung müssen wir uns ernsthaft Gedanken machen, wie wir verhindern wollen, daß die Mentalität der Wegwerfgesellschaft zunehmend Platz greift.

(Beifall bei der FDP)

Mit Recht wird man sagen, daß hier zunächst eine erzieherische Aufgabe, vor allem des Elternhauses, besteht. Daneben haben aber auch Staat und Schule eine Verantwortung, dafür zu sorgen, daß die großen Werte, die Kindern zur Verfügung gestellt werden, geachtet werden als das, was sie sind: Eine erhebliche Anstrengung der Allgemeinheit, um mehr Chancengleichheit im Bildungswesen zu erreichen.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Diese Errungenschaft im bremischen Bildungssystem läßt sich auf die Dauer jedoch nur erhalten, wenn der Wert dieser Mittel bewußt gemacht wird.

Der zweite Antrag von grundsätzlicher Bedeutung ist unser Vorschlag, das Schulwunderheim Bad Münders einer privaten Trägerverein zu schenken. Dieses staatliche Heim beansprucht mehr Mittel als die vielen von Trägervereinen unterhaltenen Schullandheime zusammen. Dieser Antrag ist Ausdruck unserer grundsätzlichen Auffassung, daß Aufgaben, die private Träger oder Unternehmen billiger und besser leisten können, dem Staat entzogen werden sollen.

(Beifall bei der FDP)

Konsequenterweise haben wir auch in zwei anderen Bereichen, von denen wir meinen, daß der Staat jedenfalls nicht in der bisherigen Form ein konkurrierendes Dienstleistungsangebot gegenüber der privaten Ebene unterhalten sollte, Kürzungsvorschläge gemacht. Es handelt sich um die kommunale Rechtsberatung und die Wohnungsvermittlung.

(C)

(D)

(A) Wenngleich die FDP sich immer dafür ausgesprochen hat, soweit wie möglich Dienstleistungen zu privatisieren, so hat sie diese Vorstellungen jedoch nicht zu einer Ideologie erhoben. Uns scheint, daß der Senat und auch Bürgermeister Koschnick sich zunehmend dem Extrem nähern, jeglicher Privatisierung entgegenzuwirken. Maßstab unseres Verhaltens bei der Frage von Privatisierung bleibt allein der Gesichtspunkt, wer unter Abwägung aller Interessen besser in der Lage ist, eine bestimmte Leistung zu erbringen.

(Erneuter Beifall bei der FDP)

Schwerpunkt unserer Kürzungsvorschläge ist der Bereich Bau. Hier gibt es nach Auffassung der FDP eine Reihe von Projekten, deren Notwendigkeit entweder nicht ausreichend nachgewiesen ist oder deren Planung uns nicht ausgereift erscheint. Erhebliche Einsparungsreserven sind in Gestalt der Mittel — wie schon erwähnt — für die Sanierungsgesellschaft vorhanden, wie der Haushaltsvollzug 1976 gezeigt hat. Die so gewonnenen Mittel sollten für wichtigere Investitionen wie zum Beispiel bei den Häfen genutzt werden.

Einen Ausweitungsantrag aus dem Bauressort möchte ich herausgreifen. Wir wollen, daß die zentralen, erheblichem Publikumsverkehr ausgesetzten Einheiten der Bauverwaltung in einem Dienstgebäude zusammengefaßt werden. Nachdem das Projekt eines Bauhofes endgültig gescheitert ist, bieten wir als finanzierbare und Mindestansprüchen genügende Lösung die Anmietung eines neu zu errichtenden Gebäudes auf dem Gelände des ehemaligen Hillmann-Centers an. Wir meinen, daß damit sowohl den Erfordernissen von Verwaltung und Öffentlichkeit als auch den finanziellen Möglichkeiten des Staates Rechnung getragen wird. Das wird zu überprüfen sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Scherf [SPD])

Nein, darüber kann ich Ihnen aber gern Auskunft geben!

Aus dem Bereich des Einzelplans 00 möchte ich zwei Anträge in diesem Zusammenhang herausgreifen. Wir haben sowohl den Bedarf für Reisen von Deputationen als auch die vorgesehenen Ausgaben für Auslandsreisen des Senats um namhafte Beträge gekürzt. Wenn alle sparen müssen, sollten wir Politiker mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der FDP)

Ein abschließendes Wort über unser Verhalten zum Haushaltsentwurf insgesamt. Wir stehen diesem Entwurf nicht völlig ablehnend gegenüber. Wir sind bereit, diesen Entwurf und die von den beiden anderen Fraktionen des Hauses eingebrachten Änderungsanträge sorgfältig zu prüfen und entsprechend dem Ergebnis dieser Prüfung auch mit zu beantworten. Diese Bereitschaft erwarten wir auch gegenüber unseren Änderungsanträgen.

(C) Das Verhalten der FDP gegenüber dem Haushalt wird letztlich davon abhängen, in welchem Maße unsere Vorstellungen in den Beratungen aufgegriffen werden. Wir wollen, offenbar anders als die CDU, etwas im Sinne unserer Vorstellungen wirklich bewegen. Gelingt dies, so sind wir auch bereit, Mitverantwortung zu tragen und sagen nicht von vornherein ein destruktives Nein.

Meine Damen und Herren, eine Schlußbemerkung zur politischen Landschaft, in der diese Beratungen stattfinden! Das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 3. Oktober hat Auswirkungen gebracht, die die politische Landschaft in der Bundesrepublik entscheidend verändern. Für die Bremer FDP war das Wahlergebnis ein besonderer Erfolg, durch den wir unsere Politik bestätigt sehen. Das wird uns ermutigen, auf diesem Wege weiterzugehen.

(Beifall bei der FDP)

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß das insgesamt erzielte Ergebnis für die FDP nicht befriedigend war. Wenngleich wir unsere Stellung bei den Wählern stabilisiert haben, so hatten wir gleichwohl ein besseres Ergebnis erwartet. Allen denjenigen, die dieses nicht ganz befriedigende Abschneiden der FDP auf die vor der Wahl gemachte Koalitionsaussage zurückgeführt haben, ist durch die Entwicklung in den letzten Wochen hoffentlich klar geworden, daß diese Koalitionsaussage die einzig richtige war.

(Beifall bei der FDP)

(D) Überzeugender als durch die Ereignisse von Kreuth konnte diese Koalitionsentscheidung der FDP nicht bestätigt werden.

(Glocke)

Ich bin sofort am Ende, Herr Präsident!

(Abg. Neumann [CDU]: Am Ende ist richtig, Herr Kollege!)

Ich füge hinzu, daß die Bremer FDP nie einen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie die Koalitionsentscheidung zugunsten der SPD auf Bundesebene voll unterstützt hat. Wir sind jedoch ebenso der Auffassung, das möchte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß die Vorentscheidungen zugunsten von Koalitionen mit der CDU in Niedersachsen und im Saarland sachlich richtige und politisch gebotene Entscheidungen sind. In ihrer bundespolitischen Auswirkung haben sie der Unterstützung der sozialliberalen Koalition in Bonn zu dienen. Der Sozialdemokrat, der das nicht sehen will, muß blind sein oder Lust am Untergang der Bundesregierung empfinden. Ich unterstelle beides niemandem in diesem Haus.

Soweit durch die Auswirkungen des Beschlusses von Kreuth hier und da um die Existenz der FDP gefürchtet wird, so kann ich diese Zweifler beruhigen. Die CDU wird durch die Trennung von der CSU nicht zu einer liberalen Partei. Sie kann es

(A) auch gar nicht, wenn sie das breite Wählerspektrum erreichen will, das sie braucht, um ihren Bestand zu erhalten. Im übrigen ist die FDP gewohnt — und das sind Erfahrungen, die wir den anderen Parteien voraushaben —, auch schwierige, vermeintlich existenzbedrohende Situationen zu meistern. Wir sehen den Veränderungen, die da vom Süden heraufziehen, gelassen entgegen.

Die FDP ist die Partei der Marktwirtschaft. Wesentliches Element der Marktwirtschaft ist ein funktionierender Wettbewerb. Dies gilt für uns auch auf der politischen Ebene. Wenn es mehr Wettbewerb geben sollte — wir sind dafür.

(Abg. Neumann [CDU]: Wollen Sie mit Strauß koalieren?)

Wir scheuen den Wettbewerb nicht. Wir wünschen ihn uns. Wir hoffen darauf, auch bei diesen Haushaltsberatungen. Werben wir alle. Aber werben wir fair. Mittel und Ziel sollten sich entsprechen — im lautereren Wettbewerb!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, Sie lagen acht Minuten über der Zeit!

(Starke Unruhe — Glocke)

(B) Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt die Sitzung unterbrechen, und zwar bis 16.35 Uhr. Das sind 20 Minuten. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 16.16 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.36 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren, wir fahren fort in der Grundsatzausprache zum Haushaltsgesetz.

Nachdem die Vertreter der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bereits das Wort genommen haben, erhält jetzt das Wort der Abgeordnete Kähler als Sprecher der SPD-Fraktion.

Abg. Kähler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zu den eigentlichen Ausführungen komme, möchte ich ein paar Anmerkungen machen zu meinen beiden Herren Vorrednern. Herr Lahmann konnte es sich nicht verkneifen, im Rahmen seiner Rede Ausführungen zu machen, die sich mit meiner beruflichen Tätigkeit beschäftigen, ohne daß ein Ansatzpunkt dazu hier vorlag.

(Abg. Lahmann [FDP]: Kritik können Sie wohl nicht vertragen, was?)

(C) Ich werde es mir versagen, heute darauf zurückzukommen, sondern werde in absehbarer Zeit in einer ähnlichen Form mich hier im Hause äußern. Herr Lahmann hat nur hier heute wieder einmal bestätigt, daß seine Arroganz und seine Überheblichkeit bei bestimmten Punkten einfach nicht zu überbieten ist, wenn es darum geht, den großen weisen Saubermann zu spielen.

(Beifall bei der SPD)

Daß Herr Lahmann den Versuch unternommen hat, in seiner Rahmendarstellung zur Energie- und Wirtschaftspolitik uns links zu überholen, haben wir freudig zur Kenntnis genommen

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Links ist kein Platz mehr!)

und hoffen, daß das Ausdruck findet bei der Abstimmung zu bestimmten Anträgen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Jackisch [CDU]: Egon, wir wollen erst einmal Deine Rede anhören!)

Herr Neumann, selten ist in diesem Hause so wenig zum Haushalt gesagt worden! Dieses als Vorbemerkung, ich sage nicht viel zu Ihrer Rede!

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit bei der CDU — Abg. Neumann [CDU]: Bin ich Bürgermeister?)

(D) Wo kein Inhalt war, dazu kann man auch herzlich wenig sagen!

(Beifall und Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Ich habe selten so schwache Argumente zum Haushalt gehört.

(Unruhe)

Anscheinend sind Sie noch ziemlich stark belastet mit Ihren eigenen Parteiproblemen, so daß Sie zur Sache nicht allzu viel aussagen können, oder aber Sie vermissen die Hilfe Ihres langjährigen persönlichen Freundes aus Sonthofen, so daß Sie sich erst einmal umstellen müssen auf neue Informationsquellen.

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit bei der CDU)

Aber, Herr Neumann, es ist doch furchtbar, hier mit einer Polemik aufzufallen, die Abwesenheit von Herrn Koschnick zu kritisieren wegen Bundesaufgaben und gleichzeitig zu beantragen, einen Tagesordnungspunkt zu verschieben, weil Sie eine Aufgabe auf Bundesebene wahrnehmen müssen!

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Natürlich zu Recht beantragt, deswegen machen wir ja mit! Nur, wer selbst im Glashaus sitzt, Herr Neumann, und das sage ich zum dritten oder vierten

- (A) Mal für Sie, sollte versuchen, die Steine in der Tasche zu lassen und nicht damit zu werfen.

(Beifall bei der SPD — Abg. v. Hassel [SPD]: Der sollte einen Gummiball nehmen!)

Herr Neumann, und dann in der Polemik fortfahren und Herrn Bürgermeister Koschnick zu wünschen, er sollte sich doch nicht so viel um Münchener Dinge kümmern, wo er keinen Erfolg hätte, er sollte sich mehr um Bremer Dinge kümmern, dazu kann ich nur sagen, Herr Neumann, ich wünsche Ihnen morgen bei Ihren Beratungen in Bonn viel Erfolg, wenn Sie über den Einmarsch der CDU nach Bayern beschließen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Unruhe bei der CDU)

So, meine Damen und Herren, und jetzt wollen wir einmal zum Haushalt kommen!

Meine Damen und Herren, da von dem Senator für Finanzen und vom Sprecher des Haushaltsausschusses schon viel zum Haushalt gesagt worden ist — Sie haben gemerkt, ich unterscheide zwischen den beiden und Ihnen beiden —, kann ich mich daher auf das Wesentliche beschränken:

Meine Damen und Herren, die Haushaltsberatungen hier im Hause sollten eigentlich Höhepunkte im parlamentarischen Leben sein, denn die Haushaltspolitik ist Spiegelbild der Intentionen von Regierung und Parlament.

(B)

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Sie ist Grundsatzpolitik im besten Sinn und zugleich Maßstab für den Bürger, die Differenz oder Identität zwischen Anspruch und Realisierung parteipolitischer, regierungspolitischer Zielvorstellungen festzustellen.

In diesem Jahr, meine Damen und Herren, ist es leider nicht so, wie es war und wie es sein sollte. In diesem Jahr hat es die Opposition leider nicht für nötig gehalten, uns rechtzeitig über die Ergebnisse ihrer Haushaltsberatungen und -überlegungen zu informieren.

(Abg. J o h n [FDP]: Das stimmt ja nicht, Herr Kollege Kähler!)

Die Presse erfuhr früher als das Parlament, was die Opposition für Änderungen einzubringen wünscht.

Meine Damen und Herren, ob Sie lachen oder nicht, es ist nicht nur eine Frage des politischen Stils, Herr Kollege Neumann und Herr Kollege Lahmann! Dieses eigenartige Vorgehen hat auch eine sehr ernste Seite. Meine Fraktion soll in den kommenden Tagen über Änderungsanträge abstimmen, über die sie sich nur unter Zeitdruck eine Meinung bilden konnte. Oder sollte Ihre zögernde Haltung, um nicht gar von Verschleppungstaktik zu sprechen, als Kompliment für die SPD-Finanz- und Haushaltspolitiker gewertet werden, als Ver-

legenheit Ihrerseits angesichts eines ausgeglichenen, sparsamen und konjunkturgerechten Haushalts? Diese Frage muß man sich stellen, wenn man etwas anderes nicht unterstellen will. (C)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich hier auf einige wesentliche Dinge konzentrieren, da selbst der Kollege Neumann schon laut „Weser-Kurier“ sich dazu bequemte, den Haushaltsentwurf als „maßvoll“ zu bezeichnen. Es hörte sich in der Abwägung Ihrer Pressekonferenz wesentlich anders an, als Sie es heute dargestellt haben.

Mit dem Etatentwurf für das Jahr 1977 treten wir, meine Damen und Herren, in die notwendige Konsolidierungsphase der Landesfinanzen ein. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion spricht den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und der Verwaltung ihren Dank aus,

(Beifall bei der SPD)

daß es ihnen trotz erheblicher Vorbelastungen gelungen ist, einen Entwurf vorzulegen, der ohne wesentliche Ausweitung der Kreditaufnahme in Einnahmen und Ausgaben mit einem Volumen für Stadt und Land von rund 4,1 Milliarden DM ausgeglichen werden kann.

Mit dem Haushalt 1977 wird eine Phase der Finanzpolitik abgeschlossen, die entscheidend durch die Notwendigkeit bestimmt war, die rezessionsbedingte Schwäche der Wirtschaft zu überwinden. Entscheidende Basis dieses Erfolgs war und ist eine Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Bundesrepublik Deutschland in den Stand setzte, schneller als fast jede andere Volkswirtschaft die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der größten Rezession der Nachkriegszeit zu überwinden. (D)

Ich muß dabei an ein Wort des Kollegen Lahmann aus der Haushaltsdebatte von 1976 denken. Er sagte seinerzeit zur Einleitung seiner grundsätzlichen Bemerkungen:

„Vorbei die Zeit der Gefälligkeitsdemokratie, vorbei ist die Zeit, in der manche — oftmals zu leichtfertig — einfach das Füllhorn in die Hand nahmen, um mehr oder weniger sinnvolle Geschenke nach allen Richtungen auszuschütten.“

Kollege Lahmann, auch nach fast einem Jahr verliert dieses Wort nichts von seiner entlarvenden Bösartigkeit. Denn was konnte anders gemeint sein, als mit den öffentlichen Investitionen zu einer Zeit zurückzuhalten, als unser soziales Gefüge, als der von den beiden Partnern der sozialliberalen Koalition in Bonn gemeinsam erarbeitete Fortschritt ohne unsere Schuld bedroht war? Nicht ein obskures Gießkannenprinzip, nicht der vordergründige Blick auf den Wähler hat in den vergangenen Jahren die Haushaltspolitik im Bund und in den sozialdemokratisch geführten Ländern bestimmt, sondern die Sorge, einmal gesetzte sozialpolitische Pflöcke nicht wieder durch Wirtschaftskrise und Reaktion umreißen zu lassen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, bei dem erkennbaren Konjunkturaufschwung kann

(A) sich die SPD-Bürgerschaftsfraktion als entscheidende Trägerin des politischen Willens im Land Bremen zu einer Haushaltspolitik bekennen, die die Mehrbelastungen der vergangenen Jahre mittelfristig auf ein vertretbares Maß zurückführt.

Für die Phase der bevorstehenden Konjunkturalnormalisierung haben der Senat und meine Fraktion Vorsorge getroffen, die Neuverschuldung des Landes Bremen schrittweise kräftig zu reduzieren, und zwar auf ein Niveau, das einem dann hinreichenden Wirtschaftswachstum entspricht.

Die für 1977 vorgesehene Netto-Kreditaufnahme für Land und Stadt von 382,3 Millionen DM, die im Vergleich zum Haushalt 1976 eine Reduzierung um rund 200 Millionen DM darstellt, ist dafür ein deutliches Zeichen, welches — zumindest in der Presse — auch von der Opposition anerkannt wird. Wenn sich dann Herr Neumann in diesem Zusammenhang dieses Zahlenspiels hier hinstellt und vom sogenannten Staatsbankrott spricht, meine ich, Herr Neumann, sind das Überlieferungen Ihrer früheren Hörigkeit Ihres Vorreiters aus Sonthofen, mit denen Sie sich jetzt auseinandersetzen müssen!

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU)

Sie können ruhig „Oh“ sagen, Herr Kollege Neumann,

(Abg. Neumann [CDU]: Ich habe gar nichts gesagt!)

(B) ich verstehe Ihre persönliche Position! Vor zwei, drei Monaten haben Sie noch Klage gegen mich eingereicht, weil ich hier in diesem Hause in einem Zwischenruf Herrn Strauß als Mitglied einer Mafia bezeichnet habe, und heute müssen wir erleben, wie er Sie und Ihren lieben Freund Kohl so nett behandelt und abgeseift hat, und Sie müssen morgen die Konsequenzen daraus ziehen! Das ist natürlich schwierig für Sie!

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Wir können einmal auf die Klausurtagung von Pyrmont zurückkommen!)

Meine Damen und Herren, auch die in den Finanzplanmaterialien aufgezeigte rückläufige Zuwachsrates der Netto-Kreditaufnahme ist Gegenstand unseres Konsolidierungskonzepts. Eine Reduzierung der Verschuldung, wie sie die FDP vorschlägt, halten wir für die nächsten Jahre gesamtpolitisch nicht für vertretbar und durchsetzbar.

Herr Lahmann, ich will nicht verhehlen, daß auch uns ein noch stärkerer Abbau des Schuldenzuwachses lieber gewesen wäre. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist aber — im Gegensatz zu Ihnen — der Meinung, daß weitere drastische Kürzungen nicht verantwortet werden können.

Die durch die Rezessionsbekämpfung entstandene vorübergehend stark erhöhte öffentliche Verschuldung ist nicht nur zu verteufeln, sondern sie kann nur positiv gewertet werden, wenn man weiß, daß

wir dadurch wesentlich dazu beigetragen haben, den Konjunkturabschwung zu bremsen und die konjunkturelle Wende herbeizuführen. (C)

Es liegt im gesamtwirtschaftlichen Konzept der nächsten Jahre, den privatwirtschaftlichen Investitionen vollen Vorrang einzuräumen, denn damit schaffen wir auf dem Kapitalmarkt Platz für zunehmenden Investitionsfinanzierungsbedarf aus dem unternehmerischen Bereich.

Als weiteres Indiz für unseren konsequenten Konsolidierungskurs mögen Sie unsere Personalpolitik nehmen. Gegenüber dem Vorjahr wird der Personalkostenanteil nicht ausgeweitet. Auch im nächsten Jahr werden Stellenneuschaffungen beziehungsweise entsprechende Mittelbereitstellungen schwerpunktmäßig nur erfolgen, wenn erstens neue Einrichtungen in Betrieb genommen werden oder für bereits beschlossene Erweiterungen bestehender Einrichtungen Einstellungen notwendig machen, zweitens, wenn es aufgrund von Bedarfsberechnungen erforderlich ist oder drittens, wenn erforderliche Aufgaben zwingend zu erfüllen sind.

Die von der CDU geforderte generelle Stellen-sperre halten wir zwar für eine publikumswirksame Forderung, wir sind aber der Meinung, daß sie in einem krassen Gegensatz zu der allseits geforderten Leistungsvermehrung steht.

Die Schlagzeile „Weil Privatfirmen gesperrt sind, Millionenverluste für den Senat“ im „Weser-Report“ vom 29. 10. 1976 zeigt uns, daß die CDU nach wie vor an ihrer Privatisierungsideologie festhält und nicht bereit ist, von der oberflächlichen Betrachtungsweise abzugehen. (D)

Oberflächlich betrachtet, mag eine Kostenanalyse für die Privatisierung sprechen. Wer jedoch tiefer bohrt, muß feststellen, daß es Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, nicht um die betriebswirtschaftliche Effizienz geht, sondern einzig und allein darum, errungene gesellschaftspolitische Positionen der Arbeitnehmer zugunsten der Unternehmer wieder zur Disposition zu stellen beziehungsweise abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden doch wohl von den Sozialdemokraten nicht im Ernst erwarten, daß wir da mitmachen.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Da wir wissen, daß es Ihnen eben nur darum geht, die gesellschaftspolitischen Fortschritte insbesondere der letzten Jahre wieder zurückzuschrauben, können Sie unsere Zustimmung nicht erwarten.

Für uns Sozialdemokraten sind Erfolge einer Privatisierung, die durch Lohndumping oder unzureichende Sozialleistungen zu Lasten der Arbeitnehmer erreicht werden, keine vertretbaren Kostenverbesserungen, sondern Einschränkungen des Besitzstands der Arbeitnehmer und daher von uns mit aller Entschiedenheit abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Schildern Sie doch bitte der Öffentlichkeit einmal in aller Offenheit die Konsequenzen Ihrer Wünsche, Sie werden sehen, was dann passiert. Sie müßten der nach Ihren Vorstellungen „privatisierten“ Putzfrau sagen: „Du darfst jetzt mehr arbeiten und bekommst dafür weniger Geld, aber dafür darfst Du Dich privat versichern, wenn überhaupt.“ Mit uns nicht, Herr Neumann!

(Erneuter Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Das ist völliger Blödsinn! Das versteht er nicht!)

Herr Neumann, wenn Sie zu dieser Diskussion über Privatisierung den Orientierungsrahmen 85 ansprechen oder man so gern das Godesberger Programm zitiert: Nehmen Sie zur Kenntnis, wir stehen zu unserem Programm,

(Abg. Neumann [CDU]: Sie kennen Ihre Programme nicht, Herr Kähler!)

im Gegensatz zu Ihnen mit Ihrem Ahlener Programm!

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie den Orientierungsrahmen hier zitieren, dann versuchen Sie, ihn erst einmal richtig zu lesen und zu deuten, bevor Sie sich damit an die Öffentlichkeit wagen.

(Abg. Hollweg [CDU]: Sterndeuter nennt man das!)

(B) Meine Damen und Herren, nun zur Voraussetzung unserer Fiskalpolitik, den Steuern! Die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung und die sich daraus ergebende Steuerschätzung Ende August brachte eine wesentliche Verbesserung der Einnahmenseite.

Wir begrüßen es, daß auch die FDP sich für die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 250 vom Hundert auf 330 vom Hundert ausspricht. Auch wir sehen mit dieser Entscheidung die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Wirtschaft nicht gefährdet, denn wir wissen, daß in vergleichbaren Großstädten schon seit Jahren höhere Hebesätze erhoben werden. Wir müssen auch berücksichtigen: Würden wir die Grundsteuer nicht anheben, bringt uns das mit Sicherheit im Rahmen des Länderfinanzausgleichs den Vorwurf ein, daß wir unsere kommunalen Steuerquellen nicht ausreichend ausschöpfen.

Das Plädoyer der CDU für Sparsamkeit erweist sich auch in diesem Punkt als unglaubwürdig und als verbaler Kraftakt im politischen Schaufenster. Nein, Herr Kollege Neumann, mit dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß“ werden Sie politisch keine Erfolge erzielen können!

Der Zwang zum Sparen bringt im kommenden Jahr ferner die Notwendigkeit mit sich, weitere Gebühren und Beiträge kostendeckend zu gestalten. Besonders erwähnen möchte ich auch die Tarifanhebung bei der Bremer Straßenbahn, die wegen

(C) der hohen Belastungen des Haushalts nicht zu umgehen war. Es muß aber mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß trotz dieser Anhebungen der Fahrgast nach wie vor nur einen Teil der laufenden Betriebs- und Unterhaltungskosten zahlt. Niemand kann uns bei der Tarifgestaltung vorwerfen, nicht versucht zu haben, die Belange der sozial schwächeren Schichten so weit wie möglich zu berücksichtigen.

Kommen wir zu einem weiteren Schwerpunkt dieses Haushalts, der Arbeitsmarktpolitik! Ein erster Blick in das Gutachten des Sachverständigenrats zeigt, daß für das nächste Jahr noch immer mit durchschnittlich 900 000 Arbeitslosen gerechnet werden muß. Auf bremische Verhältnisse übertragen — Sie wissen alle, daß die Konjunkturwelle uns zeitversetzt erreicht — heißt das, wir müssen noch kurzfristig Maßnahmen einleiten, um die Lage auf unserem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Wir wissen, daß wir die zur Zeit bestehende strukturelle Arbeitslosigkeit erfolgreich nur dann bekämpfen können, wenn wir neue zukunftssichere Industriebetriebe im Land Bremen ansiedeln. Leider, meine Damen und Herren, ist jedoch das wirtschaftspolitische Instrumentarium einer Landesregierung zu klein, um im nationalen und internationalen Wettbewerb der Städte entscheidendes einzubringen. Wir müssen uns beschränken auf Bereitstellung von Grundstücken für die Gewerbebetriebe, den Ausbau der Infrastruktur und die Gewährung einiger gezielter Finanzhilfen.

(D) Die Bundesregierung hat am 10. November 1976 ein Sonderprogramm für zusätzliche arbeitsmarktpolitische Vermittlungshilfen beschlossen. Mit diesem Programm soll in erster Linie besonderen Arbeitnehmergruppen geholfen werden.

Die Zuschüsse zu Maßnahmen der Arbeitsplatzbeschaffung und der Berufsbildung wurden bei uns um eine Million DM aufgestockt. Damit wird Bremen die gesetzlich vorgeschriebenen Ergänzungsmittel bereitstellen, um nach heutigem Kenntnisstand durch die Bundesanstalt für Arbeit Förderungsmittel in Höhe von rund 20 Millionen DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu erhalten.

Weiter beabsichtigen wir, die Zuschüsse zu Maßnahmen nach Paragraph 49, Einarbeitungszuschüsse, und Paragraph 54, Eingliederungsbeihilfe, des Arbeitsförderungsgesetzes um 300 000 DM aufzustocken. Damit unterstützt Bremen die Förderungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, indem Arbeitgebern der privaten Wirtschaft zusätzlich Zuschüsse in Höhe von 20 Prozent beziehungsweise 40 Prozent des tariflichen beziehungsweise ortsüblichen Arbeitsentgelts bei Einstellung beziehungsweise Beschäftigung Arbeitsloser gewährt wird.

Diese Maßnahmen sollen besonders gelten für Arbeitslose, die 45 Jahre und älter oder die länger als ein halbes Jahr arbeitslos gemeldet oder nicht älter als 18 Jahre sind. Für diese beiden Maßnahmen wollen wir also insgesamt 1,3 Millionen DM bereitstellen. Wir stellen damit unter Beweis, daß

(A) die sozialen Belange und die Sorge um unsere älteren und jugendlichen Arbeitslosen auch beim Etat 1977 Priorität erhalten haben.

Das wird dadurch unterstrichen, daß wir ab 1977 noch zusätzlich 96 Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst mit einem Kostenaufwand von rund einer halben Million DM schaffen. Diese neuen Ausbildungsplätze sollen unter den besonderen Kriterien der Verwertbarkeit der Berufsausbildung in der privaten Wirtschaft, der Beschäftigungsaussichten im Ausbildungsberuf beziehungsweise der Verwertbarkeit der beruflichen Kenntnisse im Fall eines Berufswechsels, der besonderen Eignung für weibliche Berufsanfänger und auch für Sonderschüler geschaffen werden. Damit verbunden ist die Forderung, das Programm soweit eben möglich ohne zusätzliche Ausbilder zu realisieren.

Andererseits sind wir angesichts des drohenden Ausbildungsdefizits fest entschlossen, alle denkbaren Möglichkeiten zur Schaffung von Ausbildungsplätzen auszuschöpfen und bieten allen Betrieben in der freien Wirtschaft hierzu unsere Unterstützung an. Gerade in diesem Sektor müssen wir wegen der folgenden geburtenstarken Jahrgänge uns auch in den nächsten Jahren anstrengen. Dies gilt wiederum insbesondere, weil, wie bereits gesagt, der konjunkturelle Aufschwung in Bremen wahrscheinlich mit etwas Verzögerung gegenüber dem Bundesgebiet eintritt.

(B) Eine wichtige Entscheidung hat meine Fraktion bereits vor einigen Wochen gefällt, nämlich den Beschluß, ab 1. Januar 1977 die Sozialhilfe zu erhöhen. Dieser frühzeitige Beschluß war nötig, weil andernfalls durch die Bearbeitung zeitliche Verzögerungen eingetreten wären.

Unser Beschluß sieht vor, daß die monatliche Beihilfe von 270 DM auf 289 DM angehoben wird. Dieser Satz ist angemessen und erforderlich, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten aufzufangen. Bremen wird damit künftig einen Platz im oberen Drittel der Bundesländer einnehmen.

Sorgen bereitet uns auch die Abwanderung von Bürgern in das Umland. Unter anderem aus diesem Grund wird die Förderung des Baus von Eigenheimen besonderes Gewicht haben. Meine Fraktion hat deshalb vor einigen Tagen ein Eigenheimerschließungsprogramm und ein Programm zur verstärkten öffentlichen Förderung im Wohnungsbau verabschiedet. Damit wollen wir erreichen, daß die Baugesellschaften ihr Angebot breiter fächern als bisher. Neben fertigen Häusern müssen potentielle Hauskäufer die Möglichkeit haben, unbebaute Grundstücke und auch Häuser im Teilausbau zu erwerben.

Unser politisches Ziel ist, Abwanderungswillige in Bremen zu halten und der Steigerung von Grundstückspreisen entgegenzuwirken. Dieses Ziel werden wir mit entsprechenden Erschließungsvereinbarungen anstreben.

Bereits mehrfach habe ich an dieser Stelle erklärt, daß für Sozialdemokraten Wohnungsbaupoli-

itik auch Sozialpolitik ist. So ist es selbstverständlich, daß wir der Wohnversorgung einkommensschwächerer Bevölkerungsteile unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Dies gilt insbesondere, wenn wir an die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand denken.

Wir sind uns darüber im klaren, daß unser Beschluß, die Förderzahl um jährlich 200 Wohneinheiten zu erweitern, sicherlich noch manchen Wunsch unbefriedigt läßt, aber die haushaltsmäßigen Voraussetzungen lassen im Augenblick keine weitere Verstärkung zu.

Ein weiterer Kernpunkt sozialdemokratischer Politik im Land Bremen war und ist die Bildungspolitik. Die SPD-Fraktion hat durchgesetzt, daß es keine 13-Stunden-Verträge für Lehrer mehr geben soll,

(Beifall bei der SPD)

und die SPD-Fraktion steht zu ihrem Wort. Wir haben beschlossen, in diesem Bereich zirka 1,2 Millionen DM zusätzlich zu den bereits erhöhten Haushaltsansätzen einzuwerben. Damit wäre das leidige Problem, das uns Sozialdemokraten ganz besonders am Herzen lag, ausgeräumt.

Aber, um das hier noch einmal ganz deutlich zu machen, wir sehen diese Maßnahme nicht nur als eine bildungspolitisch wünschenswerte Verbesserung in der Lehrerversorgung an, sondern wir sind der Auffassung, daß mit diesem Antrag ein gewichtiger Schritt zur Verbesserung der sozialen Sicherung getan worden ist.

Ganz kurz will ich auch auf das eingehen, was an bremischer Bildungspolitik schon in den Haushaltsansätzen des Entwurfs verwirklicht wurde. Genannt werden muß die Einführung der Orientierungsstufe, von der wir uns von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, nichts, aber auch gar nichts abstreichen lassen.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Im Vergleich zu den übrigen Bundesländern haben wir in diesem Bereich — auch durch die Sorgfalt unserer Vorbereitungen — einen qualitativen Vorsprung erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Diesen werden wir uns von Ihnen nicht kaputt machen und ihn uns auch, Herr Kollege Neumann, nicht ausreden lassen.

Ein weiterer Punkt: Die Senkung der Klassenfrequenz wird in dem beschlossenen Stufenprogramm durchgehalten. Am Ende der Legislaturperiode werden wir in den Grundschulen eine Eingangsfrequenz von 27 erreicht haben, wie wir es hier im Hause versprochen haben!

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Jetzt zu dem interessanten Einzelplan 02, Kapitel Volkshochschule und Weiterbildung! Die von Ihnen, meine Damen und Herren von der gesamten Oppo-

(C)

(D)

(A) sition, vorgelegten Streichungsanträge lassen in diesem Bereich tiefgehende Schlüsse zu. Ihnen ist an einem Ausbau der Erwachsenenbildung nicht gelegen!

In der Situation, wo in der SPD-Fraktion die Einsicht gesiegt hat, daß die nichtkommunalen Träger zu schlecht weggekommen sind und deswegen nach unserer Ansicht zusätzlich rund 100 000 DM bewilligt werden sollten, verlangen Sie schlicht und einfach die Streichung der Mittel.

(Abg. Stäcker [SPD]: Hört, hört!)

Sie müssen sich einmal die Briefe von Betroffenen an uns durchlesen! Es paßt Ihnen anscheinend wohl nicht, daß das Weiterbildungsangebot so guten Anklang gefunden hat!

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen aber auch noch etwas anderes zur Kenntnis nehmen, jedenfalls Sie von der FDP: Ich habe hier eine ganz kurze dpa-Meldung, die ich mit der Erlaubnis des Präsidenten zitieren möchte.

Überschrift: „Scheel: Volkshochschulen, Träger der Weiterbildung.“ Er sagt dann: „Die Volkshochschulen sind nach den Worten von Bundespräsident Walter Scheel umfassender und unersetzlicher Träger von Weiterbildung.“

(B) (Abg. v. Hassel [SPD]: Hört, hört!)

Zum Auftakt des sechsten Deutschen Volkshochschultages forderte Bundespräsident Scheel in Köln, in ihren Programmen sollten die Volkshochschulen dem Rechnung tragen, was der Bürger zu seiner beruflichen, politischen, kulturellen und menschlichen Weiterbildung brauche und begehre.“

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, und da wollen Sie tatsächlich der Volkshochschule, nachdem Sie eben geklatscht haben, noch 90 000 DM aus dem schwachen Haushalt herausstreichen!

Die CDU geht sogar noch weiter: Sie will bei der Volkshochschule über 200 000 DM kürzen! Meine Damen und Herren von der Opposition und Betroffene, seien Sie versichert, das machen wir Sozialdemokraten nicht mit!

(Beifall bei der SPD)

Zur Universität! Da stehen die Konservativen von CDU und FDP Hand in Hand,

(Abg. Klein [CDU]: Schulter an Schulter!)

da wollen sie das Rad der Entwicklung zurückdrehen. Ich glaube sogar, eine totale Demontage der ach so ungeliebten Uni wäre ihnen am liebsten! Die FDP streicht über 700 000 DM, die CDU übertrifft sich selbst: Streichung von rund 4 Millionen DM!

(C) Auch hier, meine Damen und Herren, machen wir nicht mit!

(Beifall bei der SPD)

Wir werden damit fortfahren, die Entwicklung an der Universität zu konsolidieren. Dabei werden wir darauf achten, daß der Forschungsbereich verstärkt gefördert wird.

Ich habe den Eindruck, daß die Opposition überall dort, wo die Sozialdemokraten etwas für sozial Benachteiligte getan haben, die Entwicklung zurückschrauben will. So auch im Bereich der Rechtspflege. Herr Hollweg, schütteln Sie nicht den Kopf! Im Bereich der Rechtspflege auch!

(Abg. Gassdorf [CDU]: Sie wissen doch gar nicht, warum er den Kopf geschüttelt hat! — Abg. Dittrich [SPD]: So alt ist er doch noch gar nicht!)

Alle beteiligten Einrichtungen berichten uns, daß die öffentliche Rechtsberatung einen erfreulichen Zuspruch findet und daß die Mittel bald nicht mehr ausreichen werden. In dieser Lage wollen Sie die öffentliche Rechtsberatung für einkommensschwache Bürger schlicht einstellen. Auch hierzu ein klares Nein der SPD-Fraktion!

(Beifall bei der SPD)

(D) Noch einmal in Stichworten, warum wir diesem Haushalt zustimmen werden: Trotz steigender Steuereinnahmen eine Verminderung der Neuverschuldung, dafür Drosselung der staatlichen Investitionen und restriktive Personalpolitik, um für die nächsten Jahre wieder einen größeren finanzpolitischen Handlungsspielraum zu schaffen.

Alles in allem, trotz erheblicher Vorbelastungen ist es uns gelungen, bei kräftiger Senkung der Kreditaufnahme eine ausgeglichene Etatvorlage zu erarbeiten. Wir haben uns auf ein recht bescheidenes reales Wachstum von 6,8 Prozent beschränkt. Das war ein Gebot der Stunde, weil dieser Haushalt selbstverständlich einige Risiken enthält, die wir nicht verschweigen wollen. So wurde eine Anhebung der Steuereinnahmen um 18 Prozent vorausgesetzt. Wir vertrauen hier auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Fazit: Der Haushalt ist gedeckt, er ist solide und sparsam, er läßt uns Spielraum für wichtige politische Maßnahmen. — Danke sehr!

(Langanhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, damit sind die Fraktionserklärungen zur Grundsatzaussprache erledigt. Wir haben uns hier Diskussionsbeiträge bis zu 30 Minuten pro Fraktion vorgenommen. Das ist eine pauschalierte Zeit, die selbstverständlich auf mehrere Redner aufgeteilt werden kann.

Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

(A) **Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich entschuldigen, ich hing länger in der Luft, als ich es mir vorgestellt habe!

(Abg. Scherer [SPD]: Wir haben Verständnis dafür!)

Aber bleiben wir einmal dabei, meine Damen und Herren! Ich bin davon ausgegangen, daß die Stellung eines bremischen Bürgermeisters und Ministerpräsidenten ähnlich der Stellung ist, die ein früherer rheinland-pfälzischer Ministerpräsident eingenommen hat, ähnlich eines Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, von Niedersachsen oder von Baden-Württemberg. Alle diese Herren haben in wichtigen politischen Funktionen ihrer Partei als Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende zu bestimmten Zeiten eine außergewöhnlich starke Belastung in Bonn gehabt.

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Das weiß Herr Neumann nur nicht!)

Einige haben sie zur Zeit noch. Ich — ich gebe das zu —, weil wir uns in Koalitionsgesprächen befinden, die in ihrer Komplexität mich zeitlich ungewöhnlich stark belasten, andere, weil sie die Sprengung ihres Partegefüges aufhalten wollen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(B) Beides halte ich für legitim!

Nur eines, glaube ich, geschieht nicht in den anderen Landtagen, daß die Opposition diese Art von politischer Aufgabenwahrnehmung attackiert mit Vorstellungen, wie ich sie normalerweise nicht einmal in Dorfparlamenten vorfinde!

(Beifall und Zurufe bei der SPD)

Wir haben bereits vor einem Jahr hier in diesem Kreis uns unterhalten, ob es mir wohl auf Dauer möglich ist, die bundesweiten Funktionen wirklich wahrzunehmen, und ich wiederhole das, was ich vor einem Jahr hier schon gesagt habe: Ich bin nicht sicher, ich bezweifle das, denn ich spüre die physische Belastung, die ich zu bewältigen habe — über die Koalitionsverhandlungen jetzt hinaus —, aber ich werde jedenfalls für den Zeitraum, für den ich gewählt worden bin, meine Pflichten sowohl in Bremen als auch in Bonn wahrnehmen. Ich weise allerdings die Unterstellung von Herrn Neumann zurück, ich würde dem Senat nur noch formal vorsitzen. Das ist eine unverschämte Flegelei!

(Starker Beifall bei der SPD)

Bisher sind wichtige Entscheidungen nicht an mir vorbeigegangen. Ich habe meinen Kollegen in allen vorliegenden Fällen zur Verfügung gestanden. Ich habe dem Parlament zur Verfügung gestanden. Ich habe auch dem einzelnen Bürger bei den jeweiligen Anliegen zur Verfügung gestanden. Aber die Frage, ob die bremischen Bürger nicht tatsächlich den

Bürgermeister lieber in Bremen sehen wollen als in Bonn, ist ernsthaft gestellt und wird durch meine politischen Freunde zu beantworten sein. Das ist ihre Aufgabe und meine zugleich. Darüber rede ich gern mit Ihnen noch einmal im November nächsten Jahres. (C)

(Abg. v. Hassel [SPD]: Was uns betrifft, können Sie ganz beruhigt sein!)

Herr von Hassel, ich bin der Meinung, die Frage ist ernsthaft gestellt, und ich selbst weiß ja, in welchem Maß die letzten drei Wochen und die nächsten fünf Tage mich noch in Anspruch nehmen. Soweit zu den Vorwürfen von Herrn Neumann und nun zu den eigentlichen Haushaltsberatungen!

Daß der Senat sich auf die Unterstützung der SPD-Fraktion verlassen konnte und verlassen kann, darüber war ich nie im Zweifel, und ich verstehe die Darlegungen des Herrn Vorsitzenden Kähler als eine solche kritische aktive Unterstützung der verantwortlichen Arbeit, die wir alle für die Bürger zu leisten haben.

Die Rede von Herrn Lahmann habe ich weitgehend akustisch mitbekommen, weil vom Flugplatz bis zu meinem Eintreffen im Haus der Bürgerschaft eben etwas Zeit verlorenging, Radio Bremen hat geholfen. Ich weiß also, was er gesagt hat. Ich stelle fest, daß die Bereitschaft der Freien Demokraten, in eine kritische Wertung der Bemühungen des Finanzsenators und des Gesamtsenats einzutreten, mit dem Ziel zu versuchen, Brücken zu bauen, über die wir gemeinsam gehen können, sich sehr deutlich abhebt von dem, was Herr Neumann — der andere Teil der Opposition — hier heute geboten hat. (D)

Ich glaube allerdings nicht, und ich sage das an die Damen und Herren der FDP, daß es möglich sein wird, in diesen fünf, sechs Tagen die großen Fragen der qualitativen Veränderungen der Strukturen unseres Haushalts entscheiden zu können. Ich kann aus meiner Sicht Ihnen sagen, daß wir ein Paket von Sachnotwendigkeiten und von Aufgabenstellungen für die nächsten Jahre im Lauf der nächsten vier Monate erarbeiten wollen.

Wir werden ferner prüfen müssen, ob wir Entscheidungen, die wir zum Maßstab einer Regierungskonzeption gemacht haben, mit denen wir vor die Bürgerschaft, vor die Wähler getreten sind, korrigieren müssen durch Schwerpunktveränderungen etwa in die Richtung, wie sie von Herrn Kähler aufgezeigt worden ist, möglicherweise auch in eine Richtung, wie sie von Herrn Lahmann gefordert worden ist, stärkere Betonung des ökonomischen Aspekts in der jetzigen Zeit unter Reduzierung von einigen anderen Aufgaben.

Nur sage ich ganz eindeutig, das kann nicht auf Kosten des Bildungssystems geschehen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn wir uns auch ernsthaft bemühen, uns zu konzentrieren im ökonomischen Bereich, so dürfen wir gleichwohl nicht übersehen, daß eine Vernach-

(A) lässigung des Bildungswesens bedeuten würde, daß wir in fünf, sechs, sieben oder acht Jahren gewaltige Konsequenzen für eine heutige Fehlentscheidung tragen müssen. Ich bin deshalb nicht bereit, für eine zu kurzfristige Entscheidung einzutreten.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen wir miteinander abwägen und ernsthaft prüfen, wo die Schwerpunktverlagerungen erfolgen sollen.

Aber nun zu Herrn Neumann! Ich kann mich jetzt wirklich nur darauf verlassen, was mir als Redemanuskript vorliegt, und ich weiß nicht, Herr Neumann, was Sie davon fortgelassen haben. Insofern bitte ich um Entschuldigung, wenn ich zu einem Teil Stellung nehme, den Sie unter Umständen nicht ausgesprochen haben.

Ich sage Ihnen, was Sie hier der Kommune Bremen vorwerfen an unverantwortlicher Preisgestaltung bei den öffentlichen Tarifen und Gebühren, ist nicht mehr und nicht weniger als das, was die Bundesbank immer gefordert hat, nämlich die Ausschöpfung der kommunalen Gebühren- und Steuerquellen, um sicherzustellen, daß wir uns nicht stärker verschulden, sondern die weitere Verschuldung ein wenig einzugrenzen oder wenn möglich gar abzubauen, wie es mit diesem Haushalt ganz offensichtlich geschieht.

(B) Gleichzeitig haben wir uns bemüht, nicht einen Weg zu gehen, der uns schon einmal in schreckliche Situationen geführt hat, den Weg von 1930. Wenn die ökonomische Lage es verlangt, wenn die wirtschaftliche Lage es verlangt, muß diese Gemeinde und muß dieses Land den Mut haben, durch Kreditmarkt Mittel selbst initiativ zu werden, um Arbeitsaufträge für die Wirtschaft und für die Menschen in der Wirtschaft zu erteilen!

(Starker Beifall bei der SPD)

Wir haben das in den letzten beiden Jahren getan! Nicht ohne Not, nicht ohne Streit! Wir haben lange gerungen, ob es noch andere Wege gibt. Es gab auch Länder, die es anders gemacht haben, deren Verschuldungsquote in den letzten beiden Jahren nicht so angestiegen ist, die zum Teil die Bundesmittel für Konjunkturbelebung genutzt haben zum Haushaltsausgleich. Das waren Fiskalisten in meinen Augen, die haben in ganz entscheidendem Maß der Wirtschaft und den Menschen in diesem Land geschadet!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin nicht bereit, auch aus der gesamtstaatlichen Verantwortung unseres Landes und unserer Gemeinde, einen solchen Weg zu akzeptieren. Ich bin nicht bereit, einen solchen Weg auch nur teilweise mitzugehen, weil ich einfach Sorge habe, daß wir — wenn es uns nicht gelingt, mit den Anreizen der öffentlichen Haushalte die wirtschaftliche Aktivität in dem Umfang in Bewegung zu halten, wie es uns finanziell möglich ist — uns dann in

(C) Kenntnis von Fehlentwicklungen der dreißiger Jahre erneut versündigen. Brüning konnte für sich in Anspruch nehmen, daß er die Konsequenzen nicht übersehen konnte. Wir haben diese Einrede nicht mehr!

Deswegen bitte ich dieses Hohe Haus, bei allen Entscheidungen, bei aller Kritik, bei aller konzeptionellen Neurichtung nicht zu übersehen, daß wir hier vor einer großen Aufgabe stehen, die wir möglicherweise — ich bin sogar ganz sicher — regional nicht allein lösen können. Wenn wir Pech haben, schaffen wir es nicht einmal im nationalen Bereich allein.

Wir werden wegen der europäischen Solidarität und unserer internationalen Verpflichtungen in einem so unwahrscheinlich starken Maß zur Lösung von Problemen in Europa und in der Dritten Welt herangezogen werden, daß es uns nicht leicht fallen wird, auch bei uns die Ankurbelungsmaßnahmen im vollen Umfang wirken zu lassen.

Wenn man dann hört, daß die CDU behauptet, die Frage Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit sei keine zentrale Frage für den Senat, dann muß ich Ihnen sagen,

(Zuruf des Abg. Neumann [CDU])

diese Frage ist die, die uns permanent beschäftigt. Aber ich möchte Ihnen auch eine Zahl nennen, damit Sie wissen, vor welchen Problemen wir stehen: In Europa, in Westeuropa genau, einschließlich Skandinavien haben wir heute zwei Millionen jugendliche Arbeitslose, die im Alter von sechzehn bis achtzehn Jahren keine Arbeit gefunden haben. Es ist also kein deutsches Problem allein.

(D) Wenn Sie einmal zurückschauen, dann sage ich Ihnen eine andere Zahl: Wir haben in Europa in den letzten drei Jahren eine negative wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der Ölpreissteigerungen und des Zusammenbrechens von Strukturen in den nationalen Volkswirtschaften mit Arbeitslosenzahlen, die an die Jahre 1930 heranreichen. Daß wir es in der Bundesrepublik nicht so gespürt haben, liegt daran, daß wir ein Netz sozialer Sicherungen gemeinsam aufgebaut haben, die den Menschen die Hilfen gegeben haben, die natürlich zwar materiell ausreichend, aber menschlich unzureichend sind. Ich will vorrangig keine materielle Hilfe, sondern ich möchte Arbeit für die Menschen, für die jungen und alten in unserem Land, sichern!

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn ich das aber wegen der internationalen Entwicklungen nicht garantieren kann, dann kommt es auf jeden Fall darauf an, soviel gemeinsame Kraft und soviel Solidarität in der Gesellschaft zu entwickeln, daß die Menschen nicht noch materiell in die Ecke gestellt werden. Aus diesem Grund bitte ich dies Hohe Haus, in weiteren Beratungen auch unser Eingebettetsein in nationale und inter-

(A) nationale wirtschaftliche Strömungen nicht zu übersehen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte — bevor ich mich in die Niederungen der bremischen Haushaltspolitik begeben — eine Vorbemerkung machen, und zwar zum Beginn der Rede von Herrn Bürgermeister Koschnick.

Herr Bürgermeister, nicht nur unser Vorsitzender Bernd Neumann, die gesamte CDU-Fraktion macht sich seit längerer Zeit Sorgen darüber — und wir meinen, im Interesse Bremens —, daß Sie Ihre Pflichten zunehmend erfüllen müssen in der Bundesrepublik, in Bonn, aber nicht in Bremen anwesend sein können bei wichtigen Entscheidungen und ihren Vorbereitungen.

Herr Bürgermeister, als Sie soeben zusagen mit einer Verbalinjurie zu Lasten unseres Vorsitzenden diesen Tatbestand aus verständlichen Gründen zu decken wollten, habe ich mich erinnert an Ihren politischen Werdegang. Ich möchte das hier kurz zusammengefaßt dem Hause mitteilen.

(Zuruf des Abg. **Dittrich** [SPD])

(B) Herr Bürgermeister Kaisen, dieser große alte Mann, hatte in seinem Verhältnis zum Parlament eine Schwäche: Er erschien kaum in der Bürgerschaft. Er hat in seiner langen Regierungszeit, ich glaube, nur eine Regierungserklärung abgegeben, zum Schluß seiner Amtszeit. Sie als junger Abgeordneter in diesem Hause gehörten in diesem Punkt zu den engagiertesten Kritikern des Senats und auch und gerade des verehrten Herrn Bürgermeister Kaisen. Sie wollten den Kontakt zwischen Legislative und Exekutive personell und auch optisch verbessern, und als Sie in den Senat gingen — zunächst als Innensenator und dann als junger Bürgermeister —, haben Sie das auch wahrgemacht, und das hat die Parlamentsarbeit, ich sage das hier objektiv, und wenn ich darf, für Sie alle, befruchtet.

Nun müssen wir im Ergebnis, wenn auch aus anderer Motivation, feststellen, daß eine Entwicklung eintritt, die in diesem Punkt — leider nur in diesem Punkt, möchte ich jetzt aus übergeordneten Gründen sagen — der Ära Kaisen voll entspricht. Das wiederum kritisieren wir meines Erachtens im Interesse Bremens, und dafür müssen Sie Verständnis haben!

(Beifall bei der CDU)

Das gilt also auch für Ihre Anwesenheit im Senat. Das ist nicht eine private Veranstaltung. Natürlich haben wir auch als Opposition ein Interesse daran, ein sachliches, pflichtgemäßes Interesse, daß Sie wichtige Entscheidungen im Senat dort als Primus inter pares mitgestalten. Deswegen meine Bitte, die-

se wichtige, ernsthafte Diskussion zu versachlichen und solche Ausdrücke (C)

(Abg. **Dittrich** [SPD]: Das war eine Bitte an Herrn Neumann!)

wie „unverschämte Flegelei“ in diesem Zusammenhang nicht zu gebrauchen, denn ich bin sicher, ich bin voll davon überzeugt, daß hier nicht persönliche Motive bei Herrn Neumann zugrunde liegen, sondern nur die Besorgnis, die ich hier versuchte zu formulieren!

(Beifall bei der CDU)

Nun aber zu den vorliegenden Entwürfen! Ich möchte mich mit einigen Bemerkungen widmen den Ausführungen von Herrn Senator Jantzen und Herrn Kollegen Dr. Scherf und dabei einbeziehen die ebenfalls dem Hause vorgelegten Materialien der Finanzplanung bis 1980.

Meine Damen und Herren, eine kritische Bemerkung vorweg: Ich beanstande, daß die Finanzplanmaterialien unvollständig sind, daß die Daten der Stadtgemeinde Bremerhaven nicht in den Finanzplan, wie er vorliegt, einbezogen werden konnten. Die Gründe sind uns nicht mitgeteilt worden. Ich muß bezweifeln, daß es für eine solche Verzögerung überzeugende Gründe gibt.

Ich hätte es begrüßt, wenn diese Materialien bei der Besprechung dieser Haushaltsentwürfe vollständig vorgelegen hätten, denn, meine Damen und Herren, die vorliegenden Entwürfe für 1977 sind nur eine Station auf einem Weg, und wir müssen wenigstens die nächste Wegstrecke bis 1980 bei der heutigen Diskussion mit in den Blick nehmen, wobei ich Ihnen sicherlich kein Geheimnis verrate, daß ich der Auffassung bin, daß diese heutige Station „Entwürfe 1977“ nach unserer Auffassung eine Station auf einem Weg in die falsche Richtung ist. (D)

Das möchte ich mit einigen Bemerkungen erläutern. Zunächst, meine Damen und Herren, möchte ich, wenn ich an die Reden von Herrn Dr. Scherf und Herrn Senator Jantzen denke, zusammenfassend sagen: Die beiden Entwürfe und die Materialien zur Finanzplanung bis 1980 weisen einen wesentlichen strukturellen Mangel auf, der deutlich hervorgehoben werden muß, auch und gerade im Hinblick darauf, daß Sie soeben, Herr Bürgermeister, strukturelle Änderungen andeuteten, die hier in den Papieren nicht zum Ausdruck kommen, nämlich den Mangel, daß die Investitionen von 19 Prozent auf 12,3 Prozent Anteil an den Gesamtausgaben sinken und der Schuldendienst kontinuierlich bis 1980 steigt, und zwar auf 13,9 Prozent Anteil an den Ausgaben.

Meine Damen und Herren, das ist, und ich möchte sogar sagen, unabhängig von konjunkturellen Fragen, eine tiefgreifende Strukturschwäche! Einmal kann man, was das Steigen des Schuldendienstes anbetrifft, diesen Sachverhalt nicht dadurch vernebeln, daß man sagt, wir haben in diesem Jahr vorgesehen, für das nächste Jahr die Netto-Kredit-

- (A) aufnahme um 200 Millionen DM zu reduzieren. Das ist zwar nicht unwichtig, aber es ist für die Frage des Handlungsspielraums unerheblich, solange der Schuldendienst kontinuierlich steigt. Denn nur der Schuldendienst ist der Gradmesser, der das Maß des Handlungsspielraums bestimmt.

(Zuruf des Abg. Dr. Scherf [SPD])

Nein, Herr Dr. Scherf, sicherlich, die Netto-Kreditaufnahme geht für 1977 um 200 Millionen DM zurück, aber der Schuldendienst steigt, und das Verhältnis zu den Gesamtausgaben ist bis 1980 13,9 Prozent. Jetzt liegen wir ungefähr bei 12 Prozent. Das ist das entscheidende Kriterium! Etwas verhüllt hat das Senator Jantzen angedeutet. Er hat zwar nicht den Schuldendienst insgesamt in den Griff genommen, sondern nur von den Zinsen gesprochen und gesagt, die wären 1980 ein Drittel höher als heute, nämlich 330 Millionen DM, aber die Tendenz ist dieselbe, die ich hier etwas deutlicher zum Ausdruck bringe.

Nicht also sich vordergründig beruhigen, weil wir die Netto-Kreditaufnahme für 1977 verkürzt haben, sondern nach wie vor besorgt sein, weil der Schuldendienst, also Zinsen und Tilgung, für den Finanzplanzeitraum steigt und damit ein Faktor gesetzt wird, der mittelfristig unseren Handlungsspielraum einengt.

- (B) Der zweite Punkt dieser Strukturschwäche ist das Sinken der Investitionen bis 1980. Hier habe ich eine interessante Feststellung gemacht. Beide Herren Vorredner, sowohl Senator Jantzen als auch Herr Dr. Scherf, haben im vorigen Jahr bei der Einbringung der Entwürfe 1976 zum Ausdruck gebracht, es sei zu beklagen, daß die Investitionen abnehmen, und das müsse geändert werden. Das hat damals unsere volle Zustimmung gefunden.

Dieses klare Bekenntnis fehlt heute, offenbar unter dem Zwang der Daten, die zu diesem Punkt aus diesen Papieren zu entnehmen sind. Beide äußern sich jetzt zweideutig, ich möchte sagen, ambivalent. Herr Senator Jantzen sagt einerseits, natürlich bin ich auch für Investitionen, und wir werden wahrscheinlich auch mehr Investitionen vornehmen können als veranschlagt, denn da gibt es noch einen Resteaabbau. Das ist das erste und einzige Mal, daß das Wort Reste in seiner Rede erscheint. Ich komme nachher zum Schluß kurz noch darauf zurück. Also, irgendwie ist ihm nicht wohl, und er läßt durchscheinen, ich bin dafür, daß sie sich nicht verringern, sondern erhöhen, und vielleicht kann man noch etwas im Haushaltsvollzug machen.

Andererseits entwickelt er aber eine gefährliche Ersatzphilosophie, doch mehr oder weniger sich damit zu begnügen, daß nun Investitionen sinken. In dem Punkt, Herr Senator Jantzen, widerspreche ich Ihnen ganz entschieden! Sie begründen diese Ersatzphilosophie einmal damit, daß wir uns immer mehr zur Dienstleistungsverwaltung entwickeln, zum anderen sagen Sie, dann gibt es noch diese

- (C) furchtbaren Folgekosten, und bei Schulen und Kindergärten würden die Investitionen in Kürze geradezu verdoppelt durch die Folgekosten.

Wir haben natürlich immer gefordert, bei Investitionen die Folgekosten in den Griff zu bekommen. Wir haben sogar in den letzten Jahren dazu entsprechende Anträge vorgelegt, denen Sie zunehmend gefolgt sind, vor allen Dingen im inneren Bereich unseres Parlaments im Haushaltsvollzug. Aber dieses Problem der Folgekosten darf doch jetzt nicht aufgewertet werden zu einem grundsätzlichen Argument gegen Investitionen! Das wäre doch eine außerordentlich gefährliche Entwicklung.

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren von der SPD, Herr Dr. Scherf, Herr Senator Jantzen, Sie müssen bei dieser Frage ansetzen und prüfen, welche Struktur muß die Investitionspolitik haben, wie sind Investitionen zu qualifizieren. Etwas, was bei Herrn Bürgermeister Koschnick auch zu entnehmen war, wir wollen die Strukturen qualitätsvoller gestalten, und hier ist der Punkt. Dabei gefällt mir ein Satz aus der Rede von Herrn Kollegen Lahmann, der sagte, wir müssen bei den Investitionen unterscheiden zwischen Investitionen, die uns etwas einbringen und solchen, die uns viel oder unangemessen viel kosten.

- (D) Das ist doch nichts Neues! Herr Bürgermeister und unsere Vorgänger von der CDU in Bremen haben jahrelang mit Erfolg den Begriff der „werbenden oder rentierlichen Investitionen“ und damit einen Grundsatz vollzogen, der heute noch Bestandteil der CDU-Politik ist,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]:
Aber Bildung rentiert sich!)

nämlich der Satz, daß, verkürzt gesprochen, Wirtschaftsinvestitionen den Vorrang haben und erst die Sozialinvestitionen im weitesten Sinn ermöglichen.

Wenn man so an Investitionspolitik herangeht, dann wird man feststellen, meine Damen und Herren, daß es durchaus Investitionen gibt, die mehr einbringen als sie kosten, und zwar sogar disproportional mehr einbringen, wobei ich insbesondere an all die Investitionen denke — Infrastrukturmaßnahmen, Wirtschaftsförderungsmaßnahmen —, die für die Wirtschaft, für die Stärkung der Wirtschaftskraft Bremens Initialzündungscharakter haben.

Natürlich gibt es darüber hinaus auch Investitionen — Kindergärten, Schulen —, die sein müssen, die natürlich von hohen Folgekosten belastet sind. Die wollen wir nicht streichen, aber wir müssen die Struktur insoweit qualifizieren, als wir die Proportionen verbessern. Im Augenblick sind doch die Proportionen beklagenswert, wenn man an die Investitionen denkt, auch bei der mittelfristigen Betrachtung, denn Bildung führt, selbst bei den Ver-

(A) pflichtungsermächtigungen, bis 1980 mit jeweils rund 120 Millionen DM. Dann kommt Bau mit rund 100 Millionen DM, und Häfen, Schifffahrt und Verkehr, mit diesen riesigen Aufgaben sowohl der Erneuerung als auch der Erweiterung, ist bei diesen wichtigen Investitionsvorhaben so ungefähr bei 45 Millionen DM angesiedelt. Ganz am Ende kommt die Wirtschaftsförderung.

Das kann mit noch so markigen Worten des Herrn Kähler hier gefeiert werden, aber wenn man das absolut betrachtet, ist das ein Klacks, was da an 1,5 oder 3 Millionen DM für Wirtschaftsförderung vorgesehen ist! Natürlich kann das nicht jeder der ehrenwerten Staatsbürger wissen, und das Markige hat manchmal dafür überzeugenden Charakter mangels Information,

(Abg. v. H a s s e l [SPD]: Dafür sind Sie ein gutes Beispiel!)

aber wir, meine Damen und Herren, müssen doch wissen, daß das keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt, und wir sollten uns also darum bemühen, diese Proportionen zu verbessern.

Verstehen Sie mich bitte recht! Das bedeutet nicht, daß wir auf Bildungsinvestitionen der Quantität nach verzichten, nur muß auch hier qualifiziert werden, auch hier muß das Mehr an Investitionen auch ein entsprechendes Mehr an Wirksamkeit, an Effizienz bringen, und es darf nicht der Eindruck entstehen, daß, je mehr investiert wird, das Durcheinander und Desaster im Bildungswesen um so größer wird. Das ist aber in der Tat nicht eine Sache der Finanzpolitik im engeren Sinn.

(B)

(Abg. S t i c h w e h [SPD]: Das eine hat mit dem anderen auch nichts zu tun!)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir dann, zwei Bemerkungen zu machen zu Behauptungen von Herrn Senator Jantzen in seiner Rede, die ich für offensichtlich falsch halten muß. Sie können da nur einem Irrtum erlegen sein, und zwar einem Irrtum, dessen Feststellung leicht nachprüfbar ist. Das müssen Sie ausnahmsweise auch einmal an Ihre Verwaltung weiterreichen. Aber ich bin selbstverständlich auch bereit einzugestehen, daß ich mich irren kann.

In dem Bestreben, die Sanierung der Staatsfinanzen durchscheitern zu lassen — zur Rücknahme der Netto-Kreditaufnahme habe ich schon etwas gesagt —, wagen Sie die kühne Behauptung, daß es gelingen würde, den Finanzierungssaldo abzubauen und gleichzeitig würde bis 1980 auch der Saldo aus der laufenden Rechnung aktiv werden. Sie sagen wörtlich, er würde mit einem Überschuß abschließen.

Herr Senator, da sind Sie in der Tat einem Irrtum erlegen. Ich habe das einmal nachgeprüft. Der Finanzierungssaldo bleibt passiv. Das sind also Einnahmen und Ausgaben, verglichen ohne Finanzierungskosten, und zwar liegt der noch im Jahr 1980 bei rund minus 300 Millionen DM. Der Saldo

aus laufender Rechnung bleibt ebenfalls passiv. Er liegt nach Ihren eigenen Daten, die Sie uns vorgelegt haben, im Jahr 1980 bei rund 140 Millionen DM. Als Passivsaldo, also Übersteigen der Ausgaben über die Einnahmen!

(C)

Herr Dr. Scherf, bei diesem Zahlenwerk ist es natürlich richtig, wenn Sie sagen, wir wollen uns nichts vormachen. Das hat mich auch ein bißchen gefreut, daß Sie das gesagt haben. Einen Kreditbedarf haben wir immer. Bloß, Sie haben die Konsequenz vermieden, Sie haben nicht gesagt, wie sieht es langfristig mit der Schuldendienstseite aus,

(Präsident Dr. K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz)

mit einer irgendwie gearteten Schuldendienstgrenze, und Sie haben auch nicht über die Strukturen der Investitionen gesprochen.

Schließlich, meine Damen und Herren, möchte ich auf einen Punkt eingehen, der leider in beiden Reden überhaupt nicht erwähnt worden ist, und zwar sind das die Verpflichtungsermächtigungen und die Reste, die unmittelbar mit unserem Handlungsspielraum zu tun haben. Also bitte, das ist jetzt keine fiskalische Spielerei, sondern die haben essentielle und existentielle Bedeutung.

Dr. Scherf, Kollege Lahmann und ich davor haben immer wieder gefordert, wir müssen die Reste in den Griff bekommen und haben im letzten Jahr bei den Haushaltsberatungen auch eine Entschließung verabschiedet, in der wir den Senat auffordern, die Reste doch entsprechend zu ermitteln und der Finanzdeputation zu berichten mit dem Ziel, einen Resteabbau zu ermöglichen.

(D)

Wir haben folgendes festgestellt, und insoweit ist diese Entschließung der Bürgerschaft nicht vollzogen worden: Die Ressorts haben mitgeteilt in diesem Jahr 1976, daß allenfalls Reste von 50 Millionen DM verbleiben würden von den 460 Millionen des letzten Jahres, und die Finanzverwaltung hat das nicht geglaubt, weil es ihrer Erfahrung widersprach und hat dann ihrerseits geschätzt, daß es wohl Reste geben würde um rund 230 Millionen DM.

(Abg. K i e n e [SPD]: Dieses Jahr!)

Ja, natürlich, ich rede jetzt von diesem Jahr! Als Vollzug der Entschließung des letzten Jahres, die wir hier im Haus gefaßt haben!

Meine Damen und Herren, diese 230 Millionen DM Reste brauchen wir, um die Vorgriffe abzudecken, wobei ich also das Problem der Nettoester hier nicht im einzelnen erwähnen möchte. Unter dem Strich kann man sagen, weiterer Resteabbau geht nicht, denn wir haben 190 Millionen DM bewilligter Vorgriffe, und wir haben da schon etwas gewzackt, wenn wir gesagt haben, ein Vorgriffkontingent von 165 Millionen DM ist im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Reste einigermaßen vertretbar. Das war also schon schwer genug!

(A) Und was sehe ich nun? In den Finanzplanmaterialien werden Verpflichtungsermächtigungen entweder veranschlagt für 1977 oder vorgesehen bis 1980 von sage und schreibe jährlich rund einer halben Milliarde DM! Darüber spricht hier überhaupt keiner von den Verantwortlichen, weder der Sprecher des Haushaltsausschusses noch vom Senat.

Wichtig ist festzuhalten, daß diese Riesensumme von Verpflichtungsermächtigungen, die natürlich auch auf den Handlungsspielraum unmittelbar durchschlägt, überhaupt nicht im Senat und im Haushaltsausschuß systematisch beraten worden ist.

(Abg. **Dittrich** [SPD]: Bei Ihnen vielleicht nicht, bei uns ja!)

Nein! Bitte, ein Schreiben der Finanzverwaltung, aus dem Sie das ganz klar entnehmen können! Ich will jetzt aus Zeitgründen es Ihnen hier nicht zitieren. Wir müssen uns dieses Problems unbedingt annehmen!

Diese Veranschlagungspraxis muß diszipliniert werden, denn entweder bauen wir die Reste ab, präzisieren die Veranschlagungstechnik, machen den Haushalt transparenter und können Investitionsstrukturen verbessern, oder aber wir weiten die Verpflichtungsermächtigungen aus, reizen dadurch zu Vorgriffen, die nicht abdeckbar sind, und belasten Reste. Wir schaffen also geradezu einen Zwang, Reste zu schaffen. Das ist sozusagen die eigentliche Wirklichkeit des Haushalts, und ich habe mir den Mut genommen, diese schwierige, aber unbedingt zu klärende Frage einmal hier anzuschneiden, wobei ich wußte, daß Sie dafür auch ein fachliches Verständnis aufbringen würden.

(B) Meine Damen und Herren, abschließend darf ich bemerken, ohne hier die von uns voll gebilligten Ausführungen von Herrn Neumann wiederholen zu müssen, dieser Haushalt ist ein Teilergebnis einer verfehlten Wirtschafts- und fehlerhaften Finanzpolitik. Wir können diese Station auf einem Weg in eine verhängnisvolle Richtung nicht bejahen. Wir werden aber, um unsere Wirtschaftskraft zu bessern, um Arbeitsplätze mittelfristig nicht nur zu sichern, sondern auch zu mehren, um die Steuerkraft nachhaltig zu stärken, beim Haushaltsvollzug im Licht unserer grundsätzlichen Bedenken mitarbeiten in der Hoffnung, daß es uns gelingen wird, eine Weichenstellung in die richtige Richtung zu erreichen. Jedem danken wir schon jetzt, der uns dabei unterstützt, wobei ich Herrn Lahmann besonders ansehe. — Ich darf mich bedanken!

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat damit 22 Minuten verbraucht. Acht Minuten stehen der CDU-Fraktion noch zur Verfügung.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Haushalts-

debatten sind Grundsatzdebatten. Richard Boljahn hat uns diesen Satz immer und immer wieder gesagt. Trotzdem ist der Satz nicht falsch, (C)

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

nur zog der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD mitunter etwas andere Konsequenzen.

Haushaltsdebatten — Grundsatzdebatten! Ich freue mich, Herr Präsident, daß mich heute erstmalig an diesem Platz nicht das rote Licht irritiert, sondern Sie oben ein grünes Licht angezündet haben. Ich weiß das zu schätzen, weil Sie ja von mir wissen, daß ich auf rot mitunter etwas allergisch reagiere.

Präsident Dr. Klink: Meinetwegen für Sie ein gelbes Licht!

Abg. **Ostendorff** (FDP): Dann bitte blau-gelb!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich war über den ersten Teil der heutigen Haushaltsberatungen sehr erfreut, weil der Vortrag des Sprechers der Finanzdeputation, den ich als Sprecher der Finanzdeputation gehört habe, sehr das Gemeinsame herausstrich,

(Beifall bei der FDP)

weil er in seinen Ausführungen darauf aufbaute, daß die parlamentarische Arbeit von allen Fraktionen getragen wird und daß im Haushaltsausschuß alle Fraktionen ihr Bestes gegeben haben. Daß unterschiedliche Meinungen dort gewesen sind, noch heute herauskommen, ist wohl selbstverständlich. (D)

Ich war dann am Nachmittag betrübt, daß der Sprecher der SPD-Fraktion dieses Gemeinsame einfach leugnete,

(Abg. **John** [FDP]: Bedauerlicherweise!)

indem er uns vorwarf, wir hätten die Änderungsanträge nicht zeitgerecht eingebracht. Ganz davon abgesehen, daß uns auch keine Anträge der SPD vorlagen, über die wir uns hätten Gedanken machen können —

(Beifall bei der FDP — Abg. **Kähler** [SPD]: Doch!)

ein Exemplar lag vor —, konnten wir Ihre Anträge aber sachlich auch erst am Montag in einer Sondersitzung beraten. Das hätte die andere Fraktion auch gekonnt.

(Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Genauso spät wie wir!)

Aber das ist mir nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist doch folgendes: Was die Tendenz unserer Anträge sein würde, war seit Monaten bekannt.

(Abg. **Kähler** [SPD]: Aus der Zeitung!)

(A) Ja, meine Güte, wir haben Ihre Tendenz auch erst erfahren, als Sie im Wildbad Pyrmont zusammenkamen!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ich habe bis vor wenigen Wochen nicht gewußt, was ein Wildbad ist. Jetzt weiß ich es! Meine Bildung ist ohne Volkshochschulmittel größer geworden.

Meine Damen und Herren, ich möchte bitten, daß wir dieses doch im richtigen Licht sehen. Es war keine Verschleppungstaktik von den Freien Demokraten, es war auch nicht ein Kompliment für Ihren Haushaltsentwurf, denn laut Scherf war das nicht Ihr Haushaltsentwurf, sondern der Entwurf des Haushaltsausschusses. Man achte auf den feinen Unterschied!

(Beifall bei der FDP)

Und noch eines:

(Abg. Domscheit [CDU]: Jetzt kommt es heraus!)

(B) Wir haben es uns schwerer gemacht als die SPD-Fraktion, jetzt nicht die Haushaltsausschußmitglieder, sondern die Mitglieder der SPD-Fraktion. Wir haben versucht, unsere Anträge in ein geschlossenes Konzept einzugliedern, wir haben zusätzliche Ausgaben mit Minderausgaben auf anderer Seite versucht auszugleichen. Das dauerte gewiß einige Zeit. Sie, Herr Kähler, mit Ihren Kollegen haben es sich einfacher gemacht, indem Sie uns ein Bündel neuer Anträge gaben und sich dabei dachten, nun rechnet einmal schön! Das ist der Vorteil unseres Konzepts, daß es in sich geschlossen ist. Dieses nur zur Klarstellung.

Die von Ihnen erwähnte Putzfrauendiskriminierung — wenn ich das einmal so scherzhaft am Abend sagen darf — ist bedauerlicherweise nicht zu Ende gedacht. Sie haben mit Recht gesagt, Sie wollen keinen sozialen Abstieg der Putzfrauen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, und haben damit, sicherlich unbeabsichtigt, alle Putzfrauen, die nicht im öffentlichen Dienst tätig sind, auf eine schlechtere oder Ihrer Meinung nach nicht gleiche Stufe gestellt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dieses muß zu Ende gedacht werden. Man kann nicht einen Sektor sehen, sondern dann muß man die gesamte Ebene sehen. Dies zur Klarstellung!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was mir nicht gefallen hat ist, daß wir den Chef der Landesregierung in dieser Weise zitieren. Die Freien Demokraten gehören der Regierung nicht an, trotzdem bin ich der Meinung, daß es nicht gut ist, wenn man selber den Antrag stellt, aus uns allen verständlichen Gründen eine Aktuelle Stunde um einen Tag zu verschieben, dann einem Gast dieses Hohen Hauses — denn er ist nicht Mitglied der Bürgerschaft — diesen Vorwurf zu machen. Die

(C) Freien Demokraten beziehen sich insofern nicht, Herr Klein, mit ein, als Sie meinten, für das ganze Haus sprechen zu dürfen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Da ist überhaupt noch einiges nicht ganz klar zwischen Herrn Klein und Herrn Neumann. Ich höre es noch recht gut. In den Ausführungen von Herrn Neumann wurde ausdrücklich gesagt, der Haushaltsentwurf liefe im großen und ganzen in die richtige Richtung. Heute nachmittag bei Herrn Klein lief er in die falsche Richtung. Um Auskunft wird gebeten, wer für die CDU die richtige Aussage gemacht hat!

(Beifall bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Kann sich nur um einen Hörfehler handeln!)

Noch ein weiteres: Herr Kollege Kähler, Sie irren, und da Irren menschlich ist, nehme ich Ihnen das nicht übel!

(Abg. Kähler [SPD]: Sehr nett!)

(D) Die Freien Demokraten haben keine Mittel der Volkshochschule gestrichen. Sie haben Mittel gestrichen beim Weiterbildungsgesetz, und hier befinden wir uns in bester Gesellschaft mit Sprechern Ihrer eigenen Fraktion. Bei dem Weiterbildungsgesetz wurde ausdrücklich gesagt, daß die erforderlichen Mittel jeweils nach Lage des Haushalts in den Haushaltsberatungen eingesetzt würden und daß je nach Finanzlage diese Mittel höher oder niedriger sein dürften.

Ich bitte, das nachzulesen im Protokoll der Bremischen Bürgerschaft. Es würde mich reizen, das auszuwalzen, aber a) langt die Zeit nicht und b) habe ich ja gebeten, wir wollen versöhnlich miteinander umgehen. Wenn ich nicht so versöhnlich wäre, würde ich Sie bitten, nachzudenken, ob nicht gerade von Ihrer Seite bezweifelt wird, daß unsere Mittel bereitgestellt würden für arbeitslose Jugendliche, ein Vorschlag der FDP, der von der SPD gelehnet wird, aber, wie gesagt, ich will das nicht auswalzen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Menge zu sagen, es gibt aber, glaube ich, bei diesen Haushaltsberatungen sehr viel mehr Gemeinsames als noch bei den Haushaltsberatungen vor zehn oder elf Monaten. Mein Kollege Lahmann hat schon gesagt, wir können in der Tendenz diesem Haushalt viel eher zuneigen als vor zehneinhalb Monaten, weil die von uns gestellten — nicht Forderungen — Wünsche dieses Mal sehr viel mehr Niederschlag gefunden haben. Ich glaube, daß es einen Weg geben kann. Nur, Herr Bürgermeister Koschnick — —

(Abg. Neumann [CDU]: Er ist weg!)

Ja, Sie sind morgen den ganzen Tag nicht da, ich werde morgen den ganzen Tag weinen, weil ich

(A) Sie nicht ansprechen kann, Herr Neumann! Lassen Sie doch diese Hinweise!

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. v. H a s - s e l [SPD]: Bravo!)

Dabei noch eins, Herr Kollege Klein, ich weiß nicht, ob es ein Vorzug ist, diesem Parlament vier Jahre länger anzugehören als Sie, aber ich gehöre ihm vier Jahre länger an. Herr Kaisen hat in die Debatten eingegriffen!

(Abg. Klein [CDU]: Er hat sogar eine Regierungserklärung zum Schluß im alten Haus gehalten! — Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Ostendorff! — Bitte!

Abg. Ostendorff (FDP): Das nur zur Erinnerung! Aber in einem anderen kann ich Ihnen nicht folgen. Wenn mein Kaufmannsgehilfenverband mir das Rechnen noch erlaubt,

(Abg. Neumann [CDU]: Treffende Bezeichnung!)

ist eine Steigerung der Schuldendienste im Prinzip etwas Positives, weil nämlich die Schulden geringer werden.

(Abg. Klein [CDU]: Nein, das haben Sie mißverstanden! — Abg. Lahmann [FDP]: Die Tilgung ist doch höher!)

(B)

Ja, es tut mir leid, ich habe schon häufiger von diesem Platz gesagt, ich bin gern bereit hinzuzulernen, wenn ich aber den Schuldendienst stei-

gere, baue ich in gewissem Sinn die Schulden ab. Wenn ich meine Schulden abbaue, werde ich reicher. Wer seine Schulden bezahlt, vergrößert sein Vermögen. Insofern muß ich Ihnen da widersprechen. (C)

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das war eine Nachhilfestunde!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein Wort zum Schluß! Wenn wir in den folgenden fünf Tagen das Gemeinsame — ich muß jetzt einmal den Vorsitzenden einer anderen Partei zitieren, wie es in den Worten von Herrn Dr. Scherf zum Ausdruck kam — herausstellen können, glaube ich, daß wir fünf erfreuliche Tage vor uns haben und wir dem gemeinsamen Ziel, nämlich einem guten Haushalt für unser Gemeinwesen, einen Schritt näherkommen. Da Haushaltsdebatten immer Grundsatzdebatten sind, wollte ich diesen Grundsatz zum Schluß des ersten Beratungstags nennen. — Zwölf Minuten, Herr Präsident!

(Starker Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Damit sind wir an den Zeitpunkt herangekommen, den wir uns als Ende der Beratungen vorgenommen hatten. Wir sind mitten in der Grundsatzausprache. Die CDU-Fraktion hat noch acht, die FDP-Fraktion noch achtzehn Minuten, und die SPD-Fraktion hat noch nichts ausgeschöpft. Es liegen jetzt noch drei Wortmeldungen vor. (D)

Wir setzen die Beratungen morgen fort.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist beendet.

(Schluß der Sitzung 18.00 Uhr)

